

# NEUE ZEIT

*Der Kongreß der sowjetischen Schriftsteller*

*J. Broz-Tito: Erinnerungen  
an die Revolution in Rußland*

*V. Spandarian: Kautschuk, Zinn und Ananas*

*Wie ist die Kennedy-Runde ausgegangen?*

*Marxistenkonferenz in Westdeutschland*

22

31. MAI  
1967

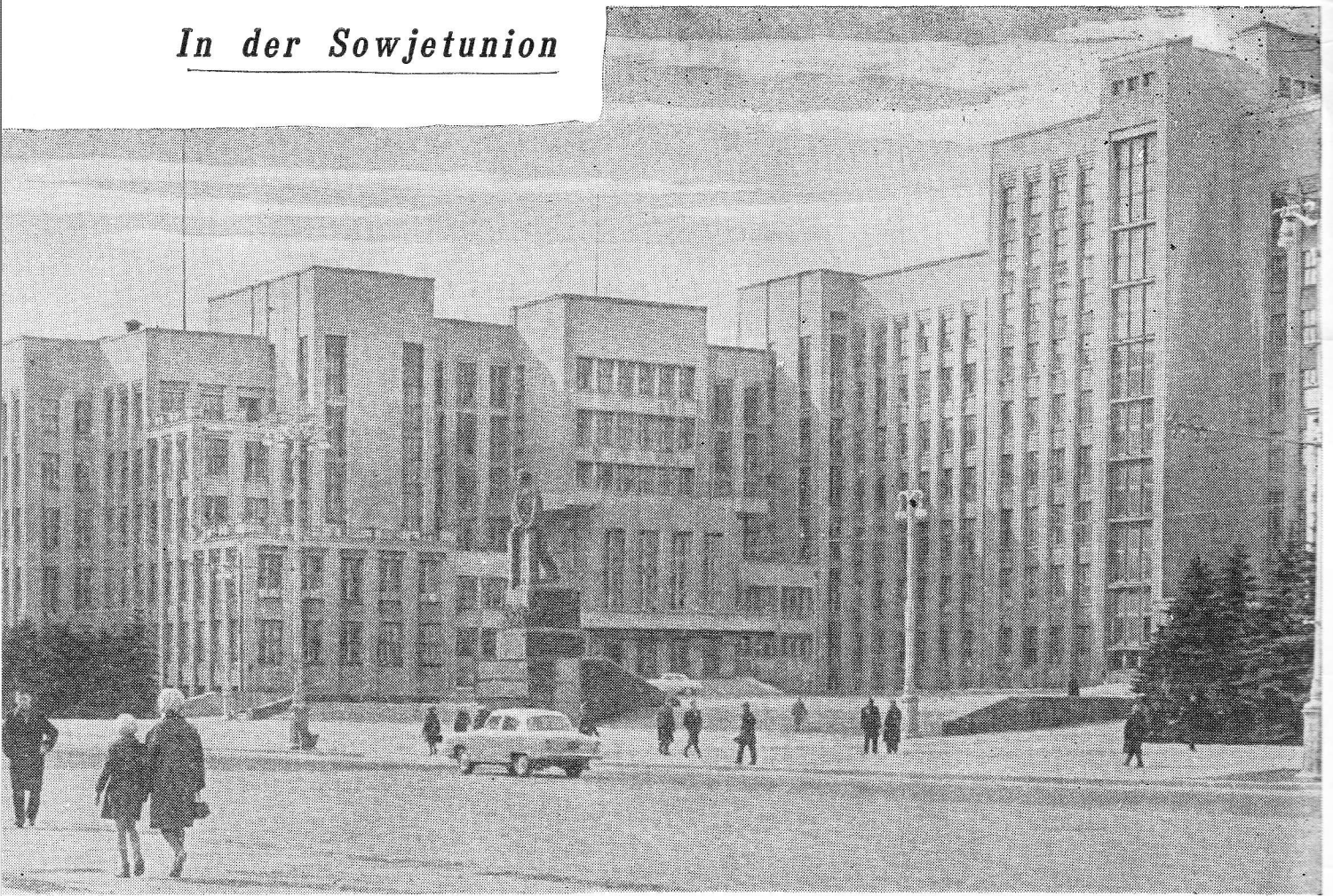
---

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK

---



## In der Sowjetunion



### **Minsk, die Hauptstadt Belorußlands**

Oben: Der Lenin-Platz; unten: Das neue Lichtspielhaus „Partisan“





# NEUE ZEIT

Nr. 22

31. Mai 1967

Wochenschrift für Weltpolitik  
Verlag der Zeitung „Trud“

Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,  
deutscher, englischer, französischer,  
spanischer, polnischer und tschechischer  
Sprache.

Sämtliche Ausgaben  
entsprechen der russischen.  
Russisch am 26. Mai. erschienen.

## In diesem Heft:

Der Kongreß der sowjetischen Schriftsteller . . . . .	1
Ein positives Programm (Kommentar) . . . . .	3
Zeitgeschehen: UNO: Das Geschick Südwestafrikas • Frankreich: Die Arbeiter und die Sondervollmachten . . . . .	4
Oberstleutnant Al. Leontjew – Auf dem schlüpfrigen Boden der Eskalation . . . . .	6
A. Sutulin – Wie ist die Kennedy-Runde ausgegangen? . . . . .	7
Josip Broz-Tito – Aus den Erinnerungen an die Revolution in Rußland . . . . .	10
D. Wolski – Unruhiger Frühling . . . . .	14
Wirtschaftsnotizen: Zucker von Kuba . . . . .	17
Prof. J. Chmelnizkaja – Marxistenkonferenz in Westdeutschland . . . . .	18
Feuilleton: Eine Lappalie . . . . .	20
V. Spandarian – Kautschuk, Zinn und Ananas . . . . .	21
Juan Cobo – Die Flucht aus der San-Carlos-Festung . . . . .	24
Internationale Umschau . . . . .	26
J. Fadeitschew – Auf den japanischen Inseln . . . . .	28
Akademienmitglied I. Maiski – „Der Diplomat“ . . . . .	31
Leserbriefe . . . . .	13
Chronik . . . . .	32

## Der Kongreß der sowjetischen Schriftsteller

Vom ganzen Volke stark beachtet, ist in Moskau der IV. Unionskongreß der sowjetischen Schriftsteller zusammengetreten. Kurz zuvor wurde dem Schriftstellerverband der UdSSR mit dem Leninorden die höchste Auszeichnung des Landes verliehen und einer Gruppe sowjetischer Schriftsteller der Titel Held der Sozialistischen Arbeit zuerkannt. Das ist eine Würdigung der Verdienste, die sich die Literatur und die Literaturschaffenden um die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus erworben haben. Im Jubiläumsjahr der Oktoberrevolution haben Partei und Volk der Rolle der sowjetischen Literatur beim Aufbau der neuen Welt eine hohe Einschätzung gegeben.

Nie in der Geschichte der Menschheit war der Literatur eine so bedeutende Stellung im Leben des Volkes beschieden, wie sie die Sowjetliteratur in unserer Gesellschaft eingenommen hat. Bücher, ihre Ideen und Helden sind mächtige Faktoren bei der Formierung des neuen Menschen der Sowjetunion. Bei uns beruhen die Beziehungen zwischen Leser und Schriftsteller in der UdSSR schon lange auf gegenseitiger Achtung, auf der gemeinsamen Interessiertheit am Sieg der Ideen des Sozialismus, der Ideale des Marxismus-Leninismus. Keine Spur mehr von Verlassenheit und Fremdsein des Dichters, von Gleichgültigkeit des Lesers, von all dem, worunter viele Künstler des Wortes in der kapitalistischen Welt heute leiden.

In den schwierigsten Perioden der 50jährigen Geschichte des Sowjetstaates standen die sowjetischen Schriftsteller stets an der Seite ihres Volkes, lebten sein Leben und kämpften für seine Ziele. In den besten Werken der Sowjetliteratur hat sich unsere ganze einmalige revolutionäre Epoche widergespiegelt. In den Jahrhunderten fortleben werden die Gestalten von Sowjetmenschen, von Erbauern des neuen Lebens, die in den Büchern unserer Schriftsteller vor den Leser treten. Diese Gestalten inspirieren alle Kämpfer für eine bessere Zukunft der Menschheit und werden ihnen noch lange ein Vorbild sein.

Im Grußschreiben des ZK der KPdSU an den IV. Schriftstellerkongreß der UdSSR heißt es, die Sowjetliteratur habe mit großer künstlerischer Überzeugungskraft die „große Wahrheit der Epoche offenbart, indem sie zeigte, daß der Weg, den wir gingen, den grundlegenden Belan-



gen von Millionen schaffenden Menschen entsprach. Auf diesem ungebahnten Weg waren uns die Freude großer Siege, aber auch Verluste, zeitweilige Mißerfolge und Irrungen beschieden. Die Geschichte hat jedoch bestätigt, daß der Weg, den sich unsere Kommunistische Partei und unser Volk erwählt haben, der einzig richtige Weg war, der Leninsche Weg des Aufbaus der neuen Gesellschaft, und die Literatur hat ihn zusammen mit ihrem Volk mit Ehren zurückgelegt.“

Der Kraftquell der Sowjetliteratur ist die Klarheit ihres Klassenstandpunkts, ihr Dienst an den höchsten Idealen der Menschheit, den Idealen des Kommunismus, des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts. Die Werke der sowjetischen Schriftsteller, die den goldenen Fonds unserer Literatur darstellen und die Schatzkammer der Weltkultur bereichert haben, sind stets von den Ideen des sozialistischen Humanismus durchdrungen, vom Pathos des Schaffens, vom Glauben an den Menschen und seine Möglichkeiten getragen. Millionen Leser im Ausland schätzen an der Sowjetliteratur insbesondere den ihr eigenen historischen Optimismus im Gegensatz zu dem düsteren Fatalismus und Zynismus der reaktionären bürgerlichen Ideologie.

Zu den starken Seiten der Sowjetliteratur gehört ihr organischer Internationalismus. Das erklärt sich nicht nur damit, daß unsere Literatur von Haus aus eine multinationale Literatur ist, daß die sowjetischen Literaturschaffenden in den vielen Sprachen der großen und kleinen Völker der Sowjetunion schreiben, darunter in solchen, die vor der Revolution nicht einmal ein eigenes Schriftsystem hatten. Auch das ist ein „Wunder“ des Oktobers, eine von den großen Errungenschaften der sowjetischen Ordnung. Ein bekannter Schriftsteller aus dem Tschukotschen-Volk, dessen Werke jetzt in allen Sprachen unseres Landes erscheinen, schreibt, in seiner Heimatregion Tschukotka entfalle jetzt auf je 6500 Einwohner ein Mitglied des Schriftstellerverbands.

Aber wir wiederholen: Der Internationalismus der sowjetischen Literatur ist mit ihrem multinationalen Charakter nicht erschöpft, er ist für ihren eigentlichen Geist, ihre Weltsicht, ihr Weltempfinden bezeichnend. Diese Literatur war nie auf sich selbst beschränkt, lehnte von jeher jede nationale Borniertheit ab, empfand sich stets als mitverantwortlich für alles. Ihr gingen und gehen die Leiden der anderen Völker nahe, sie sympathisiert mit dem Kampf dieser Völker, unterstützt sie von jeher.

Auch heute, da der amerikanische Imperialismus als Weltgendarm auftritt, da er den schmutzigen Krieg gegen das heroische Vietnam führt, erheben die sowjetischen Schriftsteller

ihre Stimme gegen die Verbrechen des Imperialismus und bieten die öffentliche Meinung der Sowjetunion und der ganzen Welt gegen sie auf.

Dank ihrem hohen ideellen und künstlerischen Niveau, dank ihrer Bedeutung für die Erkenntnis der Welt hat die sowjetische Literatur sich ein unbestrittenes internationales Ansehen erworben. Wenn heute in allen Ländern ein starker Drang nach dem Studium der russischen Sprache zu bemerken ist, so erklärt sich das nicht zuletzt mit dem Bestreben von Millionen, der künstlerischen Schätze der sowjetischen Literatur teilhaftig zu werden und sich durch sie in das Leben des Sowjetvolkes, in seine Träume, in seine geistige Welt einführen zu lassen. Als der bekannte englische Schriftsteller Sir Charles Snow unlängst zum Problem der Bildung und Erziehung der englischen Jugend Stellung nahm, forderte er sie auf, Russisch zu lernen, denn das böte ihr Zutritt zu der großen und mannigfaltigen Literatur der Sowjetunion.

Der Stolz, den die sowjetischen Menschen auf ihre Literatur empfinden, hindert sie natürlich nicht, auch deren Mängel zu sehen. In den Diskussionen, die dem IV. Schriftstellerkongreß vorangingen, fehlte es nicht an kritischen Bemerkungen über die blassen, ausdruckslosen Werke, die manchmal erscheinen und die sowjetische Wirklichkeit einseitig schildern. Dieser Kritik liegt das gemeinsame Interesse der Partei, des Volkes und der Schriftsteller daran zugrunde, daß die Literatur der wichtigen Rolle, die sie beim Aufbau der neuen Gesellschaft zu spielen hat, noch besser gerecht werde, daß die künstlerische Chronik unserer revolutionären Epoche noch größere Aussagestärke, Wahrheits-treue und Schönheit erlange.

Um die Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus zu mindern, behaupten seine Feinde verleumderisch, die sowjetischen Schriftsteller seien der „Freiheit des Schaffens“ beraubt, sie schrieben „auf Bestellung“ und was dergleichen Märchen mehr sind. Aber diese beleidigenden Unterstellungen halten keiner Kritik stand. Hätten unsere Literaturschaffenden etwa solche Höhen erreicht, wenn sie unter Zwang stünden? Hätte die Sowjetliteratur etwa solche Meisterwerke hervorbringen, hätte sie an die Spitze der weltweiten „Republik des Wortes“ aufrücken können, wenn sie nicht von freien Menschen geschaffen wäre, die überzeugt sind, eine gerechte Sache zu vertreten?

Die sowjetischen Schriftsteller und Dichter sind sich der Verantwortung bewußt, die sie in einer Welt tragen, in der ein angespannter Kampf der Ideen im Gange ist. Und sie sind fest entschlossen, alles zu tun, damit die Literatur des sozialistischen Realismus ihrer historischen Mission auch in Zukunft gerecht werde.



# Ein positives Programm

Es gibt politische Entscheidungen, die die internationale Lage in doppelter Hinsicht beeinflussen: erstens, indem sie sich unmittelbar auf die Situation auswirken, zweitens durch ihre *langfristige* Ausstrahlung, dadurch, daß sie zum Ausgangspunkt bestimmter internationaler Entwicklungstendenzen werden.

Beides gilt für die Beschlüsse, die Ende April auf der in Karlovy Vary abgehaltenen Konferenz von kommunistischen und Arbeiterparteien zu den Fragen der europäischen Sicherheit gefaßt worden sind. Diese Beschlüsse wurden sofort in den Ländern erörtert, in denen die kommunistischen Parteien an der Macht sind. Der Standpunkt, den die Konferenzteilnehmer bezogen hatten, fand einmütige Billigung. Wladyslaw Gomułka nannte diese Beschlüsse auf dem VIII. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei mit Recht das „Programm zur Erzielung eines dauerhaften Friedens“.

Im Westen erhärteten die Kommunistische Partei Frankreichs in einer Erklärung des Politbüros und die Italienische KP auf einem Plenum des ZK und der ZKK wie auch andere Parteien ihren Standpunkt. Einen positiven Widerhall fanden die Beschlüsse von Karlovy Vary bei vielen kommunistischen und Arbeiterparteien, bei der Öffentlichkeit Lateinamerikas, Afrikas und Asiens.

Auch die ersten konkreten Schritte sind bereits erfolgt: Wir sprechen von den Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und Bulgarien, zwischen der DDR und Ungarn, über die neue Friedensinitiative der DDR, über den Nachdruck, mit dem sich die sozialistischen Länder auf den in Genf wieder aufgenommenen Sitzungen des Achtzehnerausschusses weiter für den Abschluß eines Atomsperrvertrages einsetzen.

Die Beschlüsse von Karlovy Vary können auch deswegen einen nachhaltigen Einfluß auf die internationale Lage gewinnen, weil sie ihrem Wesen nach *gegen kein Land gerichtet sind*. Sie entsprechen den Interessen *aller* europäischen Völker. Darin besteht ihre Stärke, doch ebendeshalb rufen sie bei ihren Gegnern besondere Gehässigkeit hervor.

Die westdeutsche Presse regt sich in letzter Zeit künstlich darüber auf, daß die Kommunisten in Karlovy Vary das Feuer auf die Bundesrepublik konzentriert hätten und sie zu einem Sündenbock machen wollten. Gewiß, die Schärfe, mit der auf der Konferenz die Politik des westdeutschen Militarismus und Revanchismus verurteilt wurde, mag den Einpeitschern dieser Politik mißfallen. Aber wer Wind sät, erntet immer Sturm, und Bonn sollte sich daran erinnern. Es bleibt Tatsache: Durch ihre Forderungen nach einer Revision der europäischen Grenzen, durch ihre Weigerung, die faktische Sachlage in Europa anzuerkennen, hat sich die Bundesrepublik selbst in den Anklagezustand versetzt. Ein Regime, unter dem die Kommunistische Partei wie unter Hitler verboten ist, kann nicht darauf rechnen, von der demokratischen Öffentlichkeit Europas gebilligt zu werden.

Und doch muß man fragen: Liegt die Schaffung eines festgefügt europäischen Sicherheitssystems nicht auch im Interesse der Bundesrepublik und ihrer Bevölkerung? Ist die *Bundesrepublik nicht daran interessiert, daß sich die Beziehungen in Europa, darunter auch die zwischen den beiden deutschen Staaten, normalisieren*? Vor wenigen Wochen war

ganz Westdeutschland der Schauplatz großer Ostermärsche und anderer Protestaktionen gegen atomare Aufrüstung, gegen den militaristischen Kurs. Es erstarken die Kräfte, die verlangen, daß Bonn seiner aussichtslosen Politik den Laufpaß gibt.

Die offizielle Bonner Presse zetert, man wolle die Bundesrepublik isolieren. Es geht selbstverständlich nur um die Isolierung der gefährlichen Kräfte, die ihren revanchistischen Kurs weitersteuern. In Wirklichkeit bieten die Beschlüsse von Karlovy Vary der Bundesrepublik den *einzigsten* Ausweg aus der Isolation und eine reale Möglichkeit, zu einem in jeder Hinsicht gleichberechtigten Partner eines europäischen Friedenssystems zu werden.

Nein, die Beschlüsse von Karlovy Vary richten sich gegen niemand, weder gegen die Bundesrepublik noch gegen die Vereinigten Staaten, auch wenn der *Washington Evening Star* schrieb, nach der Konferenz von Karlovy Vary zeichne sich die „Gefahr für die amerikanischen Interessen deutlich genug“ ab.

Natürlich haben die amerikanischen Mammutmonopole bestimmte finanzielle und geschäftliche Interessen in Westeuropa. Nicht minder engagiert ist in diesem Raum auch der amerikanische Militärlügel, der die sozialistischen Länder unter Druck halten und seine Stützpunkte möglichst nahe an die Grenzen der Warschauer Vertragsstaaten heranschieben will. Aber das sind eigennützige Interessen, die mit den wahren Belangen des amerikanischen Volkes nicht das geringste zu tun haben. Vietnam ist in dieser Hinsicht ein Modellfall: Er zeigt, daß der amerikanische Militärlügel kapabel ist, sein Land in neue Abenteuer zu verwickeln, seine Soldaten in Tausende Kilometer von den USA entfernte Gebiete zu schicken. Sollte das Volk der USA tatsächlich wollen, daß aus Europa ein zweites Vietnam wird?

Wir setzen kein Gleichheitszeichen zwischen dem amerikanischen Volk und der Politik der imperialistischen Führer der USA. Die Kräfte, die die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems als notwendig betrachten, sehen im amerikanischen Volk nicht ihren Gegner, sondern ihren Bundesgenossen, bedeutet die Schaffung eines friedlichen Europas doch eine Stärkung der Sicherheit der Vereinigten Staaten. Wer könnte ernstlich glauben, das militärische NATO-Bündnis, dem ein Staat angehört, der offiziell eine Revision der Oder-Neiße-Grenze fordert, böte den USA eine bessere Sicherheitsgarantie?

Die Stärke der Beschlüsse von Karlovy Vary liegt in ihrem positiven Programm. Es ist ein Programm, beruhend auf den Gegebenheiten in Europa, darunter auf der Tatsache, daß zwei souveräne und gleichberechtigte deutsche Staaten bestehen. Die Konferenz von Karlovy Vary fordert dazu auf, daß alle Staaten Europas in einem Vertrag auf gegenseitige Gewaltanwendung verzichten. Sie ruft zur Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Staaten und der DDR wie auch zwischen den beiden deutschen Staaten auf, zum Abschluß eines Atomsperrvertrags und zur Gewährleistung des Schutzes und der Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik. Gleichzeitig empfiehlt die Konferenz Teilmaßnahmen, durch die man der europäischen Sicherheit näherkommen könnte. All dies könnte auf einer Konferenz aller europäischen Staaten zur Frage der Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa erörtert werden.

Die Ziele, die in Karlovy Vary gesteckt worden sind, entsprechen den Interessen der Völker Europas, Amerikas, aller Erdteile. Ein friedliches Europa gehört zu den Ecksteinen des Fundaments der allgemeinen Sicherheit.



## UNO: Das Geschick Südwestafrikas

Viktor SIDENKO

**F**ast einen Monat debattierte eine Sondertagung der UNO-Vollversammlung, die am 19. Mai zum Abschluß kam, über Südwestafrika.

Zu Beginn der Tagung ahnte kaum jemand, daß sich die Debatte so in die Länge ziehen würde, um so weniger, als dieser Punkt nicht erst seit gestern auf der Tagesordnung der UNO steht. Er wird am East River seit über 20 Jahren erörtert. Aber noch nie sind die Wellen dabei so hochgegangen wie diesmal.

Es handelt sich kurz um folgendes. Nach dem ersten Weltkrieg gab der Völkerbund der Regierung der Südafrikanischen Union (wie damals die Südafrikanische Republik hieß) das Mandat auf die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika. Als die UNO gegründet wurde, schaffte sie das Mandatssystem ab und stellte die Mandatsgebiete unter UNO-Treuhanderschaft. Nur die Südafrikanische Republik weigerte sich, Südwestafrika unter diese Treuhanderschaft stellen zu lassen. Im Jahre 1949 annektierten ihre Machthaber einfach dieses Gebiet, verleibten sie es ihrem Staat als „fünfte Provinz“ ein.

Die Weltöffentlichkeit hat sich aber mit dem „Anschluß“ Südwestafrikas nicht abgefunden. Die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder und auch junge Staaten Asiens und Afrikas, die in der UNO vertreten sind, haben sich energisch dafür eingesetzt, daß die Angelegenheit im Interesse des Volks von Südwestafrika geregelt wird. Die Westmächte aber stellten sich hinter die Rassisten und machten alle Bemühungen vergeblich. In den mehr als 20 Jahren hat die UNO über 70 Entschlüsse über Südwestafrika gefaßt, aber alle sind auf dem Papier geblieben und enthalten nur eine verbale Verurteilung der Annexion. Dafür haben schon die imperialistischen Westmächte gesorgt.

Ihre Beweggründe sind leicht zu durchschauen. Südwestafrika ist schon lange eine Art Gemeinschaftsbesitz der südafrikanischen Rassisten und der englischen und amerikanischen Monopole, die dort Gewinne scheffeln. Man sagt von Südwestafrika, daß es die südafrikanischen Behörden in der Hand

und die ausländischen Monopole in der Tasche haben.

Das Gebiet ist reich an Naturschätzen. Mit seiner Vanadiumgewinnung nimmt es den dritten und mit seiner Germaniumgewinnung einen der ersten Plätze in der Welt ein. Auf Südwestafrika entfallen 15 Prozent der ganzen Diamantenausbeute der kapitalistischen Welt. Man gewinnt dort Kupfer, Zink und andere seltene sowie Buntmetalle. Über 100 ausländische Gesellschaften mit einem Stammkapital von mehr als 30 Millionen Pfund Sterling sind dort engagiert. Ihre Gewinne sind enorm. So pumpt die englische Consolidated Diamond Mines Co. aus Südwestafrika jedes Jahr größere Summen heraus, als das ganze Budget dieses Gebiets ausmacht.

Das können die Gesellschaften durch grenzenlose Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter, wie sie nur bei einem rassistischen Kolonialregime möglich ist. Für die westlichen Monopole würde eine Abschaffung dieses Regimes den Tod der Henne bedeuten, die die goldenen Eier legt.

Auf der jetzigen Sondertagung der UNO-Vollversammlung haben sich die

westlichen Delegierten, ebenso wie auf den früheren, aus Leibeskraften angestrengt, der Henne das Leben zu retten. Schon ganz zu Anfang der Debatte beantragten die USA, Kanada und Italien, daß ein Sondervorteiler der UNO für Südwestafrika bestimmt und beauftragt wird, eine an keinerlei Termine gebundene Untersuchung der Lage in diesem Gebiet „mit besonderer Rücksicht auf die Menschen- und Materialressourcen“ vorzunehmen. Also wurde das Geschick eines ganzen Landes nicht vom Willen seiner Bewohner, sondern von der Meinung eines einzigen Vertreters abhängig gemacht, der ohne weiteres eine Kreatur der Westmächte hätte sein können. Für das Projekt nahm der Vertreter Englands Stellung, er nannte es „praktisch und vernünftig“.

Nach langen Debatten brachten 79 Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie Jugoslawien in der Sondertagung einen eigenen Resolutionsentwurf ein. Darin hieß es, daß die Streitkräfte, die Polizei und das Verwaltungspersonal der Südafrikanischen Republik Südwestafrika verlassen müßten und daß diesem zu einem Termin, der nach dem Willen seiner Bevölkerung, wünschenswerterweise aber nicht später als für Juni 1968, angesetzt werden solle, die Unabhängigkeit gewährt werden müsse. In der Übergangszeit, d. h. bis zur Ausrufung der Unabhängigkeit, solle ein der UNO-Vollversammlung unterstellter Rat mit Befugnissen zur Gesetzgebung und Verwaltung gebildet werden. Einen Teil der Verwaltungs- und Exekutivobliegenheiten solle der Rat einem von der Vollversammlung zu bestellenden UNO-Kommissar übergeben.

Dieser Resolutionsentwurf wurde am 19. Mai zur Abstimmung gebracht. Dafür wurden 85, dagegen 2 Stimmen abgegeben (Portugal, Südafrikanische Republik). 30 Delegationen haben sich der Stimme enthalten, aber aus verschiedenen Beweggründen. Den Delegierten der USA, Englands, Italiens und einiger anderer Länder paßte das in der Resolution zum Ausdruck gebrachte Bestreben der zur dritten Welt gehörenden Staaten nicht, die Stunde der Befreiung Südwestafrikas vom Joch der Rassisten näher zu bringen. Die Delegationen der Sowjetunion, der Belorussischen SSR, Bulgariens, Kubas, der Mongolei, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, der Ukrainischen SSR und Ungarns, die sich ebenfalls der Stimme enthielten,



ten, betonten, als sie das motivierten, daß sie für den sofortigen Abzug des südafrikanischen Militärs und Personals aus Südwestafrika und dafür sind, daß diesem Land sofort die Unabhängigkeit gegeben wird. Sie sagten, daß ohne solche Bestimmungen die UNO-Resolution nicht sehr wirksam sei.

Zugleich versicherten die Vertreter

der sozialistischen Länder den afro-asiatischen Staaten, daß sie ihnen jede Hilfe dabei angedeihen lassen würden, die Unabhängigkeit für Südwestafrika durchzusetzen und beliebigen Manövern der südafrikanischen Rassisten und ihrer westlichen Schutzpatrone entgegenzuwirken, die den Interessen des dortigen Volkes zuwiderlaufen.

## Frankreich: Die Arbeiter und die Sondervollmachten

Pawel JEFIMOW

In Frankreich waren am 17. Mai über 10 Millionen im Ausstand, mehr als die Hälfte der in sämtlichen Wirtschaftsbranchen Beschäftigten. Im Departement Nord haben z. B. über 500 000 Personen gestreikt, im Departement Rhône 300 000, in Seine Inférieure 200 000 usw.

Am selben Tag fanden im ganzen Land Massendemonstrationen der Werktätigen statt. In Paris marschierten 200 000 von der Place de la Bastille zur Place de la République, diese übliche Route der proletarischen Umzüge. Sie forderten: „Der 17. Mai soll die erste Phase im Kampf der Werktätigen gegen die Sondervollmachten sein“ und „Lohn-erhöhung!“

Großkundgebungen fanden auch in Lyon, Marseille, Rouen, Nantes, Bordeaux, Toulon, Dunkerque, Toulouse und vielen anderen Städten statt.

Der unmittelbare Anlaß zum Streik war der Beschluß der Regierung, von der Nationalversammlung wirtschaftliche und soziale Sondervollmachten bis zum 31. Oktober zu verlangen. Dann könnte sie die wirtschaftlichen und sozialen Fragen mit Hilfe der sogenannten Ordonnanzen regeln, Verfügungen, die Gesetzeskraft erlangen, ohne vom Parlament bestätigt zu sein.

Die Regierung berief sich darauf, daß sie dringend etwas tun müsse, um die französischen Unternehmen im Zusammenhang mit der Expansion ausländischer Truste konkurrenzfähiger zu

machen. Zu diesem Zweck will sie die Konzentration des Kapitals und die Bildung riesiger Industriekomplexe fördern. Eine Modernisierung der Industrie ist aber sehr kostspielig, und man will das Geld dadurch aufbringen, daß man den Werktätigen neue Lasten auferlegt. Der Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei, Waldeck Rochet, hat die Politik der Ordonnanzen folgendermaßen umrissen:

„Die Regierung behauptet, sie verlange die Sondervollmachten zu dem Zweck, die Konzentration der Unternehmen zu beschleunigen, das Beschäftigungsproblem in Angriff zu nehmen, ein Bündnis zwischen Kapital und Arbeit herzustellen und das System der Sozialleistungen zu reformieren. In Wirklichkeit verlangen die Behörden Sondervollmachten, um die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes im Interesse der Monopole zu bereinigen und der Nationalversammlung jede Möglichkeit zum Handeln und zur Kontrolle zu nehmen.“

Die Regierung hat in der Nationalversammlung eine Mehrheit und könnte Gesetzesvorlagen, die sie braucht, eventuell auch ohne Ordonnanzen durchbringen. Das will sie aber nicht riskieren. Nach den jüngsten Landeswahlen hat die Mehrheit der Regierungspartei und ihrer Bundesgenossen im Parlament bedeutend abgenommen. Bei Regierungs-

anträgen an das Parlament, die nicht populär sind, könnte sie jedesmal Gefahr laufen, in der Minderheit zu bleiben und Neuwahlen ansetzen zu müssen, was für sie von Nachteil sein könnte.

In französischen Gewerkschaftskreisen ist man auch sehr gegen die Pläne der Regierung im Hinblick auf die Sozialversicherung. Wegen der großen Ausgaben für das Gesundheitswesen will sie einen Teil der Ausgaben für die Sozialversicherung auf das Volk abwälzen, indem sie den Pflichtanteil der Versicherungsbeiträge, den die Werktätigen zu leisten haben, erhöht und die staatlichen Beiträge kürzt. Darunter würden mindestens 34 Millionen Franzosen zu leiden haben.

Eine Woche, nachdem die Absichten der Regierung bekannt geworden waren, riefen die vier größten Gewerkschaftsbünde Frankreichs — die Allgemeine Arbeitskonföderation, die Französische Demokratische Arbeitskonföderation, die Force ouvrière und der Landesverband der Volksbildungsangelegten — einen 24stündigen General-Protteststreik aus. So kam zum erstenmal seit Jahren praktisch eine Einheitsfront der französischen Gewerkschaften zustande. Nur einige kleine Gewerkschaftsbünde haben nicht am Streik teilgenommen.

Die Gewerkschaften wurden von sämtlichen Linksparteien unterstützt. Am 11. Mai kamen Delegationen der Französischen Kommunistischen Partei und der linken Demokratisch-Sozialistischen Föderation zusammen. In ihrem Kommuniqué gaben sie ein Urteil über die Politik der Sondervollmachten ab. Am 18. Mai stellten die Linksparteien in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage, und die Regierung bekam eine Mehrheit von nur acht Stimmen.

Angesichts dieser Ereignisse kann man die Tragweite dessen nicht übersehen, daß die Linksparteien bei einem scharfen sozialen Konflikt, ebenso wie bei den kürzlichen Parlamentswahlen, in einer Einheitsfront vorgegangen sind.



Über 10 000 amerikanische Marineinfanteristen und Saigoner Soldaten sind in die entmilitarisierte Zone zwischen Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam eingedrungen. Das ist ein neuer Schritt der USA auf dem schlüpfrigen Boden der Eskalation.

Die Pufferzone geht den 17. Breitengrad entlang, der im allgemeinen mit dem Flußbett des Ben Hai zusammenfällt. Die Nord- und die Südgrenze der Zone sind etwa 5 Kilometer von der zeitweiligen Demarkationslinie entfernt. Die Zone wurde nach den Genfer Abkommen geschaffen, um Zwischenfällen vorzubeugen. Die Genfer Abkommen verbieten es, in der Zone Militärobjekte anzulegen und militärisches Personal zu halten. Damit wollten sich die USA-Interventen nicht abfinden. Verstöße gegen den Status der Zone ließen sie sich schon lange zuschulden kommen, wagten es aber bisher nicht, in ihm ihre Truppen zu stationieren, da das als flagrante Verletzung der Genfer Abkommen gewertet worden wäre. Nun haben sie es getan.

Warum gerade jetzt? Die Möglichkeiten des Luftkriegs gegen die DRV, der durch Artilleriebeschuß vom Meer und vom Lande her ergänzt wurde, sind fast erschöpft, und das US-Kommando trifft, wie Pressemeldungen zu entnehmen ist, Vorbereitungen zur nächsten Phase der Aggression: zur Invasion seiner Landtruppen in Nordvietnam. Das Pentagon will den Südtteil der entmilitarisierten Zone zum Bereitstellungsraum für die Invasion machen.

In diesem Teil der Zone leben 10 000 Einwohner. Rund 3000 von ihnen sind bereits in das als „Flüchtlingsaufnahme-stelle“ getarnte Konzentrationslager Trung Luong (16 Kilometer nördlich von Dong Ha) eingeliefert worden. Das kann nur als Vorbereitung eines Bereitstellungsraumes gewertet werden. Washington stellt das natürlich in Abrede:

„Wir haben nicht die geringste Absicht, in Nordvietnam einzufallen“, erklärte am 21. Mai General Wheeler, der Vorsitzende des Komitees der Stabschefs der USA.

Aber was hat man von solchen Dementis zu halten? Sind es etwa die ersten? Washington hatte beteuert: „Wir werden Hanoi nicht bomben“, „Wir werden nicht in die entmilitarisierte Zone eindringen“. Dann wurde diesem „Wir werden nicht“ das bedeutungsvolle Wörtchen „gegenwärtig“ zugefügt. Einstweilen kommt General Wheeler noch ohne diesen Vorbehalt aus. Aber der Marionettenpremier Ky erklärt bereits:

„Gegenwärtig werden wir den Ben Hai nicht überschreiten.“

Nichts entkräftet also die Befürchtungen einiger amerikanischer Senatoren, die einem AP-Bericht aus Washington

# Auf dem schlüpfrigen Boden der Eskalation

## Übersicht über die Kriegshandlungen in Vietnam

zufolge der Ansicht sind, der nächste Schritt auf dem Boden der Eskalation „könne eine Invasion nach dem Norden sein“.

Es werden sich kaum Einfaltspinsler finden, die dem State Department die Behauptung abnehmen, der Einmarsch in die entmilitarisierte Zone sei ein „rein taktisches militärisches Unternehmen, das keine weitere Eskalation des Krieges bedeutet“ und als „ausschließlich defensiver Schritt“ zu betrachten sei. Das dritte Jahr weiten die USA den verbrecherischen Krieg in Vietnam aus, begehen ein Verbrechen nach dem anderen und behaupten die ganze Zeit, all das sei nur „Verteidigung“.

Sie tun das aus Furcht vor der Vergeltung. Nach jedem neuen Aggressionsakt schlagen sich die amerikanischen Strategen an die Brust und schwören, weiter würden sie nicht gehen.

Daß die Amerikaner gerade jetzt zum Ben Hai vorgestoßen sind, hat auch einen anderen Grund. Die Trockenzeit, die im Herbst begann, ist zu Ende. Der Versuch der amerikanischen Befehlsstellen, in dieser Zeit eine Offensive an breiter Front vorzutragen, ist unverkennbar mißlungen. Nun ist die Saison der Monsun-Regen eingetreten, die den Einsatz der amerikanischen Luftwaffe und Bodentechnik gewöhnlich erschweren. Die Interventionen befürchten neue Niederlagen, besonders in den Nordprovinzen Südvietnams.

Die letzten Wochen befanden sich die US-Truppen, die südlich der entmilitarisierten Zone stehen, in einer schweren Lage. Die Patrioten hatten sie aus mehreren Räumen verdrängt, ihre Basen wurden unaufhörlich beschossen und angegriffen, und sie erlitten schwere Verluste. Der Stützpunkt Dong Ha wurde z. B. von Hunderten Raketen, Granaten und anderen Geschossen getroffen. Systematisch wurden die Stellungen der schweren Artillerie in Gio Linh beschossen. Die Patrioten schlossen in der Festung Con Thien über 500 amerikanische Soldaten und Marineinfanteristen ein. Die Versuche der Umzingelten, den Ring zu durchbrechen, endeten damit, daß die Amerikaner unter großen Verlusten zurückgeschlagen wurden. Eine

Panzerkolonne, die sie entsetzen sollte, konnte nicht zur Festung vordringen. Während der fünftägigen Kämpfe im Raum Con Thien wurden 44 Amerikaner getötet und 300 verwundet.

Das amerikanische Oberkommando hofft, nach der Besetzung des Südtteils der entmilitarisierten Zone die Stellungen der Patrioten vom Norden her angreifen zu können. Ebenso soll ihnen diese Maßnahme Truppenverschiebungen und den Einsatz der eingekesselten Stützpunkte erleichtern. Dennoch war die Invasion in die Zone alles andere als ein „rein taktisches Unternehmen“.

Es ist doch kein Zufall, daß diese Invasion zur gleichen Zeit erfolgte, zu der die amerikanische Luftwaffe neue, noch grausamere Angriffe auf den Raum Hanoi unternahm. Die New York Times nannte den Angriff vom 19. Mai den „ersten Bombenschlag gegen die Zentralbezirke von Hanoi“. Die amerikanischen Flugzeuge überschütteten an diesem Tag die unweit vom Zentralplatz Ba Dinh gelegene Hang-Bun-Straße mit Bomben und Raketen, griffen das Vor-gelände des städtischen Fernheiz-Kraftwerks an, das 1,7 Kilometer vom Mittelpunkt der Hauptstadt der DRV gelegen ist. Raketen explodierten am See des Wiedergegebenen Schweres und am Zentralstadion. Ein amerikanisches Geschloß schlug im Diplomatenviertel, 100 Meter vor der Sowjetbotschaft, ein, wobei der Sitz der rumänischen Handelsvertretung schwer beschädigt wurde und auch ein Gebäude in Mitleidenschaft gezogen wurde, das der Koreanischen Volksdemokratischen Republik gehört.

Am 21. Mai wurde sechsmal Luftalarm gegeben. Flugzeuge stießen auf den Raum des Westsees nieder, der 2 Kilometer von der Stadtmitte entfernt ist, auf dem Raum Van Dien, von dem es 4—5 Kilometer bis zur Stadtmitte sind, und belegten das städtische Kraftwerk mit Raketen. Am 22. Mai erfolgten massierte Bombenangriffe auf den Südtteil von Hanoi, in dem sich Betriebe der Leichtindustrie befinden.

Mit anderen Worten: Die letzten Luftangriffe richteten sich gegen die Zivilbevölkerung und gegen nichtmilitärische Anlagen, die die Aggressoren mit sadistischer Grausamkeit vernichten. Sie rich-

tefen sich zunächst gegen die Umgegend und die Randbezirke Hanois, jetzt bomben die Amerikaner seine Zentralbezirke. Ihr Ziel ist die Vernichtung der vietnamesischen Hauptstadt und die Ausrottung ihrer Bevölkerung. Die blutbefleckten Bankrotteure spielen va banque. So lassen sie ihre Wut wegen ihrer Niederlagen in Südvietnam aus, so wollen sie das vietnamesische Volk einschüchtern.

Zu den Angriffen auf die DRV werden jetzt täglich über 450 Flugzeuge eingesetzt, die von Mutterschiffen und von Stützpunkten in Thailand starten. Wie die *New York Times* mitteilt, schleichen die Bomber den stark verteidigten Raum von Hanoi im Tiefflug an, um nicht von den Radaranlagen entdeckt zu

werden. Von oben werden sie durch Jäger gedeckt. Haben die Bomber Hanoi erreicht, so steigen sie etwa 4000 Meter hoch und fliegen dann das Ziel von verschiedenen Richtungen her einzeln an. Ein Angriff dauert 2—3 Minuten.

Aber solche taktischen Finten bewahren sie nicht vor den Fla-Raketen. Am 19. Mai schossen die Verteidiger von Hanoi zehn US-Flugzeuge ab, am 21. Mai sieben. „Die Verluste der amerikanischen Luftwaffe über Nordvietnam wachsen ständig“, berichtet die Associated Press.

Durch das Eindringen der Interventen in die entmilitarisierte Zone und die Angriffe auf die Zentralbezirke von Hanoi ist eine äußerst gefährliche Lage

entstanden. Die Möglichkeit weiterer aggressiver Handlungen einschließlich einer Invasion der Landtruppen oder der Aussetzung einer Landungsgruppe auf dem Gebiet der DRV ist nicht von der Hand zu weisen. Den Pentagon-Generälen ist jede Wahnsinnstat zuzutrauen. In den USA verstärkt sich die Kriegshysterie, nehmen diejenigen, die drohen, Nordvietnam in eine „Mondlandschaft“ zu verwandeln, den Mund immer voller. Der Kommentator Walter Lippmann nennt diese Leute „Dummköpfe und Ignoranten“. Wie er sagt, haben sie „keine Ahnung von Geschichte“ und „kennen die Welt, von der sie reden, sehr schlecht“. Und all das vergrößert die Gefahr, die dem Weltfrieden droht.

## Wie ist die Kennedy-Runde ausgegangen?

Anatoli SUTULIN

In der Nacht zum 16. Mai kam in Villa Le Bocage bei Genf, die einst den Tanten Leo Tolstois gehörte, die Kennedy-Runde zum Abschluß, wie die Verhandlungen über die Zölle im kapitalistischen Welthandel genannt werden. Sie hatten mit Unterbrechungen vier Jahre gedauert.

Es sei daran erinnert, daß die inoffiziell nach ihrem Urheber, dem USA-Präsidenten John Kennedy, benannten Verhandlungen im Rahmen des GATT (Generalabkommens über Zölle und Handel) abgehalten worden sind. Dessen Partner sind größtenteils entwickelte kapitalistische Länder, zum Teil aber auch Entwicklungsländer.

Der Sinn der Kennedy-Runde wurde 1962 formuliert, als in den USA ein Sondergesetz über eine Ausdehnung des Handels verabschiedet wurde. Es gab dem Präsidenten die Befugnis, die amerikanischen Importzölle auf die meisten Waren aus den GATT-Ländern im Laufe von fünf Jahren um 50 Prozent zu senken, u. zw., als Gegenleistung für eine gleiche Zöllsenkung auf amerikanische Waren. Das Gesetz enthielt auch die Klausel, daß die Senkung mehr als die Hälfte betragen oder daß die Zölle sogar ganz aufgehoben werden könnten, insofern das Waren betrifft, bei denen der Anteil der USA und der EWG-Länder am kapitalistischen Weltexport mindestens 80 Prozent ausmacht. Dies für den Fall, daß England der EWG beitreten sollte. Dann sollten die Zölle auf viele Waren abgeschafft werden.

Um den Sinn dieser Beschlüsse zu verstehen, muß man folgendes im Auge haben.

Der zweite Weltkrieg hatte die USA in der Wirtschaft wie in der Politik des Weltkapitalismus an die erste Stelle aufrücken lassen, um die kein Land mit ihnen konkurrieren zu können schien. Vom Krieg geschwächt, hingen die Länder Westeuropas ganz von der USA-Hilfe ab und fugten sich in allen Dingen Washington.

Nachdem aber die Länder Westeuropas und Japan ihr Wirtschaftspotential wiedererlangt hatten, entwickelten sie sich schneller als die USA. Infolgedessen ging der Anteil Amerikas an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt zwischen 1948 und 1965 von 55,8 auf 45,1 Prozent zurück, während derjenige Westeuropas und Japans im gleichen Zeitraum von 31,7 auf 39,8 Prozent stieg. Diese Länder bedrängten die USA auf ihren Märkten fühlbar, ebenso in der dritten Welt, ja sie gingen sogar auf dem amerikanischen Markt zum Angriff über. Ihr Anteil am Export der kapitalistischen Welt wuchs im selben Zeitraum von 33 auf 53 Prozent, während der der USA von 24 auf 17 Prozent schrumpfte.

Der von Ländern Westeuropas gebildete Gemeinsame Markt (die EWG) und die Europäische Freihandelsassoziation (die EFTA) wurden sehr bald zu Waffen im Wirtschaftskrieg mit den Rivalen, insbesondere mit den USA. Im Han-

del zwischen den EFTA-Ländern sind die Zölle und die mengenmäßigen Beschränkungen für den Import der meisten Industrieerzeugnisse bereits aufgehoben. Was die EWG betrifft, so hat sie ihre inneren Zölle auf Industrieerzeugnisse um 80 und auf Agrarerzeugnisse um 60—65 Prozent gesenkt und die Einfuhrquoten abgeschafft. Bis Mitte 1968 sollen innerhalb der EWG die letzten Schranken fallen. Zugleich kommt in der EWG die Einführung von Schutzzöllen auf den Import aus dritten Ländern zum Abschluß. Präferenzzölle werden im Handel der EWG-Länder mit solchen eingeführt, die mit der EWG assoziiert sind (das sind jetzt 19 Länder Afrikas, ferner Griechenland und die Türkei).

Solche Maßnahmen schaden der Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Waren und setzen der Zunahme ihres Absatzes Schranken. Besonders gilt das für einen so wichtigen Teil des amerikanischen Exports wie die Agrarerzeugnisse, bei deren Absatz auf dem Gemeinsamen Markt die zu diesem Handelsblock gehörenden Länder besondere Privilegien genießen.

Auch politisch haben die USA mehr Schwierigkeiten. Das sieht man an der Krise, die in der NATO eingesetzt hat, an dem immer deutlicheren Bestreben ihrer Mitglieder, sich von der militärstrategischen Bevormundung durch Washington frei zu machen, und auch im Hinblick auf das Vietnamabenteuer des Pentagons. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der sozia-



listischen Welt und Westeuropa, für das die Märkte Osteuropas hochinteressant sind, beginnen sich auszudehnen.

Unter diesen Umständen sieht sich Washington dringend genötigt, den Export der USA zu forcieren. In den letzten Jahren hat er nur stockend zugenommen, der Import aber schneller als zuvor. Deshalb wird die Handelsbilanz immer weniger aktiv, und der Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz nimmt zu, diese alte Krankheit der Wirtschaft Amerikas, auf der die enormen Militärausgaben im Ausland lasten.

Man könnte den Export nur bei einer Senkung der Einfuhrzölle anderer Länder schneller voranbringen, das ist aber unmöglich ohne eigene Zugeständnisse. Bei dem heftiger gewordenen Kampf auf dem kapitalistischen Markt, bei der schlechteren Konjunktur und den größeren Schwierigkeiten mit den Zahlungsbilanzen sind jedoch nicht nur die USA, sondern auch andere Staaten bemüht, ihren Export zu steigern und zugleich ihren Import zu hemmen. Darum ist die Zollfrage in den Vordergrund getreten.

Mit der Kennedy-Runde wurde der Zweck verfolgt, den amerikanischen Export (besonders an Agrarerzeugnissen) nach Westeuropa, namentlich auf den Gemeinsamen Markt, zu steigern; eine Bresche in die Zollmauer um die EWG-Länder zu schlagen, indem man diesen gleichwertige Zugeständnisse macht, ohne daß dadurch die USA-Monopole auf ihrem Binnenmarkt geschädigt würden; nicht zuzulassen, daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen der USA zu Westeuropa lockern; Voraussetzungen für eine amerikanische Handelsexpansion in den Entwicklungsländern zu schaffen; durch eine Stärkung der amerikanischen Führung zu erreichen, daß sich der Westen wirtschaftlich und politisch konsolidiert.

Während der Verhandlungen sind die USA mit ihren Vorschlägen bei ihren Partnern auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Es zeigte sich, daß die Interessen weit auseinandergehen, besonders die der USA und der EWG-Länder. Doch auch unter diesen herrschte keine Einigkeit, obwohl sie durch eine gemeinsame Abordnung vertreten waren.

In den vergangenen Jahren schrieb die USA-Presse mehrmals, die letzte, entscheidende Phase der Verhandlungen sei erreicht. Vielleicht hätten diese sogar noch länger gedauert, wenn nicht demnächst (am 30. Juni) das amerikanische Gesetz von 1962 ablief. Johnsons Sondervertreter William Roth drohte, die Verhandlungen abzubrechen, falls kein Beschluß gefaßt wird,

der die USA „befriedigt“. Der Wirtschaftsausschuß des USA-Kongresses erklärte, bei einem Scheitern der Verhandlungen würden die USA eine Koalition gegen die EWG zustande bringen.

Dennoch konnte Washington seinen Partnern nicht alle seine Entscheidungen diktieren. Die *New York Times* stellt fest, daß die USA von den Zielen der Kennedy-Runde weit entfernt sind, und bezeichnet deren Ergebnis als einen „schmerzhaften Kompromiß“. In dem geschlossenen Abkommen sind Lösungen für jede der Fragen, deren konkrete Bearbeitung noch bevorsteht, nur ganz allgemein umrissen. Den gewissen Gewinn auf ihren Außenmärkten werden die USA gehörig mit Zugeständnissen an ihre Konkurrenten auf ihrem Binnenmarkt zu bezahlen haben.

Eine Senkung der Zölle auf einen großen Teil der Waren um mehr als die Hälfte oder gar ihre völlige Aufhebung ist überhaupt nicht zur Sprache gebracht worden. Die Teilnehmer der Runde haben es glatt abgelehnt, die Zölle auf viele Waren zu senken, weil das ihre eigene Wirtschaft schädigen würde. Jede der Seiten war bemüht, möglichst viel dadurch herauszuschlagen, daß sie ihre eigene „Ausnahmenliste“ möglichst verlängert und die der Konkurrenten kürzt. So hat die EWG unter den Waren, auf die die Zölle gesenkt werden, Aluminium gestrichen. Dieses ist aber ein wichtiger Exportartikel Norwegens. Da nun die Zölle auf Aluminium beim Import der EWG-Zone unverändert bleiben, werden Norwegens Interessen mehr als die der anderen Aluminium exportierenden Länder geschmälert. England mußte den EWG-Ländern nachgeben und seine Zölle auf Stahl senken, die höher als die der EWG sind.

Alles in allem betrifft die Zollsenkung nach allen möglichen Streichungen nicht, wie geplant war, die meisten Waren, sondern kaum ein Viertel des Gesamtimports der kapitalistischen Länder. Aber auch im Hinblick auf diese Waren ist der amerikanische Vorschlag, daß alle Länder die Zölle zur Hälfte senken sollen, abgelehnt worden, weil das den USA mit ihren Super-schutzzöllen den größten Nutzen brächte.

Die Sache ist die, daß die amerikanischen Durchschnittszölle mit 17,8 Prozent (der Warenpreise) jetzt viel höher sind als die der EWG mit 11,7 Prozent, wenn auch etwas geringer als diejenigen Englands (18,4 Prozent). Zudem müssen die Waren, die die USA importieren, zu mehr als einem Viertel mit

über 20 Prozent verzollt werden, so daß sie kaum noch mit den entsprechenden amerikanischen Erzeugnissen konkurrieren können. Die EWG-Länder befürchteten, daß eine allgemeine Zollsenkung auf die Hälfte sie der mächtigeren USA-Industrie gegenüber „im Hinblick auf die Zölle wehrlos machen würde“, während die USA doch noch einen verläßlichen Zollschutz behielten.

Deshalb wurde in der Kennedy-Runde festgesetzt, daß alle Länder die Zölle durchschnittlich nur um 35 Prozent senken würden mit Abweichungen nach oben oder unten bei einzelnen Waren, je nach der heutigen Höhe der Zölle. Grundsätzlich kann das die Rivalen teilweise gleichstellen, bei der bevorstehenden „Präzisierung“ im Hinblick auf jede einzelne Ware können die Amerikaner aber auch gewisse Vorteile behalten.

Es war für Washington eine unangenehme Überraschung, daß Kleineuropa die Hindernisse für den Export nach den USA zur Sprache brachte, die nicht direkt Zölle sind. Besonders heftig kritisiert wurde der Modus der Errechnung von Zöllen auf einige Waren, bei dem man nicht wie allgemein üblich von den Importpreisen, sondern von den viel höheren Engrospreisen des amerikanischen Marktes für verwandte Waren (American Selling Price — ASP) ausgeht. Das ist für die Länder von Nachteil, die nach den USA Chemikalien exportieren.

Die EWG-Länder haben, unterstützt von England und der Schweiz, gedroht, falls Washington diesen Modus nicht aufgebe, würden sie die Zölle für amerikanischen Chemikalien überhaupt nicht senken. Die USA wiederum haben eine Senkung dieser Zölle um 35 Prozent verlangt. Die Gemüter erhitzten sich derart, daß die ganze Runde noch im letzten Augenblick aufzufliegen drohte. Es folgte ein Rettungsmanöver: Die Amerikaner versprachen, den ASP-Modus aufzugeben, und erreichten dafür von den EWG-Ländern eine Senkung der Zölle auf Chemikalien um 20 Prozent und die Verpflichtung, sie um weitere 30 Prozent zu senken, sobald der USA-Kongreß den ASP-Modus aufhebt.

Die wichtigsten Verhandlungspartner waren sich über die Agrarprobleme völlig uneins. Washington hat erreichen wollen, daß die Schutzzölle Kleineuropas auf Agrarprodukte gemildert werden, und hat Garantien für eine sukzessive Ausdehnung des Absatzes an Getreide, Baumwolle, Obst und Gemüse aus Amerika in der EWG-Zone gefordert. Ähnliche Forderungen stellte die gemeinsame Delegation der nordischen

Länder (Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland) hinsichtlich des Agrar-exports dieser Länder. Die EWG-Länder willigten ein, zusätzlich nur eine genau bestimmte geringe Getreidemenge zu importieren, und gaben Washington in einem anderen Punkt nach: Sie haben es übernommen, die Ernährungshilfe an Entwicklungsländer teilweise zu finanzieren.

Alle diese „Komplexabmachungen“ haben die gegenseitige Unzufriedenheit keineswegs beigelegt. Laut France Presse hat der französische Minister Gorse, als er der Regierung über die Ergebnisse der Verhandlungen Bericht erstattete, „daran erinnert, daß zwei fundamentale Probleme offengeblieben sind: Getreide und Chemikalien“. In Washington begann zur selben Zeit eine Kampagne für eine Einschränkung des Imports von Chemikalien, Molkereiprodukten und Stahl. Stellt das nicht eine neue Runde im westlichen Handelskrieg in Aussicht?

Bei den Verhandlungen wurden auch Fragen erörtert, die die Handelspolitik den Entwicklungsländern gegenüber betreffen. Das amerikanische Gesetz von 1962 sah vor, daß die Zölle nur für einige Waren ihrer tropischen Land- und Forstwirtschaft gekürzt oder aufgehoben werden könnten, jedoch nur gegen eine ebensoiche Senkung der Zölle auf amerikanische Erzeugnisse. Dadurch wollten die USA-Monopole ihren Absatz in den Entwicklungsländern vergrößern und außerdem das System der Präferenzzölle erschüttern, die der Konkurrenz in einigen Ländern eingeräumt sind.

Diesen und ähnlichen Expansionsabsichten der USA setzten die Länder der dritten Welt ihre Forderung entgegen, ihnen für ihre wichtigsten Rohstoffe und einige Fertigerzeugnisse beim Export nach entwickelten kapitalistischen Staaten Vorzugszölle zu gewähren, die um mehr als 50 Prozent unter den geltenden liegen müßten. Diese Forderung ist um so mehr gerechtfertigt, als die außerordentlichen Wirtschafts- und Devisenschwierigkeiten der unterentwickelten Länder auf die jahrhundertlange Kolonialherrschaft und die jetzige, neokolonialistische Politik der Westmächte zurückzuführen sind.

Der Westen aber hat sich vor der Gewährung der wiederholt versprochenen einseitigen Vorteile an die Entwicklungsländer gedrückt. Zum Teil wurden die amerikanischen Vorschläge angenommen, die Zölle auf eine Reihe tropischer Erzeugnisse zu senken, u. zw. in dem Maße, wie die Entwicklungsländer die Einfuhrzölle senken würden. Was die übrigen Waren angeht, so ha-

ben die EWG-Länder z. B. eingewilligt, den Zoll auf argentinisches Fleisch nur um 20 Prozent zu senken, und haben dafür verlangt, daß Argentinien die Zölle für einige Industrieerzeugnisse dieser Länder um 50 Prozent senkt.

Alles in allem haben die Entwicklungsländer nicht mehr Zutritt zu den Märkten der entwickelten kapitalistischen Länder erlangt. „Insofern mag das Verhandlungsergebnis enttäuschen“, bemerkte Eric Windham White, der Generaldirektor des GATT. Ebenso enttäuschend ist es, wie über die Hilfe an die Länder der dritten Welt entschieden worden ist. Sie sollen nicht 10 Millionen Tonnen Getreide jährlich bekommen, wie man anfangs prahlte, sondern nur 4,5 Millionen Tonnen, und diese Menge soll unter Dutzende von Ländern aufgeteilt werden.

Die Kennedy-Runde ist zu Ende, aber neue Runden im Konkurrenzkampf stehen bevor.

Zollsenkungen als eine Form der Handelsliberalisierung sind an sich etwas Fortschrittliches, sie tragen zur Entwicklung des Warenaustausches und dazu bei, daß man aus der internationalen Arbeitsteilung Nutzen ziehen kann. Im Kapitalismus aber werden dabei die Interessen der einen Handelspartner unweigerlich zugunsten der anderen geschmälert.

Man kann sagen, daß sich die Zoll-

verhandlungen zu einer Form des Kampfes um eine Neuaufteilung des kapitalistischen Weltmarktes im Einklang mit dem veränderten Kräfteverhältnis ausgewachsen haben. Es ist den USA nicht gelungen, ihr umfangreiches Programm für eine Handelsexpansion in Westeuropa oder anderen Gebieten restlos auszuführen. Und nur ganz wenig ist aus den Plänen geworden, den Westen unter amerikanischer Führung zusammenzuschweißen. Die französische Zeitung *Paris-Jour* hat nicht ganz unrecht, wenn sie die Verhandlungen ein „politisches Ringen zwischen Washington und Europa“ nennt.

Was die Entwicklungsländer betrifft, so haben sie sich nochmals davon überzeugen müssen, daß sie eine Lösung für ihre Probleme nicht beim GATT zu suchen haben (in dem eine kleine Gruppe von Westmächten den Ton angibt), sondern bei einer breiteren, auf Gleichberechtigung fußenden Weltkörperschaft, wie es die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung ist.

Die erste solche Konferenz war nützlich.

Schon sind die Vorbereitungen zur zweiten Konferenz im Gange, die im Februar 1968 stattfinden soll, und die Fragen des Welthandels treten in den internationalen Beziehungen erneut in den Vordergrund.

## „KÖNIGSKOBRA“

In der Ortschaft Cholburi östlich von Bangkok knallen Schüsse, krachen Explosionen. Tagelang. Dort gibt es keine Kampfhandlungen, sie werden aber mit Nachdruck vorbereitet: 2400 thailändische Soldaten, die man in Bangkok als Freiwillige bezeichnet, werden ausgebildet. Nach der amtlichen Lesart haben sie sich „erbötig“ gemacht, nach Südvietnam zu gehen, um gemeinsam mit den amerikanischen Aggressoren „die Sache der Freiheit zu verteidigen“.

Die thailändischen „Freiwilligen“ werden von amerikanischen Korporalen und Obersten in grünen Mützen aus den sogenannten Antiquillatruppen in Dschungelkämpfen und raffinierten Gewalttaten gegen die vietnamesische Bevölkerung unterwiesen. Obwohl in Bangkok amtlich verlautet, daß thailändische Soldaten ihr Land gegen eine

„kommunistische Aggression“ verteidigen sollen, werden sie unter dem Kommando von Pentagongeneralen mit amerikanischen Waffen eingesetzt.

Ein Regiment des thailändischen Kanonenfutters heißt „Königskobra“.

Wie der stellvertretende Ministerpräsident und Oberkommandierende, General Prapasi Charusathien, in einem Interview der *Bangkok Post* mitteilte, soll die erste Gruppe der „Königskobra“ im Juni nach Südvietnam abgehen. Befehligen wird den thailändischen Heerhaufen Major Narong Kittikachorn, ein Schwiegersohn des Vizepremiers und Sohn des Ministerpräsidenten Thanom Kittikachorn. Die hohe Verwandtschaft des Befehlshabers soll wohl die Landknechtmoral der „Königskobra“ heben und der Name selbst den Feind in die Flucht schlagen.



Josip BROZ-TITO

## AUS DEN ERINNERUNGEN AN DIE REVOLUTION IN RUSSLAND

**E**in Jahr nach meiner Einberufung begann der Krieg. Die meisten von uns Soldaten betrachteten den Krieg als eine Möglichkeit, das Joch von Budapest und von Wien endlich abschütteln zu können. Wegen meiner Ablehnung des Krieges, über die ich oft mit Soldaten sprach, wurde ich drangsaliert und für einige Zeit in die Festung Petrovaradin gesperrt.

Etwas später kam auch mein Truppenteil an die Front, nach Galizien. So begann für mich ein Leidensweg. Zunächst wurde ich von einer Granate verschüttet, dann von einer Kosakenlanze am Schulterblatt schwer verwundet; hinzu kamen eine Lungenentzündung, Typhus und die Gefangenschaft.

Die Soldaten hatten den Krieg lange satt. Den Kriegsgefangenen hingen schon Österreich-Ungarn, die Monarchie und die Unterdrückung zum Halse heraus. All das löste bei den Leuten größte Empörung aus, und als die Revolution entbrannte, griffen viele Kriegsgefangene erneut zu den Waffen, diesmal aber auf der Seite der Roten Garde. Viele taten das nicht aus ideologischen Motiven, sondern einfach aus Protest und Entrüstung. So erwiesen sich in der Roten Armee auch viele Kriegsgefangene aus unserer Gegend. Es gab ganze Abteilungen aus unseren Leuten. Eine solche Einheit z. B., an deren Spitze Uroš Conkić stand, wurde in einem Gefecht während der von Kuibyschew geleiteten Offensive (ihm unterstand auch die Einheit) vollkommen aufgerieben. Es gab viele solcher Einheiten.

Als Sozialist stand auch ich bald in den Reihen der Revolution.

Sie übte auf uns einen gewaltigen Einfluß aus. Vor allem beschleunigte sie das Ende des Krieges. Die Revolution öffnete den Soldaten hüben und drüben die Augen. Sie verließen die Schützengräben und verbrüderten sich über den Stacheldrahtverhau hinweg. Die Imperialisten versuchten den Krieg fortzusetzen, das mißlang ihnen aber. Die Soldaten wollten nicht weitermachen, es zog sie nach Hause.

Nach der Heimkehr schilderten sie, was sie gesehen hatten. Der Verkehr mit den russischen Soldaten hatte ihnen viele Erkenntnisse gebracht, und sie verbreiteten in unserem Lande die Losungen vom Frieden, von der Macht der Arbeiter und Bauern. Die Menschen hörten ihnen zu und erwogen, auch in ihrer Heimat etwas Ähnliches zu vollbringen. Sie dachten an einen Aufstand.

Allerdings waren bei uns in Jugoslawien die Bedingungen nicht überall gleich. In Serbien z. B. fanden die revolutionären Stimmungen kein breites Echo, da das Land sich eben erst von der Besetzung befreit hatte und die Bauern sich nach dem Acker, nach friedlicher Arbeit sehnten. In Kroatien und Slowenien, wo die Arbeiterklasse stärker war und die Bauern, anders als die serbischen, keine demokratischen Rechte hatten, setzte ein richtiger revolutionärer Kampf ein. In Zagreb meuterten die aus Galizien zurückgekehrten Soldaten. Die Meuterei wurde niedergeschlagen. In einigen Gebieten Kroatiens erhoben sich die Bauern. Auch ihr Aufstand wurde unterdrückt. Der Aufstand jagte der kroatischen Bourgeoisie einen tüchtigen Schreck ein, denn er richtete sich nicht gegen die serbische Herrschaft, sondern gegen die Gutsherren überhaupt, das war ein Kampf um Grund und Boden, um eine Bodenreform. Die Bauern wollten, was in Rußland bereits Tatsache war. Das waren ausgesprochene Bauernaufstände.

Darin äußerte sich aber der Einfluß der Oktoberrevolution. Wie gesagt, wurden die Aufstände niedergeschlagen. Ihre Losungen blieben aber bestehen. Unter diesen Losungen kämpfte die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Legalität und nach ihrem Verbot.

Gleich nach der Oktoberrevolution bildete sich in Jugoslawien unter ihrem direkten Einfluß die damals wohl stärkste kommunistische Partei Westeuropas. Sie hatte 58 Abgeordnete im Parlament. Die Arbeiterklasse war gewerkschaftlich gut organisiert, daher hatte die Kommunistische Partei eine feste Grundlage.

Die Oktoberrevolution übte auch weiterhin auf die revolutionäre Bewegung in Jugoslawien, auf die Tätigkeit der Kommunistischen Partei einen gewaltigen Einfluß aus. Die KP Jugoslawiens schöpfte ihre ideologischen Grundsätze aus den Erfahrungen der Oktoberrevolution, aus der Lehre von Marx, Engels und Lenin. Ebendeshalb vermochte die KP Jugoslawiens, unter Verhältnissen des Terrors die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die nationale Bewegung weiter zu leiten. Ebendeshalb war die Partei auch im zweiten Weltkrieg imstande, sogleich den Volksbefreiungskampf der Partisanen gegen die faschistischen Eindringlinge zu organisieren, obwohl die Partei damals nicht sehr zahlreich war.

Dieser schwere, blutige Kampf dauerte vier Jahre. Einen solchen Kampf konnte nur eine von der Großen Oktoberrevolution beseelte Partei führen.

Deshalb hatte die Oktoberrevolution — ich betone — für uns entscheidende Bedeutung. Ohne die Oktoberrevolution wäre der Widerstand undenkbar gewesen, wäre der sozialistische Aufbau in Jugoslawien und in jedem anderen Land unmöglich.

Die Oktoberrevolution hat eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit eröffnet — das Leben hat es gezeigt.

Die Oktoberrevolution hat die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt, besonders dort, wo die Arbeiterklasse stark und zahlreich war, enorm beeinflusst. Man denke z. B.

Aus dem in Belgrad erschienenen Sammelband „Erinnerungen von Aktivisten der jugoslawischen revolutionären Arbeiterbewegung“.

an Deutschland oder Frankreich. Unter dem Einfluß der Oktoberrevolution entstand in der internationalen Arbeiterbewegung ein revolutionärer Kern: die kommunistischen Parteien. Sie leiteten den revolutionären Kampf. Dieser war nicht überall siegreich. Das steht aber schon auf einem anderen Blatt. Der Sieg hing von vielen konkreten Bedingungen und Ursachen ab... 99 Prozent derer, die sich damals in Rußland befanden, berichteten nach ihrer Heimkehr positiv über die Revolution: wie die Arbeiter und die Bauern die Macht ergriffen, wie sie den Gutsherren den Boden entrissen. Was konnten die Jugoslawen aus den bürgerlichen Zeitungen schon über die Revolution erfahren? Nichts. Hier aber waren Augenzeugen.

Meine Teilnahme an der Oktoberrevolution war höchst bescheiden... Ich war als Kriegsgefangener in Rußland, lag nach der schweren Verwundung in einem Lazarett und kam von da nach Kungur in ein Kriegsgefangenenlager. Dort erlebte ich die Februarrevolution.

Wie alle Kriegsgefangenen in Kungur arbeitete auch ich auf dem Bahnhof. Durch einen Ingenieur stand ich in Verbindung mit den Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten, da ich selbst Maschinenschlosser war. Ich besuchte sie oft, hörte ihre Gespräche und klärte dann die Gefangenen im Lager darüber auf, was der Sturz des Zaren bedeutete. Damals war ich noch nicht Mitglied einer Parteizelle.

Die dummen Gendarmen von Kungur wußten nicht recht, was mit der Revolution anzufangen sei, da ich mich aber über den Zaren abfällig geäußert hatte, verhafteten sie mich „vorsichtshalber“.

Einige Tage saß ich im Gefängnis; im Juni 1917 entwich ich aus dem Lager und schlug mich nach Petrograd durch. Es war mein Wunsch, in den Putilow-Werken anzukommen, kaum hatte ich aber die Hauptstadt erreicht, da geriet ich mitten in die Juli-Demonstration, der ich mich anschloß. Auf die Demonstranten wurde geschossen. Ich flüchtete nach Finnland, wurde aber dort verhaftet. Da ich gut russisch sprach, sogar Wjatka-Dialekt, hielt man mich für einen gefährlichen Bolschewiken und steckte mich in die Peter-und-Pauls-Festung.

Dort wurde ich drei Wochen festgehalten, bis sie dahinterkamen, daß ich ein aus dem Lager geflüchteter Kriegsgefangener war. Sie fragten mich, warum ich das früher verschwiegen hatte, und schickten mich nach Kungur zurück. Das war bereits im Herbst 1917.

Unterwegs entfloh ich. Ich schlug mich zu Fuß und per Bahn nach Jekaterinburg, dem heutigen Swerdlowsk, durch. Dort traf ich am Vormittag ein, und auf der Bahnhofsführung kam mir ein bärtiger Soldat entgegen, der im Lager die Kriegsgefangenen als Wache begleitete und mich kannte. Er führte einen österreichischen Gefangenen. Ich versuchte unbemerkt an ihm vorbeizuflitzen, in der Hoffnung, daß er mich nicht erkennen würde, da ich Zivilkleidung trug. Der verdammte Kerl erkannte mich aber und schrie:

„Osjka, wo willst du hin?“

Ich stürmte die Treppe hinauf und verschwand. Erst später fiel mir ein, daß er sich einfach gefreut hatte, einen Bekannten zu treffen.

Von Jekaterinburg fuhr ich mit der Bahn nach Omsk. Das war eine lange Reise. Im Zug herrschte ein Getümmel. Die Soldaten warfen weißgardistische Offiziere aus den Waggons. In Omsk trafen wir nachts ein. Kaum war ich ausgestiegen, da hielt mich schon eine Militärstreife an:

„Wohin?“

„In die Stadt.“

„Woher?“

Ich beschloß, ihnen die Wahrheit zu sagen, und gab zu,

ein geflüchteter Kriegsgefangener zu sein.

„Ist schon gut, Genosse!“ lachten sie. „Jetzt ist Sowjetmacht! Alles in Ordnung!“

Nun erkannte ich auch die roten Sterne an ihren Mützen. So erfuhr ich, daß die Oktoberrevolution begonnen hatte.

In Omsk wurden damals Einheiten der Roten Garde aus früheren Kriegsgefangenen zusammengestellt.

Ich meldete mich zu einer solchen Einheit.

In jenem Winter in Omsk erhielt ich das Mitgliedsbuch eines Kandidaten der Kommunistischen Partei. Damals war man bei der Aufnahme nicht sehr streng. Dort gab es eine jugoslawische Sektion der KP. In diese wurde ich aufgenommen. Ein serbischer Genosse fragte mich:

„Was warst du in Jugoslawien?“

„Ich war Mitglied der sozialistischen Jugend.“

„Der sozialistischen? Wie konntest du das nur?! Weißt du denn, was mit den Sozialisten los ist, weißt du's?“

Da fragte ich ihn:

„Und welcher Partei hast du in Jugoslawien angehört?“

„Ich? Keiner.“

Im Frühjahr 1918 wurde unsere Einheit zum Bahnhof Tatarskaja geschickt, kam aber dort nicht an. Der Bahnhof Marjanowka war von Tschechen\* besetzt, die niemanden passieren ließen. Sie mußten entwaffnet werden. Zu diesem Zweck kam aus Omsk nach Marjanowka ein Bataillon der Roten Garde mit einem Kommissar, der, glaube ich, Uspenski hieß. Selbstverständlich setzte das gut bewaffnete und organisierte tschechische Regiment das Arbeiterbataillon der Rotgardisten außer Gefecht, und Uspenski wurde, so scheint mir, vom Hetman Krassilnikow getötet, der damals mit den Tschechen gemeinsame Sache machte. Später bekamen wir es wieder mit den Weißgardisten zu tun. Das Gefecht dauerte vier Tage, die Kräfte waren ungleich, und wir wurden geschlagen. Ich flüchtete in ein benachbartes Dorf. Dort befand sich aber bereits ein Kosaken-Straftrupp, der frühere Rotgardisten suchte, und ich mußte wieder flüchten. In einem kirgisischen Dorf, 60 Werst von Omsk entfernt, kam ich als Mechaniker in einer Mühle unter. Nach Omsk kehrte ich erst im Winter 1919/20 zurück, als die Bolschewiki hinkamen, und im August 1920 reiste ich nach Jugoslawien zurück.

Das war meine Teilnahme am Bürgerkrieg. Das Wichtigste bestand aber darin, daß ich diese Ereignisse miterlebte und sehr vieles mit eigenen Augen sah.

Als Mechaniker blieb ich mit den Arbeitern in Kontakt. Ich brauchte Masut, und auf dem Bahnhof Omsk wurde Masut im Schleichhandel verkauft. Unter diesem Vorwand war ich oft in der Stadt, traf mich dort mit Eisenbahnern und war über alle Vorkommnisse auf dem laufenden. Ich kann mich noch an den Aufstand in den Omsker Eisenbahnwerkstätten Ende 1918 erinnern. Der Aufstand wurde von Kosaken niedergeschlagen. Die Anführer wurden erschossen. Ein Arbeiter namens Sascha (der Zuname ist mir entfallen) stand gleichfalls vor dem Hinrichtungskommando, wurde aber nur verwundet, und nachts holten ihn Bauern aus der Grube. Bis zum Ende des Kriegs hielt er sich bei mir verborgen und arbeitete als Heizer in der Mühle.

\* Aus kriegsgefangenen Tschechen und Slowaken war ein tschechoslowakisches Armeekorps aufgestellt worden, das von den Imperialisten der Entente zum Kampf gegen die Revolution in Rußland verwendet wurde.







Ich sah, wie Bataillone der Interventen — Engländer, Amerikaner, Franzosen — in Omsk einmarschierten. Damals wurden die Zeitungen auf schlechtem gelbem Papier gedruckt. Auf den gelben Blättern stand in Riesenlettern: „Wir begrüßen die Söhne des südlichen Italiens!“ oder „... des heldenhaften Frankreichs“ oder „... des stolzen Albions!“ Die Offiziere dieser Bataillone stol-

zierten durch die Stadt, rasselten mit den Säbeln und kauften in den Geschäften das beste Fleisch auf. Wir aber schrieben in unseren Flugblättern, daß die fremden Landräuber die Stadt kahlgefressen haben, während die Städter hungern müssen.

Die Revolution und der Bürgerkrieg waren ein kolossales Ereignis im Leben und in den Gemütern der Menschen. Sie krepelte Vorstellungen, das Weltbild um. Ich erinnere mich gut, wie die Stimmungen der sibirischen Bauern wechselten. Am Anfang des Bürgerkrieges waren sie gegen die Bolschewiki gewesen. Das kam daher, daß die Bauern in Sibirien genügend Boden besaßen, besonders die Altsiedler: 15 Deßjatinen\* pro Kopf. Koltschak ließ jedoch das Gerücht verbreiten, daß die Bolschewiki ihnen alles fortnehmen wollten. Deshalb hielten die meisten Bauern zu den Sozialrevolutionären, da diese ihnen noch mehr Boden versprochen hatten. Als aber Koltschak bei den Bauern das Getreide requirierte und ihnen dafür Papiergeld gab, das völlig wertlos war, und dann noch eine Mobilisierung ausrief, da schlug die Stimmung um. Diese Mobilisierung schadete Koltschak mehr als alles andere.

Keiner wollte in den Krieg. Die Bauern flüchteten, versteckten sich. Auch ich verbarg einige Männer. Die Kosaken kamen, fragten den Bauer nach seinem Sohn und begannen zu plündern... Genau wie bei uns in Jugoslawien die Četniks.

Das brachte die Bauern in Wut. Das Ansehen Koltschaks sank zusehends.

Wir früheren Rotgardisten, die wir uns in großer Zahl versteckt hielten, überzeugten aber die Bauern davon, daß die Bolschewiki den Boden nicht rauben, sondern im Gegenteil unter die Armen verteilen werden.

Ich arbeitete in der Mühle eines reichen Kirgisen. Er hieß Issai Dshaksenbajew. Ich sagte ihm:

„Gib dem Koltschak kein Korn, Issai! Sowieso kommen die Bolschewiki!“

„Kommen sie wirklich, Josip?“

„Ganz bestimmt!“

Die Bolschewiki fanden dort günstige Verhältnisse vor. Viele Bauern meldeten sich freiwillig zur Roten Garde.

Als ich in jenes Dorf gekommen war, sagte ich niemand, daß ich Bolschewik war. Ich sagte nur, ich sei Kriegsgefangener. Wegen der Propaganda Koltschaks waren die Bauern damals gegen die Sowjets gestimmt, und es wäre mir übel ergangen. Dann wurde es aber anders.

Koltschak beging entsetzliche Bestialitäten. Am Irtysch ließ er Menschen erschießen. Es war Winter, und der Fluß war mit Eis bedeckt. Wenn ich mit dem Schlitten fuhr, sah ich Schneehaufen, aus denen Menschenbeine ragten. So war es den ganzen Winter über — die Leichen wurden nicht weggeräumt.

Im Herbst 1919, als ich auf der Tenne arbeitete, erschienen Straftruppen. Wir nannten sie adelige Straftruppen, weil

\* Eine Deßjatine = 1,09 ha

sie hauptsächlich aus Gutsbesitzern bestanden, sich im Train von Koltschaks Armee mitschleppten und Greueltaten verübten. Sobald sie sich zeigten, wußten wir, daß die Front sich verschoben hatte, daß die Weißgardisten sich zurückzogen. Tatsächlich näherte sich die Front bald darauf auch unserem Dorf.

Die Weißgardisten nahmen mich fest, denn sie sahen, daß ich nicht wie ein Bauer aussah. Ich war ihnen verdächtig. Ein Mechaniker? Aha, ein Arbeiter, also ein Bolschewik! Sie hielten mich in Gewahrsam in einem Haus, wo sich der Stab einer Koltschakdivision befand. Unter den Agenten der Ochrana war ein fuchsroter Gutsbesitzer, der unablässig so tat, als telefoniere er mit der Front:

„Die Unseren greifen an, sagen Sie? Was, wir haben den Gegner nach Alexandrowsk abgedrängt? Ausgezeichnet! Also gehen wir morgen zur allgemeinen Gegenoffensive über!“

Dabei spähte er zu mir herüber: Wie ich darauf reagieren würde. Ich begriff, wo er hinauswollte und ließ mir nichts anmerken. Von militärischen Dingen verstand ich damals etwas, deshalb wußte ich, daß alles Betrug war, daß dem Koltschak niemand, nicht einmal die fremden Bataillone, helfen konnte.

Eines Nachts, als die Front schon ganz nahe war, rissen meine Bewacher aus, ich wußte das aber nicht. Ich saß in der Stube. Plötzlich traten drei Männer ein.

„Ist hier jemand?“ fragten sie.

„Jawohl!“, antwortete ich.

„Wer bist du?“

„Ein Kriegsgefangener.“

„Mach Licht.“

„Hab keine Streichhölzer.“

Da machten sie selber Licht. Ich erblickte ihre Rotarmistenuniformen, schwieg aber, da ich wußte, daß die Weißgardisten sich mitunter vor dem Rückzug als Rotarmisten verkleideten und von Haus zu Haus gingen, um die Stimmungen auszuforschen. Wer Sympathie bekundete, wurde erschossen. Ich schwieg also wohlweislich.

„Hab doch keine Angst, wir sind Rote!“

„Schon gut...“

„Wir sind wirklich Rote, Bolschewiki! Siehst's ja an der Uniform.“

„Ja.“

„Und hier ist auch unser Geld, richtiges Geld. Glaubst du uns immer noch nicht?“

„Doch.“

„Teufel nochmal, er glaubt's nicht!“ Sie nahmen's mir übel und gingen.

Am nächsten Morgen erfuhr ich, daß das Dorf tatsächlich von der Roten Armee besetzt war.

Danach kehrte ich nach Omsk zurück. Gebietsleiter der Partei war dort übrigens ein Genosse, den ich in Jugoslawien wiedergesehen habe, als er mit einer Delegation von Elektroingenieuren zu uns kam. Er heißt Pjotr Iwanowitsch Wojewodin. Das war eine interessante Begegnung.

Als ich 1956 in der Sowjetunion war, bekam ich einen Brief von einem Genossen, mit dem ich im Jahre 1916 befreundet war, als ich im Dorf Kalassejewo, Bezirk Ardatow, gearbeitet hatte. Ein vortrefflicher Mann. Grai heißt er. Jetzt ist er Kolchosvorsitzender. Interessant wäre es, jene Gegend aufzusuchen...

Das ist schon lange her, und doch scheint mir, als sei das erst gestern gewesen.

Und mit was für Schwierigkeiten hatte der Sowjetstaat damals zu kämpfen! Als ich über Petrograd die Heimreise

antrat, fuhr ich etwa drei Wochen mit der Bahn. Auf den Bahnhöfen sprach ich mit den Bauern. Es herrschte eine entsetzliche Hungersnot, alles war zerstört. In Sibirien gab es Brot, in Zentralrußland aber weder Brot noch Salz. Solche Schwierigkeiten konnten nur kampfgeästhlte Menschen überwinden, Arbeiter, die das Jahr 1905 durchgemacht hatten. Die Bauernschaft bestand häufig aus schwankenden Elementen, die Arbeiterklasse Rußlands, deren Zahl viel kleiner als die der Bauernschaft war, vermochte es jedoch, die Bauern anzuführen, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen.

Da erkennt man auch, welche Rolle damals Lenin und seine Mitkämpfer gespielt haben. Sie verliehen der Arbeiterklasse Zuversicht, festigten ihren Siegesglauben unter schwersten Bedingungen, wie kein Land der Welt sie je durchgemacht hat.

Lenin erkannte alle Schwierigkeiten, er wußte, wie sie zu bekämpfen waren. Unbeirrbar überwand er alle Hindernisse. Jedes Zaudern konnte damals zum Verhängnis werden.

Die Bolschewiki gaben dem Volk Frieden, ließen die Soldaten nach Hause ziehen und teilten den Boden unter die Bauern auf. Damit gewannen sie die Riesenmassen der Werktätigen für sich. Eine geniale Politik!

## Leserbriefe

### DAS CIA-KORPS

Vor einigen Monaten sah ich die englisch erscheinende Monatsschrift SPAN durch, die vom Informationsdienst der USA in New Delhi herausgegeben wird. Mir fiel eine Sammlung von Notizen auf, in der die Tätigkeit der „Freiwilligen“ vom amerikanischen „Friedenskorps“ über den grünen Klee gelobt wurde. Auch viele Fotos waren eingerückt. Früher hatte ich vom „Friedenskorps“ die denkbar beste Meinung. Vor kurzem aber erfuhr ich Tatsachen, und heute kann ich mit Gewißheit sagen, daß das „Friedenskorps“ ein Werkzeug des amerikanischen Neokolonialismus ist.

Ich verurteile die Tätigkeit dieser „Freiwilligen“ in Indien und möchte, daß aus Ihrer Zeitschrift möglichst viele Leute die Wahrheit über sie erfahren. Anbei ein Ausschnitt aus unserer Allahabad-Zeitung.

Dr. Hiralal Srivastava  
Lalganj, Indien

Dem Brief liegt ein Ausschnitt aus der Zeitung **Northern India Patrika** vom 28. April bei, eine Mitteilung des Press Trust of India aus Chandigarh (Hauptstadt von Punjab) über eine dort abgehaltene Pressekonferenz. Darin heißt es:

„Dr. Anoop Singh, Parlamentsmitglied vom Indischen Nationalkongreß und Generalsekretär des Indischen Verbandes für afro-asiatische Solidarität, und Dr. Mulk Raj Anand, Vorsitzender der Kulturkommission des Indischen Friedensrates, erklärten, daß „die sogenannten Freiwilligen vom „Friedenskorps“ Agenten der CIA sind“. Sie teilten mit, daß sich in Indien rund 1600 solche Freiwilligen aufhalten und daß sie „in

die kürzlichen Landeswahlen eingegriffen haben“.

Ein Parlamentarier von Uttar Pradesh, Maulvi Ishaq Sabhali, hat den Presseleuten mitgeteilt, daß in seinem Wahlkreis Mitglieder des „Friedenskorps“ Informationen einholten, „wer für welche Partei agitiert“.

Weiter heißt es im Zeitungsausschnitt, daß der Indische Verband für afro-asiatische Solidarität und der Indische Friedensrat die Chefminister der Staaten schriftlich aufgefordert haben, die Ausreise der Mitglieder des „Friedenskorps“ aus Indien zu verlangen. Weiter schrieben sie u. a., daß die meisten Amerikaner vom „Friedenskorps“ in den Dörfern ganz einfache Arbeiten verrichten, denen die indische Jugend durchaus gewachsen sei, da keinerlei Fachkenntnisse dazu nötig sind.

### SOLIDARITÄT

Ich habe zwei Kriege erlebt und kann nicht begreifen, wie das, was die amerikanischen Banditen seit Jahren in Vietnam treiben, im 20. Jahrhundert überhaupt möglich ist. Sie kümmern sich nicht um die Meinung der Weltöffentlichkeit. Ich war Augenzeugin der Schandtaten, die die Nazis in unserem Dorf verübt haben. Jetzt weiß ich aus den täglichen Rundfunkmeldungen, wie die Horden des amerikanischen Imperialismus in Vietnam wüten.

Die amerikanischen Banditen bringen barbarische Waffen — Napalm und Gas — zum Einsatz und unterwerfen ihre Opfer raffinierten Foltern. Wir wissen, daß in der Tierwelt ein Kampf ums Dasein geführt wird und der Starke den Schwachen tötet. Wie können aber „zivilisierte Menschen“ so etwas tun? Wie kann man einen so schonungslosen

Krieg führen, wie Kinder, Frauen und Greise morden und Dörfer und Städte in Brand stecken? Wo bleibt da die Moral, die religiöse Ethik? Daß Gott so etwas zuläßt!

Ich will mit diesem Brief betonen, daß alle Einwohner unseres Dorfes und das ganze polnische Volk zum vietnamesischen Heldenvolk in seinem schweren Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes stehen.

Agata Dudek  
Siedliska, Polen

\* \* \*

In Ihrer Zeitschrift lese ich gern die Aufsätze, die mit Tatsachen über die Leistungen von Wissenschaft, Kultur und Kunst das religiöse Opium unschädlich machen. Sie erläutern, wozu der Mensch lebt, zeigen seine Größe und bringen seine Vorzüge zur Geltung.

Rae Masse  
Ft. Steele, Kanada

### BERICHTIGUNG

An die Redaktion der Neuen Zeit,  
Moskau

Gestatten Sie mir, einen bedauerlichen Fehler richtigzustellen, der mir in meinem in Heft 19 veröffentlichten Beitrag unterlaufen ist. Der zweite Weltkrieg kostete die USA nicht 600 Milliarden, sondern, wie Truman in seinen Erinnerungen schreibt, 341 Milliarden Dollar. Davon gingen, laut General Dean, 11 Milliarden in Form von Lieferungen an die Sowjetunion, also nicht „kaum 2 Prozent“, sondern etwa 3 Prozent.

Hochachtungsvoll  
Alexander Werth



# Unruhiger Frühling

Dieses Jahr ist es in Damaskus spät Frühling geworden. Noch Ende März wehte ein schneidender Wind und nieselte es. Passanten zogen fröstelnd ihre weißen Schals enger um den Kopf, in den Häusern waren die runden Öfen geheizt. Die Hauptstadt Syriens mit ihren südlich leichten Bauten, ihren Gärten und Straßencafés wartete auf den Frühling. Aber auch als das schlechte Wetter vorbei war, blieb in Damaskus vieles so, wie es diese freundliche, anheimelnde Stadt nicht gewohnt ist.

Vorbei an den von Touristen überfüllten Hotels, am ständig ausverkauften Kabarett „Caravan“ und an den zahlreichen Kinos marschieren ernst und still Arbeiter, Handwerker und Fellachen, Gewehre geschultert und Handgranaten am Gürtel, Landwehrmänner der Volksarmee, die auf ein Dekret der Regierung hin aufgestellt worden ist. An einem Maitag schlossen plötzlich auf dem lauten Basar von Damaskus die Geschäfte: Von jordanischen Agenten und Großkapitalisten aufgehetzt, traten die Händler in einen Wirtschaftsstreik. Kaum war das übliche Feuerwerk am Frühlingsfest der Moslems — dem Bairam — verpraselt, da knatterten Flaks, die einen Überfall der Israeli-Luftwaffe abwehren. In der zweiten Maihälfte befand sich Syrien mitten im Herd der Spannung, die von proimperialistischen Kräften im Nahen Osten geschaffen wird.

Es wäre vielleicht übertrieben, Damaskus eine Frontstadt zu nennen, aber es muß ständig auf seiner Hut sein. Die besorgniserregende Lage an der Grenze, die Konflikte mit ausländischen Monopolen und die geheimen Wühlereien zwingen das syrische Volk, wachsam seine Unabhängigkeit und seine Errungenschaften zu schützen. Oft kommen auch heftige soziale Konflikte zum Durchbruch, und das ist kein Wunder, denn erst am 23. Februar vorigen Jahres ist in Syrien eine Regierung zur Macht gelangt, die radikale Umgestaltungen in Angriff genommen hat. Sie ist vom linken Flügel der Baath-Partei gebildet worden und wird von den anderen Fortschritt Kräften des Landes unterstützt, während die innere und äußere Reaktion ihre Pläne nicht aufgibt, sie zu stürzen.

Die westliche Presse, die in letzter Zeit viel über Syrien schreibt, behauptet, es gebe dort jetzt keine demokratischen Freiheiten, das Land habe „Uni-

## Eigenbericht aus Damaskus von Dmitri Wolski

form angelegt“ und stehe „unter der Macht des Militärs“.

Jetzt hat sich der Konflikt mit Israel verschärft, und deshalb sind die syrischen Truppen einsatzbereit gemacht worden. Auch vorher gab es in Syrien Militärlager, und man sah auf den Landstraßen Wagen mit Soldaten. Das ist aber begreiflich in einem Land, das von außen her ständig bedroht ist. „Die Armee befindet sich heute in den Kasernen und greift nicht in die Politik ein“, sagte man mir. Ohne jeden Zweifel aber unterstützt die Armee, auch das Offizierskorps, das neue Regime, nicht zuletzt dank der sozialen Zusammensetzung dieses Korps. Ein Major der Fallschirmtruppen, mit dem ich zufällig zusammen aus Haleb nach Damaskus fuhr, erzählte mir seinen Lebenslauf, der, wie er sagte, ziemlich typisch ist.

Sein Vater ist ein Bauer. Er ist nicht gar so arm, konnte den Sohn aber nicht Agronomie studieren lassen, wie er gern wollte. Eigentlich konnte dieser sozial nur vorwärtskommen, wenn er an eine Militärschule ging.

„Die meisten meiner Kameraden kommen auch aus dem arbeitenden Volk“, sagte der Major. „Der Dienst beim Militär ist ja gefährlich und nicht leicht, die wohlhabenden Leute haben alles getan, ihre Söhne davor zu bewahren. Jetzt mag das mancher bereuen.“

Wie dem auch sei, die syrische Armee ist nicht auf die Seite der Barrikade getreten, wo die früheren Herren des Landes standen. Das war zum großen Teil für den Erfolg des linken Umsturzes vom 23. Februar bestimmend.

In der Regierung selbst sind fast keine Militärs. Präsident Atassi, Ministerpräsident Zoueiri und Außenminister Makhous sind Mediziner. Überhaupt gibt die schaffende Intelligenz, die in Syrien zahlreicher als in vielen anderen arabischen Ländern ist, den Landes- und den Lokalämtern wie auch dem Parteiapparat der Baath ihr Gepräge.

In der Baath-Parteileitung von Haleb, die in einem alten Gebäude des Geschäftsviertels untergebracht ist, emp-

fingen mich Leute, die früher unverkennbar keine Chance hatten, Stadtväter zu werden. Es waren ein Dorfagronom, ein Gemeindeingenieur, ein ehemaliger Lehrer und ein Angestellter von einer Zementgesellschaft. Nach ihrer Wahl in die Stadtparteileitung haben sie sich ganz für die Parteiarbeit zur Verfügung gestellt.

Ein Leiter dieser Ortsgruppe, Murad Murad, ein bescheiden aussehender junger Mann von 25 oder 30 Jahren, sagte mir folgendes:

„Wir stützen uns auf die werktätige Bevölkerungsschicht: auf die Arbeiter, Bauern, Handwerker, revolutionären Intellektuellen und ihre Organisationen. Sie sind an den jetzigen Wandlungen interessiert, und wir gehen von ihren Interessen aus. Die Stadtparteileitung faßt die Tätigkeit der verschiedenen Organisationen zusammen und erhält ihre Verbindungen zu den Machtorganen aufrecht.“

„Wie geht das vor sich?“ fragte ich.

Er erläuterte mir die Sache so: Zur Stadtparteileitung gehört der Gouverneur von Haleb, ebenso der Chefredakteur der städtischen Zeitung. Damit ist eine direkte Verbindung zu den Staatsorganen und zur Presse gesichert. Andererseits steht jedes Mitglied der Leitung einem Büro für einen bestimmten Bereich der Wirtschaft und des politischen Lebens vor. Dieses Büro hält sich über den Stand der Dinge in seinem Bereich auf dem laufenden, macht Empfehlungen und wird wegen verschiedener Fragen bei den Ortsbehörden oder beim Vorstand der Baath-Partei vorstellig.

So ein staatspolitisches System wird in ganz Syrien geschaffen. Zur Zeit bilden sich Grundorganisationen der Baath in den Betrieben, den landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. Die verstaatlichten Betriebe und Staatsfarmen haben kollektive Leitungen, denen außer Vertretern der Direktionen auch solche der Belegschaften angehören. So gedenkt man, die gesellschaftliche Basis des Regimes zu verstärken.

Nach Ansicht vieler Syrier kommt es in dieser Hinsicht zugleich darauf an, ein breites und wirksames Bündnis der fortschrittlichen, patriotischen Kräfte herzustellen und die Demokratie zu erweitern und zu konsolidieren. Ich hörte öfter davon sprechen, daß die Verantwortung von allen geteilt werden müsse, die in Syrien für ein schnelles Vorwärtskommen sind. Wie wichtig das ist, erkennt man, wenn man bedenkt, was für ernste soziale und wirtschaftliche Aufgaben sich die syrische Regierung stellt und in welcher schwierigen Lage sie sie erfüllen muß.

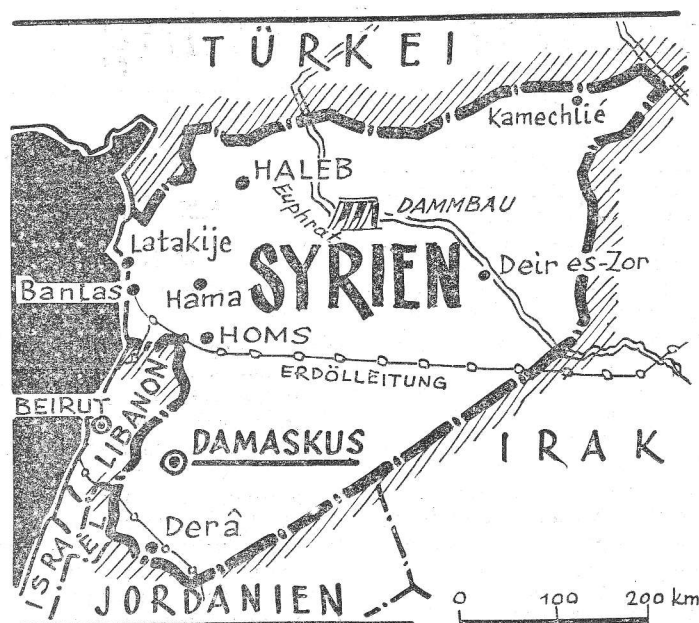
In den Villenvierteln von Damaskus und Haleb ist es menschenleer und still. Die syrische Bourgeoisie war sehr für Bequemlichkeit. Ihre Luxusvillen stehen in schattigen Gärten, und der Lärm der Stadt dringt nur gedämpft durch. Heute aber wirken diese Viertel keineswegs wie Oasen des Wohlergehens, und die Stille dort zeugt am allerwenigsten von Sorglosigkeit. Viele Villen stehen leer, die Bewohner sind im Ausland, seitdem die linke Regierung die Gesetze über die Verstaatlichung der Industrie in die Tat umgesetzt hat. Große Konten bei Beiruter Banken erlauben es den Emigranten, im Libanon oder in anderen Ländern ein Wohlleben zu führen. In Haleb z. B. ist von den 30 Besitzern der Baumwollreinigungsfabriken nur einer dageblieben.

Aber nicht alle Emigranten haben die Hoffnung aufgegeben, eines Tages heimzukehren. Unter ihnen sind früher einflußreiche Politiker, z. B. die Führer des rechten Flügels der Baath-Partei Michel Aflak und Salah ed-Din Bitar, die noch gewisses Ansehen haben, besonders beim Kleinbürgertum. Im Lande selbst hat das Großkapital noch immer in Handel und Bauwesen feste Positionen inne. Und schließlich versuchen sich die Gegner des neuen Regimes den Umstand zunutze zu machen, daß Syrien schon früher eine ziemlich entwickelte Industrie und einen verhältnismäßig hohen Lebensstandard hatte.

Als mir Herr Kouatli, ein stellvertretender Direktor der Textilfabrik Debs bei Damaskus, den Betrieb zeigte, fiel mir der Unterschied zwischen den alten, von den früheren Besitzern gebauten Werkhallen und den neuen, die erst nach der Verstaatlichung in Betrieb genommen wurden, nicht gleich auf. In den einen und den anderen standen moderne importierte Maschinen. Stolz ist die Fabrik aber vor allem auf die Werkhallen für Chemiefaserstoffe, die schon der Staat gebaut hat. Da ist für die Sicherheit der Arbeiter gesorgt, die Räumlichkeiten sind größer und bequemer. Man sagte mir, daß die Arbeiter seit der Verstaatlichung mehr verdienen.

In der Weberei z. B. betrug der Durchschnittslohn früher 3,5 und beträgt heute 4,5 syrische Pfund am Tag\*. Auch für die freien Tage wird Lohn gezahlt, was früher nicht der Fall war. Die Belegschaft wird kostenlos ärztlich betreut, für die Sozialversicherung werden größere Summen bereitgestellt usw. Ich finde es sonderbar, daß noch unlängst in dem Betrieb Sabotageakte

\* 4 syrische Pfund = 1 Dollar



vorkamen, daß Arbeiter Maschinen demolierten. Herr Kouatli erklärt mir das:

„Sie hatten zu viel den jordanischen Rundfunk gehört und wollten das Vertrauen zur neuen Regierung erschüttern. Solche Fälle werden aber immer seltener.“

Zweifellos beeinflußt die Propaganda von außen gewisse Schichten der Arbeiterklasse. Unter den Arbeitern sind welche, die noch vor kurzem Bauern waren, ebenso ruinierte Händler und einfach deklassierte Elemente. Die Hauptsache aber ist, daß das syrische Proletariat noch eine enge Bindung an das Kleinbürgertum hat. Dessen Einstellung zum neuen Regime ist recht zwiespältig. Ich hörte einen Händler klagen:

„Ist das heute etwa ein Geschäft? Importiert wird wenig, wir verkaufen, was noch da ist.“

Solche Stimmungen benutzen die Großkaufleute und anderen Kapitalisten, die in Syrien geblieben sind. Mit allerlei wirtschaftlichen Hebeln halten sie die Klein Händler und Handwerker unter der Faust und versuchen zugleich, deren Unzufriedenheit mit ihrer Lage gegen das fortschrittliche Regime zu richten. Das war die Ursache der regierungsfeindlichen Aktionen vom Mai dieses Jahres.

Die Unruhen haben aber auf ihre Anstifter zurückgeschlagen. Die Regierung hat 80 Geschäfte reicher Kaufleute beschlagnahmt, was die Positionen der Bourgeoisie noch mehr erschüttert hat. Ferner werden Maßnahmen getroffen, die die Klein Händler und Handwerker von der Unterdrückung durch die Großkaufleute befreien sollen. Man hilft

ihnen, Genossenschaften zu bilden, und gibt ihnen Darlehen. Ebenso ist bekanntgegeben worden, daß Gesetze abgeändert werden sollen, damit sie die Interessen dieser Bevölkerungsschicht wahren. Die Regierung hat offiziell erklärt, daß die Klein Händler und die Handwerker in der neuen Gesellschaft, die jetzt in Syrien geschaffen wird, jede Möglichkeit haben werden, sich am Leben des Landes zu beteiligen. Es ist auch zu erwarten, daß der wirtschaftliche Aufschwung den Handel fördern wird. Das alles unterspült die Stütze, die die Gegner des heutigen Regimes unter der Stadtbevölkerung noch haben.

In Damaskus hörte ich oft, daß für das Geschick Syriens nicht die Stadt, sondern das Dorf ausschlaggebend sei, wo 70 Prozent der Landesbevölkerung leben. Die Lage im syrischen Dorf ist aber gar nicht so einfach.

Die Regierung nimmt jetzt energisch eine Bodenreform vor. Die Bodenüberschüsse der Großgrundbesitzer sind beschlagnahmt worden, sie haben nur noch kleine Grundstücke, deren Umfang je nach dem Bezirk und der Qualität des Bodens festgesetzt worden ist. 60 Prozent des konfiszierten Grund und Bodens sind schon unter die Bauern verteilt worden. Das Übrige soll bis zum Jahresende oder etwas später verteilt sein. Grund und Boden bekommen nur solche, die einer Genossenschaft beitreten. Vorläufig sind diese keine Produktionsgenossenschaften, sondern sorgen nur für den Absatz der Erzeugnisse. Wie mir aber Fayez el Jasem, der Minister für Landwirtschaft und Bodenreform, sagte, sollen sie in Zukunft in



„sozialistische Genossenschaften“ umgewandelt werden. Für die Vorbereitungen dazu brauche man fünf bis zehn Jahre. Herr Jasem betonte nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Tragweite dieser Umgestaltungen. Er sagte, daß man die Bauernschaft enger an die Revolution knüpfen müsse. Über die Schwierigkeiten, die dabei entstehen, ist er sich im klaren. Er sagte:

„Wir wissen, daß wir in Zukunft neue Probleme haben und daß die Kräfte stärker werden können, die versuchen, unser weiteres Vorwärtkommen zu verhindern. Wir wollen es aber nicht erst so weit kommen lassen, daß wir Gewalt anwenden müssen, und deshalb bemühen wir uns schon jetzt, die Entwicklung der Dorfbourgeoisie mit wirtschaftlichen Methoden abzubrem sen: durch Verteilung des Grund und Bodens in den neuen Genossenschaften nach der Zahl der Familienmitglieder, durch die Preispolitik usw.“

Wie aktuell das ist, erkennt man schon am Aussehen der syrischen Dörfer. Mit ihren dicht beieinanderstehenden Häusern wirken sie wie Bienenwaben, bloß daß die Wabenzellen keineswegs gleich sind. Manche Bauern haben Häuser mit Flachdächern über festen Dachstühlen aus Holz. Andere, die sich das dort sehr teure Holz nicht leisten können, haben kegelförmige Hütten, die steinernen Zelten ähneln. Die soziale Schichtung erkennt man hier genau wie an einem Modell.

In der Genossenschaft „Juzlanieh“, die drei kleine Dörfer erfaßt, erzählte man mir, daß die Einkünfte mancher Familien zwölfmal so groß wie die anderer Familien sind. Das liegt an der Größe der Parzellen, an der Zahl der Arbeitskräfte und daran, daß bei manchen Bauern das Wasser so tief liegt, daß ihm nicht jede Pumpe beikommen kann. Für die Benutzung der Pumpen wie der Traktoren muß an die Genossenschaft gezahlt werden. Arme Bauern können sich das oft nicht leisten.

Die Zahl der armen Bauern nimmt aber unaufhörlich ab. Ein Aktivist der erwähnten Genossenschaft, Shareef Awad, ein älterer, aber rüstiger Mann, der in seiner groben Wolljacke wie ein bulgarischer oder rumänischer Bauer aussah, zeigte mir sein Anwesen und lud mich ins Haus ein. Von Not war nichts zu merken. In dem Zimmer für Gäste lagen bunte Matten, und auf dem Tisch standen orientalische Süßigkeiten. Die zwölköpfige Familie verdient jährlich 6000—7000 syrische Pfund. Das ist etwas mehr als das Durchschnittseinkommen in der Genossenschaft. Vor der Reform, so erzählte der Hausherr,

brachte es kaum jemand von seinen Nachbarn auf 3000—4000. Ein großer Teil der Ernte ging an den Gutsbesitzer oder mußte für Steuern abgeführt werden.

Es ist anzunehmen, daß Leute wie dieser Bauer in der entscheidenden Stunde das fortschrittliche Regime schützen und die Regierung auch bei einschneidenderen sozialen Umgestaltungen unterstützen werden. Wie aber werden sich zu weiteren Veränderungen diejenigen Mitglieder der Genossenschaft „Juzlanieh“ verhalten, die jetzt ein Jahreseinkommen von je 25 000 Pfund haben? Gerüchte, daß auf dem flachen Land die illegale Moslem-Bruderschaft ihr Unwesen treibt, klingen sehr wahrscheinlich. Es ist kein Geheimnis, daß sie sich außer auf die reaktionäre Geistlichkeit auch auf die entstehende Dorfbourgeoisie stützt. Die Organisation versucht auch andere Bauern zu gewinnen, indem sie an ihr religiöses Empfinden appelliert.

Noch jetzt ist der religiöse Fanatismus eine greifbare Gefahr. Aber buchstäblich in jedem syrischen Dorf steht heute neben der Moschee eine weltliche Schule. Mögen diese Schulen auch etwas eng und bescheiden eingerichtet sein, die jungen Dorflehrer sind wahre Enthusiasten, sie unterrichten die Dorfkinder in Anatomie, Erdkunde und politischen Fächern. Die syrischen Bauern von morgen werden ganz und gar nicht den unwissenden, rückständigen Leuten gleichen, auf die heute gewisse Kreise bauen.

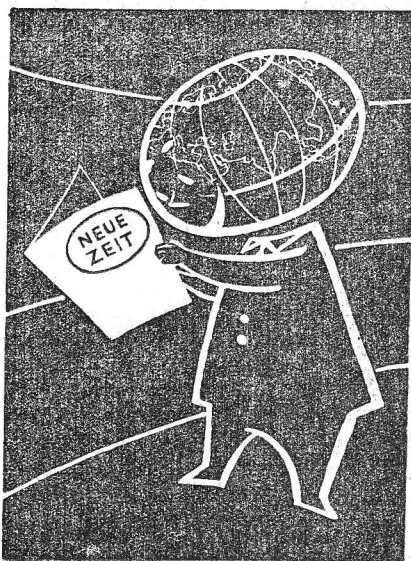
Wenn ich mich mit Syriern unterhielt, die im öffentlichen Leben stehen oder Ämter bekleiden, kamen sie unbedingt auf zwei Themen zu sprechen: auf den Bau des Euphrat-Dammes mit

sowjetischer Hilfe und auf den Sieg über das Erdölmonopol Iraq Petroleum im Konflikt wegen der Zahlungen dafür, daß irakisches Erdöl durch Syrien geleitet wird.

Eine doppelt so große bewässerte Fläche und doppelt soviel Kraftstrom wie heute — das wird das wirtschaftliche Ergebnis der ersten Baufolge des Euphrat-Dammes sein. Kein Wunder, daß sämtliche Wirtschaftspläne Syriens an dieses Projekt anknüpfen. Wie vor kurzem Ministerpräsident Zouein erklärt hat, wird die Ausführung des Projekts „im Leben des syrischen Volkes eine radikale Wendung eintreten lassen“. Viel hat Syrien auch der Sieg im Konflikt mit der Iraq Petroleum eingebracht. Es wird von jetzt an anderthalbmal soviel Devisen wie bisher bekommen.

Das Verhältnis Syriens zu den anderen fortschrittlichen arabischen Ländern entwickelt sich schnell. Eine aus hochgestellten Persönlichkeiten bestehende syrische Delegation war unlängst in Algerien. Zum erstenmal seit Syriens Austritt aus der VAR ist in Damaskus ein ägyptischer Botschafter eingetroffen. Ende April besuchte der Ministerpräsident der VAR, Sidki Soliman, die Hauptstadt Syriens und erklärte, sein Besuch habe „ein neues Stadium der Beziehungen eingeleitet“. Es ist bekanntgegeben worden, daß die Pläne der Generalstäbe der beiden Länder aufeinander abgestimmt werden. Die VAR und einige andere arabische Staaten haben erklärt, sie würden Syrien, falls es angegriffen werde, rückhaltlos unterstützen. Es erübrigt sich wohl hervorzuheben, wie wichtig das für Syrien, besonders in der jetzigen Lage, ist.

Das kleine Land in einem Raum, den die westlichen Monopole als ihre Domäne ansahen, braucht viel Mut dazu, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu gehen. Die Tatsache, daß an der syrischen Grenze Truppen Israels zusammengezogen worden sind, und die Feindseligkeit der proimperialistischen arabischen Regimes zeugen davon, daß der Westen und die dortige Reaktion Syrien zum Objekt von Versuchen machen wollen, ihre Positionen im Nahen Osten zurückzugewinnen. Unter diesen Umständen ist es von großer Tragweite für Syrien selbst und für den Gang der Ereignisse in dem ganzen Raum, daß die anderen fortschrittlichen arabischen Länder Damaskus und seine fortschrittlichen Vorhaben unterstützen. Die aggressiven Absichten diesem Land gegenüber sind ja für den Frieden im Nahen Osten überhaupt äußerst gefährlich.



## Zucker von Kuba

Am 7. Mai haben die Sowjetunion und Kuba in Moskau ein neues Protokoll über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Es hängt damit zusammen, daß die Modernisierung der kubanischen Zuckerindustrie in die zweite Etappe tritt.

Obwohl Kuba die verschiedenen Zweige seiner Wirtschaft ausbaut, bleibt der Zucker sein größter Reichtum und wichtigster Exportartikel. Viele andere Länder Lateinamerikas drosseln heute die Zuckerproduktion wegen der ungünstigen Konjunktur auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Kuba dagegen hat im Rahmen der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung die Möglichkeit, die Zuckerproduktion rasch zu erweitern. Sein Handelspartner Nr. 1 ist die Sowjetunion. Das langfristige Abkommen über den Rohzuckerexport von 1965 bis 1970 sichert Kuba einen ständigen Absatzmarkt. Die Zuckerlieferungen

an die Sowjetunion erfolgen zu Festpreisen. Angesichts der sinkenden Weltmarktpreise hat das für Kuba große Bedeutung.

Die Sowjetunion liefert Kuba Kunstdünger für den Zuckerrohranbau. Im Auftrag der Regierung Kubas haben sowjetische Konstrukteure selbstfahrende und an Schlepper anhängbare Vielfachmaschinen für das mechanisierte Schneiden und Einbringen von Zuckerrohr entwickelt. Auf den Pflanzungen der Insel sind jetzt 750 Maschinen dieser Art im Einsatz. Außerdem hat die Sowjetunion Kuba 3500 Gabelstapler geliefert. Sowjetische Fachleute haben den Kubanern geholfen, diese Maschinen, die viele Tausende Arbeiter auf den Feldern ersetzen, steuern zu lernen.

In letzter Zeit hat sich jedoch ein anderes Problem ergeben.

Die Zuckerfabriken, die vor der Revolution auf Kuba gebaut wurden, können die wachsenden Zuckerrohrmengen nicht mehr verarbeiten. Darum vereinbarten die UdSSR und Kuba 1965, bei der Modernisierung von 60 Betrieben zusammenzuarbeiten (ihre Gesamtanzahl auf Kuba beträgt 152). Die Neuausstattung der Fabriken soll 1970 beendet sein.

Die Verhandlungen in Moskau, die am 7. Mai mit der Unterzeichnung des neuen Protokolls endeten, verliefen in einer sachlichen Atmosphäre. Es wurde vereinbart, daß die Sowjetunion Kuba bei der Modernisierung von weiteren 54 Zuckerfabriken hilft. Insgesamt werden also 114 Betriebe neu ausgerüstet.

Orlando Barrego Díaz, der Minister für die Zuckerindustrie Kubas, der zu diesen Verhandlungen in Moskau weilte, erklärte Journalisten:

„Ich bin mit den Ergebnissen der Verhandlungen in Moskau höchst zufrieden. Das neue Abkommen zeugt von der gewaltigen Hilfe, die die Sowjetunion uns bei der Entwicklung der Zuckerindustrie erweist. Es eröffnet eine neue Etappe in den Beziehungen zwischen unseren Ländern. Im Namen meiner Regierung danke ich der Regierung der Sowjetunion. Wir wissen ihre Hilfe bei der Verwirklichung unserer revolutionären Pläne stets hoch zu schätzen. Ich bin überzeugt: Die sowjetisch-kubanische wirtschaftliche Zusammenarbeit wird sich mit jedem Tag mehr entwickeln und festigen.“

A. Kaspin

## Revanche der Affenähnlichen



Dieses Foto aus der österreichischen **Volksstimme** steht in direktem Zusammenhang mit der Glosse „Menschen und Affen“ in Heft 18 unserer Zeitschrift. Dort war davon die Rede, daß das Repräsentantenhaus des USA-Staates Tennessee mit Stimmenmehrheit ein reaktionäres Gesetz aufgehoben hat, das den Unterricht der Deszendenzlehre von Charles Darwin in den Schulen des Bundesstaates verbot. Das war am 12. April.

Die „affenähnlichen“ Verfechter der „göttlichen Schöpfung des Menschen“ sannen aber auf Rache und nahmen schließlich im Senat von Tennessee Revanche.

In der Ausgabe vom 18. Mai schreibt die **Volksstimme** dazu:

„...Dummheit und Bigotterie sterben nicht aus, und die Affen, die ihre Abstammung vom Affen leugnen, sind noch immer unter uns. Am 16. Mai nahm der Senat des Staates Tennessee auf Antrag von Senator Clayton Elan (links) ein Gesetz an, das es Lehrern verbietet, die Theorie Darwins als gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis vorzutragen. Abgeordneter Jack Smith (rechts) brachte dasselbe Gesetz vor zwei Wochen im Repräsentantenhaus von Tennessee ein.“

Auf unserem Bild gratulieren die beiden einander. Wir auch.“



# Marxistenkonferenz in Westdeutschland

Im April d. J. tagte in Frankfurt am Main eine internationale wissenschaftliche Konferenz, die von den „Marxistischen Blättern“ einberufen war. Diese von der westdeutschen „August-Bebel-Gesellschaft“ herausgegebene Zeitschrift setzt sich mit politischen, ökonomischen und sozialen Problemen der Gegenwart aus marxistischer Sicht auseinander, informiert über interessante Begegnungen und Diskussionen zu diesen Themen, rezensiert Neuerscheinungen, führt Zahlen und Fakten über die Lage der Werktätigen, über die wirtschaftliche Entwicklung an und bringt Notizen und Studien zu aktuellen Fragen. Die militant antikommunistische „Welt“ mußte vor der Konferenz in einer Übersicht über die marxistische Presse der Bundesrepublik feststellen: „Die ‚Blätter‘ erscheinen im fünften Jahrgang in einer Aufmachung, die beeindruckt.“

Nachdem das Springer-Blatt sich diese Anerkennung abgerungen hatte, suchte es allerdings die westdeutschen Marxisten als ein winziges Häuflein unverbesserlicher Sektierer und Phantasten hinzustellen, über deren Publikationen ein „Hauch von Feierabend“ liege und denen es an Lesern und Geld mangle. Die von den „Marxistischen Blättern“ veranstaltete Konferenz hat diese Behauptungen Lügen gestraft.

Drei Tage lang versammelten sich im Gallushaus, wo seinerzeit der Auschwitz-Prozeß stattgefunden hatte, mindestens 400 Teilnehmer, die Berichte und Diskussionen aufmerksam verfolgten: junge Arbeiter und Studenten, Gewerkschafter aller Ränge, Veteranen der Arbeiterbewegung, Journalisten sowie fortschrittliche Intellektuelle von Weltruf. Außer den Hausherrn nahmen an der Konferenz Marxisten aus neun Ländern teil: aus England, Frankreich, Belgien,

Dänemark, Österreich, der Schweiz, Ungarn, der Sowjetunion und der DDR.

Die Konferenz widmete sich einer marxistischen Analyse der Grundprobleme des modernen Kapitalismus und vor allem einer Erforschung seines Herrschaftsmechanismus, der sich heute vor allem dadurch auszeichnet, daß die Monopole und der Staat mit vereinten Kräften vorgehen. Die Konferenz betrachtete die verschiedenen Aspekte des Staatsmonopolsystems von heute und behandelte vor allem die akutesten und aktuellsten Fragen der westdeutschen Wirklichkeit. Die Redner untersuchten die Merkmale des Staatsmonopolsystems in der Bundesrepublik und bemühten sich um eine theoretische Begründung der demokratischen Gegenlösung zur Allmacht der Monopole, einer Gegenlösung, die von Organisationen der Arbeiterklasse gemeinsam mit allen Fortschritt Kräften des Landes ausgearbeitet wird.

Von diesen Positionen wurde im ersten Referat, der der Konferenz vorlag, die gegenwärtige Wirtschaftssituation in Westdeutschland, wo zum ersten Male nach Jahren des Aufschwungs Symptome einer Überproduktionskrise immer deutlicher werden, theoretisch behandelt. Der Referent, Dr. Heinz Schäfer (Darmstadt), ergründete die zyklischen, strukturellen und politischen Ursachen der krisenbedrohten Entwicklung.

Im Referat wurde der neue ökonomische Kurs Bonns analysiert. Hinter der „Globalsteuerung“ stecken in Wirklichkeit die von rechts her, von Keynes herrührenden Konjunkturspritzen, die der Inflation noch mehr Auftrieb ver-

leihen, sowie Pläne zur Beeinträchtigung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, zur Erhaltung und weiteren Erhöhung der Rüstungsausgaben. Der neue Kurs nimmt die von den Wirtschaftsschwierigkeiten diktierten Veränderungen an den Methoden der staatsmonopolistischen Steuerung vor, ohne jedoch ihre volksfeindliche Ausrichtung anzutasten. Daraus folgte Dr. Schäfer: Unter diesen Umständen gewinnen die im Grundsatzprogramm der westdeutschen Gewerkschaften formulierten Aufgaben — Teilnahme der Arbeiterklasse an der Wirtschaftsleitung, demokratische Planung und Kontrolle der Wirtschaftsmacht, Übergang der wichtigsten Betriebe in die öffentliche Hand — größte Bedeutung.

Der Referent sagte, daß diese Forderungen nach demokratischen Umgestaltungen den Zielen des Sozialismus nicht nur nicht widersprechen, sondern mit zu ihm führen. Und weiter: „Wer den Sozialismus will, der muß heute um demokratische Änderungen kämpfen.“

In seinem Referat schnitt der bekannte englische Nationalökonom Prof. Maurice Dobb (Cambridge) eins der aktuellsten Probleme des heutigen Kapitalismus an: das wirtschaftliche Wachstum. Prof. Dobb sagte, daß die Beschäftigung mit Wachstumstheorien und Wachstumsmodellen den Wettbewerb zwischen den beiden Weltsystemen und die besonderen Probleme der Entwicklung in der „dritten Welt“ widerspiegeln.

Er widerlegte schlüssig die in bürgerlichen ökonomischen Schriften modische Theorie „übergeschichtlicher Wachstumsfaktoren“, die angeblich für alle gesellschaftlichen Formationen gültig seien, und setzte sich mit den Bedingungen auseinander, die eine relative Wachstumsbeschleunigung der Wirtschaft in mehreren entwickelten

An der Marxistenkonferenz beteiligten sich auf Einladung der „Marxistischen Blätter“ sowjetische Wissenschaftler: Prof. Dr. rer. oec. Jelisaweta Chmelniczka und Prof. Nikolai Sidorow (Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen) und Wsewolod Jeshow (Institut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der UdSSR)

kapitalistischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg ausgelöst haben.

Zu diesen Faktoren zählt der englische Wissenschaftler die moderne wissenschaftlich-technische Revolution, die wesentlichen Strukturveränderungen in der Wirtschaft dieser Länder sowie die gewachsene Rolle der staatsmonopolistischen Regulierung, die eine gewisse Glättung der zyklischen Schwankungen fördert, die Zunahme des Welthandels usw.

Diese Faktoren seien an sich aber ungenügend, um die Entwicklung zu erklären. Man müsse sie im Zusammenhang mit der Rolle des sozialistischen Weltsystems als bestimmendes Element der Nachkriegszeit betrachten. Nicht minder wichtig sei die sich daraus ergebende Stärkung der Stellung der Arbeiterklasse im System der gesellschaftlichen Beziehungen der kapitalistischen Welt, obwohl „sich die objektive Stärkung nicht immer im politischen Denken und Handeln widerspiegelt“. Dabei stellte Prof. Dobb fest, daß die Volkswirtschaftspläne ein machtvoller Faktor des ökonomischen Wachstums sind, worauf die Entwicklung der sozialistischen Länder überzeugend hinweist. Nicht von ungefähr ist in allen kapitalistischen Staaten immer nachdrücklicher von Planung die Rede.

Eine aufschlußreiche Analyse der Veränderungen im kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus infolge der Fusion von Monopol- und Staatsmacht lieferte Prof. Dr. Peter Heß (DDR). Davon ausgehend, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus von heute ein geschichtlich unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der Monopole ist, schilderte der Referent die dadurch hervorgerufene Erweiterung der Wirtschaftsfunktionen der bürgerlichen Staatsmacht. Die Funktionen des Staates erstrecken sich zur Zeit auf alle wichtigsten ökonomischen und sozialen Lebensbereiche; die Staatspolitik beeinflusst die ökonomischen Prozesse immer stärker.

Die vereinigte Macht der Monopole und des Staates wirkt auf das spontane Marktgetriebe des Kapitalismus immer

krasser ein. Prof. Dr. Heß verwies auf die darin entstehenden Veränderungen und bemerkte, daß die freie Preisbildung von der staatsmonopolistischen Regelung beschränkt wird, während die freie Konkurrenz der Monopolkonzurrenz gewichen ist. Die Möglichkeit ungehinderter Kapitalanlagen wird eingeschränkt; der Staat greift immer intensiver in die Fluktuation des Kapitals von Branche zu Branche ein; die Rolle des Staates bei der Hortung von Kapitalien wird immer wichtiger. Die Konzentration von Kapital und Produktion, die Verstaatlichung mehrerer Branchen und Betriebe führen dazu, daß der individuelle Kapitalist von einem kollektiven Kapitalisten abgelöst wird. Der dialektische Widerspruch dieser Prozesse, meinte Prof. Dr. Heß, besteht darin, daß das Monopolkapital, um seine Herrschaft zu behalten, Mittel anwendet, die eigentlich den Grundlagen des Kapitalismus widersprechen, ihn objektiv negieren.

Bei der Erörterung dieser drei Zentralreferate der Konferenz beteiligten sich auch ihre Gäste, Marxisten aus anderen Ländern. Ihre Ausführungen trugen Wertvolles zur Untersuchung des heutigen Herrschaftsgetriebes der Monopole bei. Der belgische Wissenschaftler P. Joye, der schweizerische Nationalökonom Dr. Schiwoff, Jean Launay von der französischen marxistischen Zeitschrift *Economie et politique* und andere auswärtige Gäste verwiesen auf die Besonderheiten der jüngsten ökonomischen und politischen Entwicklung ihrer Länder, auf die Spezifik der Strategie und Taktik ihrer herrschenden Klassen. Sie schilderten ferner die Besonderheiten des Kampfes, den die demokratischen Kräfte führen, um die Macht der Monopole einzuschränken.

Größte Beachtung wurde bei der Diskussion der neuen Wirtschaftskonzeption der Bonner Regierung geschenkt, die nun die „freie Marktwirtschaft“ abgelöst hat. Kann man sagen, daß der vom jetzigen Wirtschaftsminister Schiller verkündete „Kurswechsel“ mit Erhards berühmtem Plan einer „formierten Gesellschaft“ aufgeräumt hat?

Die Wissenschaftler, die darüber sprachen, zeigten die Kontinuität dieses

volksfeindlichen Plans der früheren Regierung und der von Schiller bekanntgegebenen Idee einer „konzertierten Aktion“. Obwohl aus begreiflichen Gründen der Terminus „formierte Gesellschaft“ aus dem Sprachgebrauch gezogen wurde, gedenken die herrschenden Kreise der Bundesrepublik keineswegs, ihre reaktionären, arbeitfeindlichen Absichten in diesem Plan fallenzulassen. Überzeugende Argumente darüber enthielten ferner die Stellungnahmen zur Haushaltspolitik Westdeutschlands, zu den neuen Ermächtigungen der Regierung zwecks „Stabilisierung der Konjunktur“, zur Lohnpolitik usw.

Das hohe theoretische und wissenschaftliche Niveau und die tiefeschürfende Erörterung der Frage kennzeichneten die Konferenz, die auch in bürgerlichen Kreisen Westdeutschlands Beachtung gefunden hat. Die *Frankfurter Allgemeine* schrieb über die wissenschaftliche Bedeutung der Zusammenkunft. Größten Eindruck machte auf ihren Kommentator der Bericht von Prof. Dr. Peter Heß durch seine interessante wissenschaftliche Argumentation. Der Titel dieser Reportage lautete: „Karl Marx blickt von der Wand herab“.

Für die Konferenz mußten Eintrittskarten gelöst werden. Ein Bundesbürger, der wohl zufällig ins Gallushaus geriet, war von der imposanten Marxisten-Konferenz, die unter einem Marxbildnis tagte, so erschüttert, daß er stracks die Polizei anrief und sie auf eine „kommunistische Verschwörung“ aufmerksam machte. Daraufhin kam ein Polizeibeamter, um im Gallushaus nach dem Rechten zu sehen.

Wie groß das Interesse für die Ansichten der Marxisten über die brennenden Probleme von heute ist, zeigte das Podiumsgespräch im Rahmen der Konferenz. Ihr Thema lautete: Sind Krisen und Arbeitslosigkeit im Kapitalismus vermeidbar? Das entsprach dem Sinnen und Sorgen der westdeutschen Werktätigen in der gegenwärtigen ökonomischen Situation.

Eine Eintrittskarte zu diesem Diskussionsabend kostete 2 Mark. Gegen acht



Uhr abends war die Gallus-Halle überfüllt, wer später kam, mußte mit einem Platz am Fenster oder im Durchgang vorliebnehmen. Mit einer kurzen Ansprache eröffnete der bekannte Vertreter der Arbeiterbewegung Heinz Seeger, ehemaliger Vorsitzender der IG Holz,

den Abend. Auf dem Podium sah man die Leiter der Konferenz und die ausländischen Gäste. Es wurden viele Fragen gestellt.

Das Auditorium reagierte sehr lebhaft: Es wurden Rufe laut; war die Frage ungeschickt formuliert, wurde der Fra-

gesteller verbessert; unsachliche Bemerkungen wurden abgelehnt; die Antworten, die gefielen, wurden mit Beifall quittiert.

Es wurde auch eine „heikle“ Frage gestellt: nach der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion, die als Müßiggang getarnt sei. Es wurde stürmisch applaudiert, als wir diesen Versuch, die westdeutschen Arbeiter zu beleidigen, sie Halbstarken gleichzustellen, abwiesen. Diese muß man zu gemeinnütziger Arbeit erziehen, während dort ehrliche Arbeiter willkürlich entlassen werden.

Als die späte Nachtstunde eine Beendigung des Gesprächs nahelegte, gab es in dem Saal noch viele, die ihre Gedanken, ihren Zweifel zum Ausdruck bringen oder über bestimmte Probleme Auskunft haben wollten.

Nach der Konferenz wurden ihre Leiter von der Presse mit Fragen bestürmt: Gibt es Angaben über die soziale, berufliche und politische Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer? Wie gedenkt man ihre Materialien zu verwerten? Wann werden sie veröffentlicht? Sind bei der Diskussion prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Marxisten verschiedener Länder zutage getreten?

Von der Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer konnten sich die Korrespondenten selbst überzeugen, denn die Konferenz war für jedermann zugänglich, man brauchte ja keinen Fragebogen auszufüllen. Das Publikationsdatum konnte nur ungefähr genannt werden. Eingehend wurden die Fragen nach „prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Marxisten“ beantwortet. Die Konferenz zeigte, daß zwischen den Marxisten Westdeutschlands und denen anderer Länder Eintracht herrscht, daß aber das marxistische Denken mannigfaltig ist.

Die Ideen und Folgerungen der Konferenz werden zweifellos die Entwicklung der marxistischen Theorie fördern, ihren Einfluß auf den fortschrittlichen Teil der westdeutschen Bevölkerung verstärken, zur Überwindung der durch die antikommunistische Propaganda entstandenen Vorurteile beitragen.

## Feuilleton

# EINE LAPPALIE

Offen gestanden haben wir Hans-Christoph Seebohm unrecht getan, als wir ihn einen unverbesserlichen Revanchisten nannten, besonders während seiner Ministerzeit. Bekanntlich legte sich Seebohm als amtlicher Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft für die Ausführung des Münchner Abkommens von 1938 ins Zeug und verlangte, daß die seinerzeit vom Dritten Reich auf Grund dieses Abkommens geraubten tschechoslowakischen Grenzgebiete der Bundesrepublik einverleibt würden.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß Seebohm heute ganz anders denkt. Am 14. Mai erklärte er auf dem 18. Sudetentag in München:

„Für die Sudetengebiete fehlen völkerrechtlich einwandfreie vertragliche Regelungen, die das Vertragswerk von 1938 ablösen und zu den tschechischen Annexionen von 1945—1946 völkerrechtlich einwandfrei Stellung nehmen unter Wiedergutmachung der völkerrechtswidrigen Austreibung.“

Man beachte: Seebohm redet nicht mehr vom Münchner Abkommen, sondern nur von einem „Vertragswerk von 1938“. Wie taktvoll von ihm! Und wie rücksichtsvoll den Tschechen gegenüber!

Vor allem besteht Seebohm nicht mehr darauf, daß das Münchner Abkommen auch heute gelten solle. Er fordert für das Sudetengebiet lediglich eine „völkerrechtlich einwandfreie vertragliche Regelung“. Seebohm will also, daß über das Sudetengebiet, d. h. über die tschechoslowakischen Grenzbezirke, ein neues Münchner Abkommen geschlossen werden soll. Dieses würde das Gebiet selbstverständlich den Sudetendeutschen zusprechen, denn „für unser Heimat- und Selbstbestimmungsrecht

müssen wir ... kämpfen“, wie Seebohm in der gleichen Ansprache sagte.

Selbstverständlich müßte das neue Abkommen den aus den „tschechischen Annexionen von 1945—1946“, d. h. bei der Wiedervereinigung der durch Deutschland abgetrennten tschechoslowakischen Grenzbezirke und der Umsiedlung der Deutschen entstandenen Schaden wiedergutmachen. Seebohm drängt schon nicht mehr darauf, daß das alte Münchner Abkommen erfüllt wird, und er möchte ein neues schließen. Dabei faßt er eine Lappalie ins Auge: Nur 28 200 Quadratkilometer tschechoslowakischen Grenzgebiets (der sogenannten Sudeten). Ihn interessiert auch der Schadenersatz, der seinerzeit von der **Sudetendeutschen Zeitung** auf lächerliche 80 Milliarden Mark geschätzt wurde. Eine Lappalie, nicht wahr?

Wir haben auch aus einem anderen Grunde Seebohm unrecht getan. Wir schrieben, daß er in Westdeutschland eine Ausnahme bilde, daß die Regierung seine Ansichten nicht teile. Wir haben uns geirrt. Auf demselben Sudetentag sagte der Bundesvertriebenenminister Kai-Uwe von Hassel:

„Die Vertreibung war und bleibt ein Unrecht. Die Forderung, verletztes Recht zu heilen, ist legitim. Deshalb ist sich die von Bundeskanzler Kiesinger geführte Bundesregierung ihrer Obhutspflicht für die Sudetendeutschen, wie sie vor 17 Jahren ausdrücklich übernommen worden ist, bewußt, und sie hält an ihr fest...“

Das ist der Tatbestand, und da gibt es noch Leute, die nicht glauben, daß die Regierung Kiesinger beabsichtigt, eine neue „Ostpolitik“ zu betreiben! Ist denn die Äußerung von Hassels kein Beispiel dieser Politik? Die Bonner Regierung besteht ebenfalls nicht auf dem Münchner Abkommen. Auch sie will wohl nur 28 200 Quadratkilometer tschechoslowakischen Territoriums. Eine Lappalie!

Antonín Petřina

Zwischen der Sowjetunion und der Föderation Malaysia liegen Tausende Kilometer. In allem — von der sozialpolitischen Einrichtung bis zu den Naturbedingungen — unterscheiden sich diese Länder voneinander, doch bestehen zwischen ihnen schon seit Jahr und Tag Handelsbeziehungen, da der größte Teil des Naturkautschuks und ein großer Teil des Zinns, den die Sowjetunion importiert, aus Malaysia kommen.

Ohne Übertreibung sind diese beiden malaysischen Erzeugnisse aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie spielen im Flugzeug- und im Automobilbau, in der Chemie und der Elektrotechnik, in der Leichtindustrie und vielen anderen Zweigen eine große Rolle.

Allerdings bestanden bis vor kurzem keine unmittelbaren Beziehungen zwischen uns und dem fernen Malaysia. Seine Erzeugnisse erreichten uns über die Märkte dritter Länder, nachdem sie durch die Hände von Vermittlern gegangen waren. Ebenso kommen einige sowjetische Güter, etwa Baumwollstoffe, nur auf Umwegen nach Malaysia.

Darum bestand das Hauptziel, mit dem im vorigen Herbst eine malaysische Handelsmission die UdSSR besuchte und mit dem in diesem Frühjahr eine sowjetische Handelsdelegation Malaysia einen Gegenbesuch abstattete, in der Herstellung unmittelbarer Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern.

Wie die Presse bereits mitteilte, ist dieses Ziel erreicht. Im April 1967 schlossen die UdSSR und Malaysia ein Handelsabkommen, das den unmittelbaren sowjetisch-malaysischen Handelsaustausch auf der Basis der Gleichheit und des beiderseitigen Nutzens einleitet. Grundsätzlich wurde auch der Austausch diplomatischer Vertretungen vereinbart.

Der Chef der malaysischen Handelsdelegation, Raja Mohar, betonte in der Ansprache, die er nach der Unterzeichnung des Handelsabkommens hielt, wie wichtig es für Malaysia sei, und

bezeichnete es als „in vieler Hinsicht historisch“.

„Vor allem“, sagte er, „ist es das erste Abkommen, das wir mit Ihrem großen Lande unterzeichnet haben. Zweitens ist es das erste Abkommen, das unser junger Staat in seiner eigenen Sprache unterschrieben hat, und drittens ist es überhaupt das erste Abkommen, das im Vertragssaal des neuen Hauses des malaysischen Außenministeriums unterzeichnet worden ist.“

Ghazali Chafie, der Ständige Sekretär des malaysischen Außenministeriums, erklärte:

„Das Abkommen ist ein Markstein in den Beziehungen zwischen unseren Ländern, und ich bin überzeugt, es wird den Grundstein für eine weitere nützliche Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen legen.“

Das sowjetisch-malaysische Abkommen ist von Vertretern der Öffentlichkeit, der Geschäftskreise und der Gewerkschaften Malaysias begrüßt worden.

Durch die Herstellung unmittelbarer Handelsbeziehungen ersparen wir uns die überflüssigen Ausgaben für Vermittlerdienste. Das ist an sich sowohl für uns als auch für Malaysia sehr vorteilhaft.

Noch wichtiger aber ist, daß die direkten Geschäftskontakte beiden Seiten die Möglichkeit bieten, die verschiedenartigen Erzeugnisse des anderen Landes unmittelbar kennenzulernen.

Neben Kautschuk und Zinn umschließt die Liste der malaysischen Exportgüter für die UdSSR Rohstoffe für die Ledererzeugung, Pflanzenöle, Kakaobohnen, Gewürze und einige malaysische Fabrikate wie Obstkonserven und Obstsäfte, Gummikartikel, Furniere aus Edelhölzern und anderes.

Viele sowjetische Industrieerzeugnisse können auf dem malaysischen Markt guten Absatz finden. Auf der sowjetischen Exportliste stehen energiewirtschaftliche und elektrotechnische Ausrüstungen, solche für die Metallverarbeitung und die Bauindustrie,

Hebezeuge, Fahrzeuge, polygraphische Maschinen, Traktoren und andere Landmaschinen, Werkzeugmaschinen, Werkzeuge sowie viele industrielle Ausgangsstoffe und Konsumgüter wie Eisen und Stahl, Chemikalien, Zellulose, Papier, Asbest, Erdölprodukte, Heilmittel, ärztliche Instrumente, Fischkonserven und andere Meeresprodukte.

Laut Abkommen richtet die UdSSR in Kuala Lumpur eine Handelsvertretung ein. Malaysia ist gleichfalls berechtigt, in unserem Land eine Handelsvertretung zu eröffnen.

Die Entwicklung freundschaftlicher Geschäftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Malaysia wird zur Festigung des Friedens in Südostasien beitragen.

Nirgends auf der Erde sind die Spannungen heute so groß wie in Südostasien. Die Völker dieses Raums sehen natürlich den grundsätzlichen Unterschied zwischen der Friedenspolitik Moskaus und dem abenteuerlichen Aggressionskurs Washingtons.

Die Föderation Malaysia wurde 1963 gegründet. Sie besteht aus Malaya, das jetzt Westmalaysia heißt, sowie den im Norden gelegenen Inseln Kalimantan, Sabah und Sarawak. Früher gehörte ihr auch Singapur an, doch ist es seit 1965 ein selbständiger Staat.

Malaysia liegt fast unmittelbar am Äquator. Sein Hauptteil, Malaya, hat auf der Karte die Umrise eines Bootes, das durch eine seilähnliche Landenge an den asiatischen Kontinent gebunden ist. Auf der einen Seite wird es vom warmen Indischen Ozean umspült, auf der anderen vom Pazifik. Schmale Meerengen trennen Malaya von Singapur und den indonesischen Inseln. Man kann es daher auch mit einer natürlichen Brücke zwischen dem asiatischen Festland und den ihm vorgelagerten Inselreich vergleichen.

Malaya hat etwa 8 Millionen Einwohner. Fast die Hälfte von ihnen sind Malaien, 40 Prozent Chinesen, die um die Jahrhundertwende aus den Südpunkten Chinas eingewandert sind, an die 10 Prozent Inder, die von den Engländern zur Arbeit auf den Kautschukpflanzungen hergebracht wurden.

Aufschlußreich ist eine Parallele zwischen der nationalen und der klassenmäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung Westmalaysias: Die Bau-



ernschaft besteht hauptsächlich aus Malaien, das Landproletariat vorwiegend aus Indern, das Kleinbürgertum und die mittlere Bourgeoisie größtenteils aus Chinesen. Nur im nun aufkommenden Industrieproletariat sind alle drei Hauptvölkerschaften des Landes vertreten.

Hinzu kommt, daß unter den Großunternehmern und Plantagenbesitzern immer noch viele Ausländer sind, hauptsächlich Engländer.

Die Macht wird in Malaysia von der Alliance Party ausgeübt, einem Bund von drei politischen Gruppen, nämlich der Vereinigten Malaiischen Nationalen Organisation, der Chinesischen Assoziation und dem Indischen Kongreß. Staatsoberhaupt ist ein für fünf Jahre gewählter Monarch.

Die Wirtschaftslage und der Wohlstand der Bevölkerung hängen unmittelbar und mittelbar von der Erzeugung und dem Absatz des Naturkautschuks ab.

Es ist erst 70 Jahre her, daß in Malaya die erste Kautschukpflanzung angelegt wurde. Heute dienen fast 60 Prozent der gesamten urbaren Fläche dem Kautschukanbau. Der Kautschuk liefert dem Lande fast die Hälfte seines Exporterlöses und ein Drittel seines Budgeteinkommens, auf ihn entfallen wertmäßig 20 Prozent des nationalen Bruttoprodukts. 1965 wurden in Malaysia über 900 000 Tonnen Naturkautschuk gewonnen, im kommenden Jahr sollen es eine Million Tonnen werden. Schon seit Jahren ist Malaysia der größte Naturkautschukerzeuger der Welt.

Wie bekannt, ist dem Naturkautschuk in den Nachkriegsjahren im synthetischen Kautschuk ein starker Konkurrent erwachsen. Von 1960 bis 1965 sind die Naturkautschukpreise um ein Drittel gesunken, und es wird angenommen, daß sie 1970 nur noch die Hälfte ihres Standes von 1960 haben werden. Bei der heutigen Größe des Kautschukexports Malaysias verliert es aber durch ein Sinken des Naturkautschukpreises um ein Cent pro Pfund jährlich mehr als 20 Millionen Dollar.

Unter diesen Umständen war die Regierung genötigt, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, um die Konkurrenzfähigkeit des Naturkautschuks zu erhöhen. Durch rastlose Zuchtarbeit wurde eine neue hochleistungsfähige Kautschukbaumart entwickelt, deren Ertrag an Latex (dem Ausgangsstoff für die Kautschukerzeugung) den der gewöhnlichen Bäume um das Doppelte bis Dreifache über-

steigt. Die Losung der Plantagenbesitzer lautete: „Wer überleben will, erneuere die Pflanzungen!“ Tatsächlich sind in den letzten Jahren fast alle Plantagen und die Hälfte der Kleinbetriebe mit neuen Kautschukbaumarten bepflanzt worden. Auch wurde für eine bessere Anbautechnik Sorge getragen.

Das Ergebnis war, daß die Naturkautschukerzeugung je Acre von 500 auf 1500—2000 Pfund gestiegen ist. Malaysia rechnet darauf, von der bisherigen Anbaufläche ein Mehrfaches des früheren Kautschukertrags zu erhalten, wenn alle Pflanzungen erneuert und die neuen Bäume latexproduktiv geworden sind (der Kautschukbaum ist vom 7. Jahre an im Laufe von 25 Jahren produktiv). Dadurch soll die Konkurrenzfähigkeit des malaysischen Kautschuks erhöht werden.

Im ganzen Lande bemühen sich Forschung und Praxis ernstlich darum, die Qualität des Naturkautschuks zu verbessern und ihm neue Verwendungssphären zu erschließen. So wurde z. B. festgestellt, daß eine Straßendecke, der Naturkautschuk beigemischt ist, dauerhafter und elastischer wird und Temperaturschwankungen gut übersteht.

Wir besuchten das staatliche Institut, in dem die Qualität des malaysischen Kautschuks allseitig untersucht und kontrolliert wird.

Man zeigte uns auch einen Versuchsbetrieb bei Kuala Lumpur, in dem Experimente angestellt werden, die die Zuchtarbeit, die Anbautechnik und die Produktion von Kautschuk betreffen. Dort führte man uns die Herstellung eines neuen Erzeugnisses, des sogenannten malaysischen Standardkautschuks (SMR), vor. Vor unseren Augen verwandelte sich der milchweiße Latex in gut gepreßte, getrocknete und verpackte Kautschukplatten von gleichartiger Qualität. Jawohl, in rechteckige poröse Platten und nicht in Stapel verbrauchter gewellter Blätter wie bisher.

Eine junge Taminin zeigte uns auf der Versuchspflanzung, wie der Einschnitt in den Baum vorgenommen wird, damit ihm der Latex entzogen werden kann. Mit einer raschen, leichten Bewegung entfernte sie einen schmalen spiralförmigen Rindenstreifen, vom Stamm, wozu sie ein Spezialinstrument benutzte. Sofort trat längs des Einschnitts der milchweiße Saft hervor und tropfte in eine kleine Kanne, die am Stamm befestigt war. Diese Operation erfordert eine gewisse Geschicklichkeit, da ein falscher Einschnitt den

Baum verwundet und sogar zum Eingehen bringen kann.

Beim Besuch im Institut und im Versuchsbetrieb wie auch bei unseren Gesprächen mit Wissenschaftlern und Fachleuten überzeugten wir uns davon, daß Malaysia der Wahrung und Förderung des guten Rufes des malaysischen Naturkautschuks große Bedeutung beimißt. Auch bemüht es sich ernstlich darum, den Handel selbst in die Hand zu nehmen, denn bisher wird der malaysische Kautschuk hauptsächlich über London und Singapur abgesetzt. Vor kurzem wurde in Kuala Lumpur eine Kautschukbörse eröffnet. Ihre Gründer hoffen, daß sie mit der Zeit die Führung auf dem internationalen Kautschukmarkt übernimmt. Wir halten das für ein völlig berechtigtes Bestreben und können Malaysia nur Erfolg dabei wünschen.

In den letzten Jahren, und das gilt auch für 1966, war die Sowjetunion einer der größten Importeure von malaysischem Kautschuk. Darum ist jedem vernünftig denkenden Bürger des Landes, selbst wenn er nicht unmittelbar mit dem Kautschuk zu tun hat, klar, daß das Fehlen normaler Beziehungen zur Sowjetunion, vor allem das Fehlen unmittelbarer Handelsbeziehungen, ein Anachronismus war, unter dem Malaysia zu leiden hatte.

Das für Malaysia zweitwichtigste Produkt ist der Zinn. Die bedeutendsten Zinnreviere liegen bei der Stadt Ipoh inmitten weißer Kalksteinhügel, die mit malerischem Grün bewachsen sind. Eine Gewinnungstätte haben wir besucht. Das Zinnerz wird hier wie an den meisten anderen Fundstellen im Tagebau gewonnen.

Auch besuchten wir eine der größten Zinnschmelzereien: den im Zentrum von Georgetown gelegenen Betrieb der Eastern Smelting Co. Die Besitzer, Manager und leitenden Ingenieure des Betriebes sind Engländer. Obwohl er nicht voll ausgelastet ist, funktioniert er mit großem Nutzeffekt. Ein Ingenieur führte uns durch alle Abteilungen und Laboratorien, sogar dicht an die Zinnschmelzöfen, wonach uns das tropische Klima recht erträglich vorkam.

Neben Kautschuk und Zinn sind die Beschaffung von Edelhölzern, die Erzeugung von Kokos- und Palmöl, der Anbau von Tropenfrüchten, insbesondere von Ananas, exportwichtig. In den letzten Jahren wächst auch der Export der sehr eisenhaltigen malaysischen Erze nach Japan.

Ananaspflanzungen sahen wir nahe der Stadt Johore Bahru, im tiefsten Süden der Halbinsel Malakka, von wo es nur ein Katzensprung nach Singapur ist. Dort befinden sich auch Fabriken für Ananaskonserven, ein junger Zweig der malaysischen Industrie.

Ananas wachsen in diesem Gebiet auf weiten Flächen so einfach und selbstverständlich, wie die Kartoffeln bei Moskau. Für solche Pflanzungen werden Dschungelflächen gerodet. Der Boden ist dort darum sehr locker. Der Eisenholzstab, der uns vor dem Besuch der Plantagen zugleich mit dem Tropenhelm ausgehändigt wurde, ließ sich fast mühelos ein bis anderthalb Meter in den Grund stoßen. Wir hatten ihn allerdings nicht für solche Messungen erhalten, sondern zum Schutz gegen die vielen Schlangen auf den Plantagen. Sie sind dort recht nützlich, da sie die Nager, die größten Feinde der Ananaspflanzungen, vernichten.

Die Ananasfrüchte werden mit Lastwagen in modern ausgestattete Konservenfabriken gebracht, verarbeitet, pasteurisiert und in Blechdosen mit bunten Etiketts verlötet. Die verschiedenen großen runden oder viereckigen Dosen enthalten Ananasscheiben in Sirup oder Ananassaft. Hauptabnehmer dafür sind die USA und Westeuropa.

Natürlich führten uns unsere Gastgeber die Ananaspflanzungen und Konservenfabriken nicht vor, damit wir etwas besonders Exotisches zu sehen bekämen. Die Zeitungen schrieben, es

gehe darum, unser Land als Käufer malaysischer Konserven zu gewinnen.

Malaysias wichtigste Nahrungspflanze ist der Reis, doch wird noch nicht genügend davon angebaut, so daß er gleich vielen anderen Lebensmitteln und Konsumgütern importiert werden muß.

Die verarbeitende Industrie ist noch schwach entwickelt. Es werden jedoch Maßnahmen zum Bau neuer Betriebe und Branchen getroffen, wofür die Regierung beträchtliche Vergünstigungen gewährt.

Malaysias erster Fünfjahrplan (1966—1970) soll zur Lösung folgender recht komplizierter Wirtschafts- und Sozialaufgaben des jungen Staates beitragen:

er soll die aus der Kolonialepoche überkommene Abhängigkeit des Landes von den beiden Exportgütern Kautschuk und Zinn mindern, d. h. die Wirtschaftsbasis der Unabhängigkeit des Landes erweitern und festigen;

er soll Arbeitsplätze für die rasch wachsende Bevölkerung schaffen, den Lebensstandard erhöhen, den in sozialökonomischer Hinsicht rückständigsten Gebieten (der Ostküste Malayas, Sabah und Sarawak) einen Auftrieb geben und zur Ausbildung nationaler Kader beitragen.

Diesem Plan zufolge sollen für die sozialökonomische Entwicklung etwa 3,8 Milliarden Malaya-Dollar bereitgestellt werden (ein Rubel hat den Wert von etwa 3 Malaya-Dollar).

Ein wunder Punkt des malaysischen Fünfjahrplans ist seine starke Abhängigkeit von der Gewinnung ausländischen Kapitals und ausländischer Hilfe. Die Regierung hofft, auf diese Weise etwa 1,6 Milliarden Malaya-Dollar aufzutreiben zu können. Ob und zu welchen Bedingungen ihr das gelingt, wird sich zeigen.

Die zuverlässigste Quelle für den Aufschwung der nationalen Wirtschaft in den Entwicklungsländern ist jedoch die Aufbietung der eigenen Hilfsquellen und der Ausbau gegenseitig vorteilhafter Handelsbeziehungen zu allen Ländern, darunter denen des sozialistischen Lagers. Malaysia ist, betrachtet man seine Naturbedingungen, seine Bodenschätze und seine Arbeitskraftreserven, ein sehr reiches Land. Darum ist wohl anzunehmen, daß es, wenn es sich unabhängig entwickelt, imstande ist, nicht nur die schwere Hinterlassenschaft der Kolonialzeit zu bewältigen, sondern auch einen Aufschwung seiner Wirtschaft und des Wohlstands der werktätigen Massen zu sichern. Wir in der Sowjetunion wünschen dem arbeitssamen und freiheitsliebenden malaysischen Volk Erfolg bei diesem großen Werk.

Die sowjetische Handelsdelegation besuchte neben der Hauptstadt Kuala Lumpur auch die großen Zentren der am stärksten entwickelten Westküste Malayas: Johore Bahru, Ipoh, Malakka und Penang. Einen Tag konnten wir uns auch auf dem kühlen Cameron-Plateau erholen.

Unser Gesamteindruck ließe sich so zusammenfassen: Eine wunderschöne Natur von eigenem Reiz, ein gastliches Volk, das sich zu unserem Land und zu seinen Menschen mit großem Wohlwollen verhält. Nur weiß man dort wenig von uns. Selbst in der großen Bibliothek des Universitätsstädtchens von Kuala Lumpur konnten wir kein Buch entdecken, das in der Sowjetunion herausgegeben wäre. Von unserer Wissenschaft und Technik, unserer Kunst und Kultur können die Studenten nur erfahren, was amerikanische oder englische Publikationen, von den berühmten „Sowjetologen“ entsprechend präpariert, zu drucken für nötig erachten.

Kein Wunder, daß uns in Malaysia selbst gebildete Menschen ganz unglaubliche Fragen über die Sowjetunion stellten. Ein Mitglied unserer Delegation wurde zum Beispiel allen Ernstes gefragt, wo in der Sowjetunion die Völkerschaft der Bolschewiki lebe. Und das kurz vor dem 50. Jahrestag

## In Lateinamerika



„Und wenn du Geld vom Bündnis für den Fortschritt bekommst, vergiß nicht, mir einen Nerzmantel und ein Brillantkollier zu kaufen!“

Siempre, Mexiko



der Oktoberrevolution! Allerdings trifft dieser Vorwurf nicht die Malaysier. Die britischen Kolonisatoren taten alles, damit sie nichts von unserem Lande erfahren, oder flößten ihnen die unsinnigsten Vorstellungen von ihm ein. Die Herstellung unmittelbarer Beziehungen zwischen unseren Ländern wird sicherlich dazu beitragen, objektive Kenntnisse über die Sowjetunion zu verbreiten.

ten und den Nebel der Lügen und der grundlosen Befürchtungen zu zerstreuen.

Die *Straits Times*, die älteste malaysische Zeitung schrieb zum Abschluß der sowjetisch-malaysischen Verhandlungen: „Unsere politischen Ideologien unterscheiden sich ebenso voneinander wie unsere Wirtschafts-

und Gesellschaftssysteme, doch steht das einer friedlichen Zusammenarbeit zum Nutzen unserer Völker nicht im Wege.“

Dem können wir nur zustimmen. Die Herstellung unmittelbarer Beziehungen zwischen der UdSSR und Malaysia ist ein neuer Erfolg der Friedenspolitik unseres Staates gegenüber den jungen Entwicklungsländern.

Juan K O B O

## Die Flucht aus der San-Carlos-Festung

Die Polizei und das Militär Venezuelas fahnden heute noch nach drei politischen Häftlingen, die Anfang Februar verwegend aus der Festung San Carlos ausgebrochen sind. Sie unternehmen Hausdurchsuchungen, halten Privatwagen und Autobusse auf den Straßen an, um die Insassen zu überprüfen, haben ein Argusauge auf die Flugplätze und Bahnhöfe. Überall sind Steckbriefe mit den Fotos der Geflüchteten angeschlagen.

Am Tage nach der Flucht aus San Carlos brachte *La Verdad*, eine in Caracas viel gelesene Zeitung, folgende Erklärung eines führenden Polizeibeamten von Venezuela: „Die Polizei ist überzeugt, daß die geflüchteten kommunistischen Führer und ihre Komplizen in kurzer Zeit wieder hinter Schloß und Riegel sein werden.“ Heute übt die Polizei größere Zurückhaltung. Die Flüchtlinge sind nach wie vor ihrem Zugriff entzogen. Das hindert sie jedoch nicht, selbst mit Journalisten zusammenzukommen. Bald nach ihrer Flucht gewährten sie einem Korrespondenten der kolumbischen Zeitschrift *Politica* ein Interview.

Die Kommunisten, von denen hier die Rede ist, heißen Guillermo García Ponce, Pompeyo Marquez und Teodoro Petkoff. In Venezuela beliebt und geachtet, sind sie auch im Ausland keine Unbekannten. Alle drei sind Mitglieder des Politbüros der venezolanischen KP. Guillermo García Ponce war Mitglied der patriotischen Junta von 1958 die Volkserhebung gegen die

Die Kommunisten Lateinamerikas, die an der Spitze ihrer Völker für Freiheit, Fortschritt und Frieden kämpfen, müssen unter ungemein schwierigen und komplizierten Bedingungen arbeiten. Davon zeugt auch nachstehender Bericht über den Kampf der venezolanischen Kommunisten.

Diktatur von Pérez Jiménez organisierten. Pompeyo Marquez stand an der Spitze der Kommunistischen Partei, solange deren Führer, Jesús Faria, im Kerker war. Teodoro Petkoff gehörte der Leitung der kommunistischen Jugendorganisation an.

Alle drei waren in der Landeshauptstadt Caracas ins venezolanische Parlament gewählt worden. Das hielt Präsident Rómulo Betancourt, der die fortschrittlichen Politiker Venezuelas aufs grausamste verfolgte, jedoch nicht davon ab, sie 1963 ohne gerichtliches Urteil, ja selbst ohne Erhebung einer Anklage, einzukerkern.

In der ganzen Welt hat sich eine Bewegung der Solidarität mit den politischen Häftlingen Venezuelas entfaltet. Jesús Faria, Eloy Torres und einige andere fortschrittliche Politiker konnten den Händen der venezolanischen Geheimpolizei entrissen werden. Aber das sind längst noch nicht alle. Darum suchten und fanden die Patrioten Venezuelas auch andere Mittel, ihre Führer aus dem Kerker zu erlösen.

Die alte Festung San Carlos schien den Schergen am besten als Gefängnis für die Patrioten geeignet. Vier Ausbruchversuche anderer Häftlinge aus ihr mißlangen. Die 25 politischen Gefangenen in der Festung werden von 350 Soldaten und Offizieren bewacht. Tag und Nacht wird der Raum um die

Festung von Panzerwagen und Kleinpanzern patrouilliert. Wagen ohne Sondererlaubnis dürfen nicht an der Festung halten, nachts sind die Straßen bei San Carlos überhaupt gesperrt. Die ganze Umgegend der Festung ist praktisch eine Sperrzone mit besonderen Regeln, in der jeder Einwohner überwacht wird.

Die Flucht aus diesem „Supergefängnis“ ist schwer. Dennoch beschloß die KP-Führung, die Gefangenen zu befreien.

Ein Jahr nach der Einkerkierung der kommunistischen Führer erwarb ein Syrier, der unter dem Namen Neheme Simón Cachine angemeldet war, in einem der Häuser gegenüber der Festungsmauer für 20 000 Boliviano einen kleinen Laden. Bald war er in der Gegend als der „Freigeige“ bekannt. Er ließ bereitwillig Geld, war immer hilfsbereit, sein klappriger Chevrolet stand jederzeit einem Nachbar zur Verfügung, der ein Kind zum Arzt bringen mußte oder etwas Dringendes außerhalb zu tun hatte.

Bald war Simón einer der bekanntesten Leute im Umkreis. Auch Offiziere aus der San-Carlos-Festungkehrten bei ihm, vielleicht, weil sie glaubten, daß er seiner ausgedehnten Beziehungen unter der Bevölkerung wegen einmal nützlich sein könnte. Die Festungsoffiziere trauten dem klei-

nen Geschäftsmann dermaßen, daß ihm einer von ihnen einen Passierschein ausstellte, mit dem er zu jeder Tag- und Nachtzeit durch die Gegend fahren konnte.

Der Passierschein leistete ihm gute Dienste. Nach Geschäftsschluß widmete er sich mit zwei bis drei Gehilfen der Aufgabe, um derentwillen er sich in der Nähe der San-Carlos-Festung angesiedelt hatte. Sie räumten die Papierballen von der Betonplatte, die in einem der Geschäftsräume in den Fußboden eingelassen war, und stiegen mit Spaten in den darunter befindlichen Schacht. Von dort aus gruben sie einen Stollen zum Gefängnis hin. Der in der Nacht ausgehobene Grund mußte entfernt werden, damit nicht die geringste Spur blieb. Sie brachten ihn in Mehl- und Zuckersäcken mit dem Wagen vor die Stadt.

Über zwei Jahre brauchten sie für diese Arbeit. Der 60 Meter lange Stollen wurde in drei Meter Tiefe vorgerieben, damit auf der Straße nichts zu hören war. Ein Teil des Stollens wurde grubengerecht abgestützt. Dreimal mußte die Stollenrichtung geändert werden, ehe es gelang, die nötige Stelle zu erreichen.

Anfang Februar war der Stollen fertig, doch galt es noch, den geeigneten Augenblick abzuwarten. Eines Sonntags wurde in Caracas mit großem Hallo Karneval gefeiert. Die Gefängniswärter, die längst nicht mehr nüchtern waren, stellten bei einem Rundgang

fest, daß alle Gefangenen in ihren Zellen saßen. Aber am nächsten Morgen fehlten drei Häftlinge. Unter Teodoro Petkoffs Pritsche wurde eine rechteckige Öffnung entdeckt, die im Betonfußboden ausgehauen war. Durch sie waren die Häftlinge entflohen.

Die Flucht der drei Kommunisten aus der San-Carlos-Festung war für die Presse eine der größten Sensationen in der jüngsten Geschichte Venezuelas. Die Zeitungen räumten ihr ganze Seiten ein, und viele von ihnen machten kein Hehl aus der Sympathie, die sie für die kühnen Flüchtlinge empfanden. Die Polizei konnte ihnen trotz aller Anstrengungen nicht auf die Spur kommen. Für die Geheimpolizei war das nicht nur eine Prestigefrage: Die kühne Flucht hatte dem ganzen Volk Venezuelas gezeigt, daß die Kommunisten vorzüglich organisiert sind, daß sie trotz aller Verfolgungen kühn, entschlossen und zugleich sehr bedacht handeln. So wurde der Ausbruch zu einem politischen Akt von großer Bedeutung.

Im Zusammenhang mit ihm gab die Kommunistische Partei Venezuelas folgende Erklärung ab:

„Unter den schwierigen Bedingungen der Repressalien, unter denen wir unsere patriotische Tätigkeit durchführen müssen, wird unsere Partei jetzt mit größerem Erfolg kämpfen können ... für die Bildung einer umfassenden fortschrittlichen Gruppe, die sich Wandlungen sowie die Beseitigung der jetzi-

gen Regierung, die die Politik des Terrors und der kolonialen Unterwerfung betreibt, unmittelbar zum Ziel stellen kann. Wir bemühen uns, eine Front von Kräften zu bilden, die imstande sein werden, eine Amnestie für die Tausenden von politischen Häftlingen zu erwirken; die Behörden zu zwingen, die Menschenrechte zu respektieren; mit den Folterungen, mit dem ‚Verschwinden‘ und den Ermordungen von Patrioten aufzuräumen; zu erreichen, daß die verfassungsmäßigen Garantien und die Universitätsautonomie wiederhergestellt und respektiert werden und eine unabhängige Außenpolitik betrieben wird. Wir streben nach der Bildung einer Front der gesellschaftlichen Kräfte, die unverzüglich die Erleichterung der schweren Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsschichten durchsetzen wird.“

Einst wird bekannt werden, was nach der Flucht aus Pompeyo Marquez, Simón und den anderen Kommunisten geworden ist, nach denen die Polizei von Venezuela heute vergeblich fahndet. Einstweilen kann man nur sagen, daß sie gesund und wohlbehalten sind. Im April nahmen sie an einem Plenum des ZK der Partei teil, von dem mitgeteilt wurde, daß es „irgendwo in Venezuela“ stattfand. Auf diesem Plenum wurde Pompeyo Marquez für die Zeit des Auslandsaufenthalts von Jesús Faria zum Generalsekretär der Partei gewählt.



Guillermo García Ponce



Teodoro Petkoff



Pompeyo Marquez



Neheme Simón Cachine



# INTERNATIONALE UMSCHAU

## ITALIEN

### Aus verkehrten Gründen

Mitte Mai verlautete in Rom, daß der italienische Botschafter in Washington Fenoaltea zurückgetreten ist. Das war eine Sensation.

Der als begeisterter Proamerikaner bekannte Fenoaltea kam um seine Demission am 29. April ein, zwei Tage, nachdem Außenminister Fanfani im Senat erklärt hatte, daß die Wiederaufnahme der amerikanischen Bombenangriffe auf die DRV keineswegs zu einer friedlichen Lösung des Vietnamproblems beitragen könne. Fanfani verurteilte diese Bombenüberfälle und sagte:

„Die gemeinsamen Bemühungen um europäische Sicherheit und Abrüstung würden zweifellos bessere Erfolgschancen haben, wenn die Gefahr neuer Eskalationen in Vietnam gebannt würde, die für die ganze Menschheit verhängnisvoll sind.“

Diese Erklärung wurde in Washington mit Unbehagen aufgenommen. Die italienische Presse schreibt, daß die Washingtoner Freunde dem italienischen Botschafter geraten haben, aus Protest gegen die Politik der Regierung zurückzutreten. Wie z. B. der katholische *Avvenire d'Italia* annimmt, „beabsichtigte Botschafter Fenoaltea, die Regierung unter Druck zu setzen, damit sie die Diskrepanz zwischen der italienischen und der amerikanischen Haltung in der Vietnamfrage nicht vergrößert“.

Bekanntlich tritt die Öffentlichkeit in Italien, ja in ganz Europa immer energischer gegen die USA-Politik ein, was Washington sehr mißfällt. Um westeuropäische Länder unter Druck zu setzen, bietet man also nicht nur USA-Botschafter in fremden Hauptstädten, sondern auch fremde Botschafter in Washington auf.

## ENGLAND

### Das sechste Opfer

*The Sunday Citizen*, eine der ältesten englischen Sonntagszeitungen, liegt in den letzten Zügen. Am 18. Juni erscheint die letzte Nummer. Sie blickt auf eine lange und ruhmreiche Geschichte zurück. Gegründet wurde sie vor 117 Jahren von einem Chartistenführer, George William Reynold. Er

nannte die Zeitung *Reynolds Sunday News* und widmete sie „der Sache der Freiheit und den Interessen der unterdrückten Massen“. Als *Reynolds News* bestand sie bis 1962: sie unterstützte die Arbeitergenossenschaften, die Trade Unions, den linken Flügel der Labourpartei.

Die zunehmende Monopolisierung der Presse, die Vorherrschaft der Zeitungsimperien von Cecil King und Thomson bliesen dieser unabhängigen fortschrittlichen Zeitung allmählich das Lebenslicht aus, obwohl sie seinerzeit, vor 1914, als erste eine Millionenaufage erreichte. Den Todesstoß versetzte ihr der harte Wirtschaftskurs der Regierung Wilson, der ihr u. a. die Inserate von Staatsämtern vorenthielt.

Der Untergang dieser alten Zeitung hat in Gewerkschafts- und Labourkreisen Protest ausgelöst. Einige Abgeordnete wollen in einer Interpellation die Regierung auffordern, Schritte zu unternehmen, um die unabhängige Presse vor dem Würgegriff der Monopole zu schützen.

In den letzten sechs Jahren sind sechs Londoner Zeitungen — zwei Tages- und vier Sonntagsblätter — eingegangen, und die berühmte *Times* ist von Thomson gekauft worden. Man protestiert gegen den verstärkten Einfluß der Zeitungs- und Zeitschriftenmonopole. Cecil King gebietet über 252 englische und ausländische Zeitungen und Zeitschriften. Thomsons Monopol ist in neun Ländern tätig. Er besitzt 128 Zeitungen, 150 Zeitschriften, 28 Rundfunk- und Fernsehsender, 21 Druckereien und 7 Buchverlage.

Die Proteste der Öffentlichkeit lassen die Pressekönige jedoch kalt. Lord Thomson z. B. hat kaltschnäuzig erklärt, in London erschienen immer noch „viel zu viele Zeitungen“.

## DÄNEMARK

### Abgeblasen

Zur Hochzeit der dänischen Thronfolgerin Margrethe, die sich mit dem französischen Grafen Henri de la Borde de Monpezat vermählt, wollte auch König Konstantin von Griechenland, dessen Gattin die dänische Prinzessin Anne-Marie ist, nach Kopenhagen kommen.

Da ergab sich aber ein ernstes Hindernis: die Empörung der Dänen über

den profaschistischen Umsturz in Griechenland, bei dem der Hof nicht gerade die letzte Rolle gespielt hat. Viele Organisationen äußerten sich gegen die Ankunft Konstantins, was in der jetzigen Situation ihrer Meinung nach eine Herausforderung wäre. Die Kopenhagener Gießler erklärten:

„Wir warnen König Konstantin davor, in unser Land zu kommen. Das dänische Volk würde einen solchen Besuch als eine Provokation gegen unsere Demokratie betrachten und eine Protestkampagne sowie bisher nie dagewesene Massendemonstrationen entfalten.“

Die Presse hat die Forderung der Öffentlichkeit unterstützt. In einem Leitartikel schreibt *Aktuelt*, Organ der sozialdemokratischen Regierungspartei, daß ein Besuch Konstantins in Dänemark unmöglich sei, da „er im großen und ganzen die neuen Machthaber befürwortet und zur Zeit als Hauptfigur dieses Diktatorenregimes auftritt“.

Unter diesen Umständen hat Ministerpräsident Krag im Parlament diplomatisch erklärt, daß „die dänische Regierung Verständnis dafür haben wird, wenn das griechische Königspaar es nicht für möglich erachten wird, im Zusammenhang mit den Ereignissen in Griechenland nach Dänemark zu kommen“.

Nach Berichten aus Athen, hat König Konstantin seine Visite in Dänemark abgeblasen. Wie sich eine dänische Zeitung ausgedrückt hat, wird die Hochzeit nun „ohne Scherben“ stattfinden.

## ENGLAND

### Kotau vor Rassisten

„Es ist selbstverständlich, daß von einem Gast in einem fremden Land verlangt wird, aus purer Höflichkeit die Gesetze und Gebräuche dieses Landes zu respektieren. Diese Regel kann aber nicht gelten, wenn sie dem Übel Vor-schub leistet.“

So kommentierte am 15. Mai die *Times of Zambia* die Verhaltensmaßregeln der britischen Regierung für britische Seeleute: Sie sollen in der Südafrikanischen Republik die Gesetze der Rassensegregation strikt befolgen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, da im Juni drei britische Schiffe Kapstadt anlaufen sollen.

Das betrifft natürlich in erster Linie die „farbigen“ Seeleute auf diesen drei Schiffen. Wenn sie in Kapstadt an Land gehen wollen, dann werden sie die Apartheid-Gesetze zu spüren bekommen: Sie dürfen keine Geschäfte oder Bars betreten, die nur für Weiße bestimmt sind. Selbst wenn sie in einem Park eine Bank aufsuchen wollen, so müssen sie auf die entsprechende Aufschrift achten, denn sie könnte ebenfalls nur für Weiße sein. Darauf steht Gefängnis. Wenn „farbige“ Seeleute baden, müssen sie daran denken, daß die Segregation sich auch auf die See erstreckt: denn wehe, wenn sie in die Schwimmreservate der Weißen geraten.

Bei diesem neuen Kotau vor den Rassisten hat man in London vergessen, daß es außer den Gesetzen der Höflichkeit auch Gesetze der Menschlichkeit gibt, denen Rassenhaß wesensfremd ist.

## LATEINAMERIKA

### 15 Dollar

Elf Tage lang reiste der ehemalige Vizepräsident der USA Richard Nixon in der ersten Maihälfte durch die fünf größten Länder Lateinamerikas: Peru, Chile, Argentinien, Brasilien und Mexiko.

Bei dieser Gelegenheit dachten viele an den ersten Besuch Nixons südlich des Rio Grande von 1960, als ihn derart machtvolle Protestdemonstrationen empfingen, daß Washington zu seiner Sicherheit Kriegsschiffe mit Marineinfanterie an die Küste Lateinamerikas entsenden mußte.

Warum ist Nixon wieder nach Südamerika gefahren?

Dieser Politiker gilt jetzt als einer der Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei, und die Reise nach Lateinamerika gehört ebenso wie die Tournee, die Nixon im März durch Länder Europas machte, zu seinem Wahlkampf.

Ganz im Sinne solcher Kampagnen hat der ehemalige Vizepräsident versucht, die Lateinamerikaner mit recht primitiven Mitteln zu kaufen. Die United Press schildert beispielsweise seinen Besuch in der peruanischen Hauptstadt wie folgt: „Er zog sein Sakko aus, nahm den Schlips ab, trank peruanischen Sekt und aß Nationalgerichte, vermauerte ein paar Ziegel an einer im Bau befindlichen Schule und spendete 15 Dollar für eine Schule in der Notstandszone rings um die Stadt.“

Damit hat sich der Gast aber nicht beliebt machen können. In Lima warfen Demonstranten aus Protest gegen den Besuch Steine auf das Peruanisch-Nordamerikanische Institut für kulturelle Beziehungen. In Chile empfingen ihn Protestdemonstrationen, deren Teilnehmer im Takt riefen: „Nixon, ein Volk ist nicht käuflich!“ und „Kuba und Vietnam werden siegen!“

Die 15 Dollar waren einfach herausgeschmissenes Geld.

## WESTDEUTSCHLAND

### Komplizen

„Amis, raus aus Vietnam!“, „Schluß mit den Verbrechen in Vietnam!“ — mit solchen Rufen empfingen ungefähr 2000 Jungen und Mädchen am 7. Mai auf einem Platz von Frankfurt am Main Vertreter der Stadt- und Bundeslandbehörden sowie des Oberkommandos der 7. USA-Armee, die zur Eröffnung der sogenannten deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche eingetroffen waren. Die Demonstranten trugen Tafeln mit

der Aufschrift: „Keine Freundschaft mit Kriegsverbrechern!“

Die Polizei fiel über die Demonstranten her, mißhandelte sie und schleppte welche zu den Überfallwagen. 18 Personen wurden festgenommen.

Am nächsten Tag demonstrierten über 1000 Münchner gegen den Krieg in Vietnam. Sie warfen faule Eier, Steine und Flaschen mit Tinte und Farbe auf die Polizisten, die das amerikanische Generalkonsulat bewachten. Auf der belebten Münchner Prinzregentenstraße war der Wagenverkehr infolge eines Sitzstreiks von Gegnern des Vietnamabenteuers 20 Minuten lahmgelegt.

Diese Tatsachen zeugen von der westdeutschen Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg. Die Bundesregierung unterstützt diesen verbrecherischen Krieg in immer größerem Umfang. Auch Bonns materielle und finanzielle Hilfe an das Regime von Saigon nimmt zu, sie beläuft sich schon auf 780 Millionen DM. Mitte Mai hat in den USA eine Abordnung der im Bundestag vertretenen Parteien mit den entsprechenden amerikanischen Körperschaften über eine weitere Eskalation der westdeutschen Hilfe beim Vietnamkrieg konferiert.

### In der „freien Welt“



„Ich weiß, was wir machen: Nur einer von uns ist.“

Fred Wright, U.E. News Service



# Auf den japanischen Inseln

Heutzutage braucht man, um aus Moskau nach Tokio zu kommen, nur zehneinhalb Stunden. Man legt die Strecke mit einer TU-114 zurück, durchquert ganz Rußland, überfliegt das Japanische Meer und landet auf Honshu.

Sowjetische Touristen, die den ersten Direktflug Moskau—Tokio mitmachten, waren sieben Tage in Japan, mit ihnen der TASS-Korrespondent Jewgeni Fadeitschew, dessen Reportage wir hier bringen.

## Tokio

Sieht man Tokio zum ersten Male, so ist man — möchte ich sagen — befremdet. Die Stadt wirkt wie aufeinandergetürmt. In den Tunnels verschwinden U-Bahn-Züge, durch die Straßen, die meist eng sind, schieben sich Wagen, und oberhalb der Straßen überschneiden einander auf massiven Säulen betonierte Autobahnen. Noch höher verläuft die Einschienenhängebahn, und am Himmel blüht wild wie Tropenblumen die Reklame. Das Rattern der S-Bahn, die Autohupen, das durchdringende Plärren der Lautsprecher und das Brausen der Menge — das alles klingt zu einer betäubenden Sinfonie zusammen, zur Sinfonie einer Riesenstadt, die Dutzende Quadratkilometer einnimmt.

Wenn Bekannte aus Kaluga oder Woronesch nach Moskau kommen, klagen sie gewöhnlich:

„Wie könnt ihr Moskauer bloß in diesem Chaos, in diesem irrsinnigen Rhythmus leben? Ein paar Tage hält man das noch aus, aber ständig?“

In Tokio aber kam mir unser Moskau so ruhig und geregelt vor! Gewiß, aus Tausenden Kilometern Entfernung idealisierte ich es etwas, doch an Tokio gewöhnt man sich schwer. Diese Stadt ist nicht gewinnend wie Paris oder Rom. Wenn man sie aber besser kennengelernt hat, muß man sie achten. Wie oft wurde sie von Erdbeben zerstört! Fast jeden Herbst fegen Taifune über sie hinweg. Und doch ist Tokio die größte Stadt der Welt, eine Stadt mit 11 Millionen Einwohnern, die Hauptstadt eines Landes, das ohne eigene Rohstoffe mit seinem Schiffbau und seinen Kameras die erste, mit seinem Wagenbau und mit der Erzeugung von Rundfunkgeräten die zweite und mit

dem Stahlausstoß die dritte Stelle in der Welt belegt hat.

Tokio hat viele Gesichter. Neben hohen Warenhäusern, in denen Waren aller Erdteile zu haben sind, sieht man winzige Läden mit allerlei Kram. Einem hypermodernen Luxuswagen kann eine Japanerin im Kimono entsteigen, wie man ihn schon im 12. Jahrhundert trug. Ein Hotel aus Glas und Platten dient manchmal einer Pagode mit zierlich geschwungenen durchbrochenen mehrstufigen Dächern als Hintergrund.

Tokios Straßen sind sehr belebt. Man sieht Frauen, die einkaufen gehen, meist in europäischer Kleidung, aber auch Kimonos und Getas sind keine Seltenheit. Manche hat ein Kind auf dem Rücken. Man sieht Männer meist in schneeweißen Hemden. In langen Reihen kommen Sandwichmänner mit Reklametafeln vorn und hinten daher.

Schuljungen laufen vorbei — sie laufen immer. Bei vielen wird der schwarze Schulanzug durch einen gelben Sonnenhut, eine gelbe Schultasche und gelbe Schuhe belebt. Durch diese Aufmachung schützt man die Kinder vor Unfällen: Das gelbe Zubehör zur Kleidung hält die Fahrer zur Vorsicht an.

Der Wagenverkehr in Tokio ist lückelos, ebenso der Passantenstrom. Vor den Verkehrsampeln sammelt sich jedesmal eine Menge, auch an den Eingängen zur U-Bahn und an den Autobushaltestellen. Mit jedem Tag wird das Verkehrsproblem akuter. Der Verkehr kann den zunehmenden Bedürfnissen der Riesenstadt nicht gerecht werden. Anderthalb oder zwei Stunden zur Arbeit zu fahren, gilt in Tokio als normal. Verkehrsunfälle sind häufig. Abends leuchtet an den Polizeirevieren die Aufschrift: „Heute wurden bei Autounfällen vier Personen getötet und

267 verletzt“, wobei die Zahlen natürlich wechseln. Mit den Verkehrsunfällen nimmt Japan einen der ersten Plätze in der Welt ein.

Die Ginza, die Silberstraße, ist das Herz der Stadt, sie ist die größte Geschäftsstraße. Nachts bietet sie einen feenhaften Anblick. Die ganzen sechs Kilometer flimmern in allen Regenbogenfarben. Alle 30 Warenhäuser von Tokio stehen im bunten Lichterglanz. Reklametürme erheben sich in Spiralen zum Himmel, leuchtende Schriftzeichen fallen und steigen, jedes ein vielfarbiges Feuerwerk. Geworben wird für alles. Ein sich drehender riesiger Globus preist Konfekt an, Kugeln vor den Gaststätten loben ihre gebratenen Spatzen und Ragout aus Tintenfisch; ein farbiger Kriminalfilm auf einer zwischen Gebäuden aufgespannten Bildwand soll das Publikum zum Kauf von Nylonwäsche reizen. Die leichtsinnige Warenwerbung wird stellenweise von Leuchtschriften der Zeitungen unterbrochen, die den Passanten die neuesten Nachrichten mitteilen.

Am Grunde dieses brausenden Lichtermeers führen die Restaurants, Bars und Cafés ihr Nachtleben. Man sagt, daß in Tokio jeden Abend 500 Bars Pleite machen und daß am nächsten Tag 505 neue aufgemacht werden.

Ist die Ginza das Herz Tokios, so ist der Markt der Fischgroßhändler sein Bauch. Ich habe den Bauch von Paris gesehen, war auf afrikanischen Basaren und auf den berühmten Fischmärkten Skandinaviens. Was ich aber in Tokio gesehen habe, hat nicht seinesgleichen. Die Japaner sagen: „Alles, was im Meer ist, kann man essen.“ Das bekräftigt der Markt in Tokio. Auf seinen 20 Hektar sind die Schätze der Meerestiefe ausgebreitet. Dicht an der Bucht liegen da, soweit das Auge reicht, 300 Kilogramm schwere Thunfische, dahinter Reusen mit zappelnden Flundern und Seebarschen. Auf den Ladentischen schlängeln sich die Fangarme farbiger Polypen und zucken wie elektrisiert Kalmare. Tin-

tenfische, Garnelen und Mollusken türmen sich zu Bergen. In allen Schattierungen von grün schimmern frisch aus dem Meer geholte Wasserpflanzen. Die Luft ist fast greifbar, so stark ist sie mit Jod, dem Geruch frischer Fische und feinsten Spritzern der Brandung gesättigt. Sirenen der Fischlogger, das Klappern der zahllosen Schubkarren, das Sausen der anderthalbmeterlangen Tranchiermesser, das Schreien der Auktionatoren und die Antwortrufe der Käufer, das Gelächter und Geschimpfe sind schon aus weiter Ferne zu hören und gibt einem großen Stadtviertel sein einmaliges Gepräge.

Wir fahren nach auswärts. Die Stadt scheint kein Ende nehmen zu wollen. Vor uns werden schon die Bauten von Yokohama sichtbar, wir fahren aber noch immer durch Tokio. Die Stadt dehnt sich auf Kosten des Meeres aus. Die Tokio-Bucht wird kleiner, die Stadt streckt wie Fangarme immer neue Straßen dorthin, wo gestern noch die Wellen schäumten.

## Auf den Straßen von Honshu

Unser Autobus läßt Yokohama hinter sich. Links ist die Sagami-Bucht, rechts sind natürlich Berge. Sie nehmen drei Viertel aller Inseln Japans ein. Jeder Quadratmeter Grund und Boden ist Goldes wert, besonders in den Städten. Wahrscheinlich deshalb ruhen die Autobahnen stellenweise auf Betonsäulen. Zu beiden Seiten der Chaussee dehnen sich unter Wasser gesetzte Reisfelder, säuberlich beschnittene Teepflanzungen und schnurgerade Reihen von jungem Bambus. Die streifenförmigen Beete mit Erdbeeren und Gurken sind mit Folien gegen die Morgenkälte abgedeckt. Jeder Meter ist benutzt, die Erde ist in winzige Parzellen geteilt, und von jeder lebt wahrscheinlich eine ganze Familie.

Die Japaner sind sparsam. In einer Gaststätte von Tokio habe ich mir ausgerechnet, was ein ziemlich bescheidenes Mittagessen kostet, und kam auf ungefähr 1500 Yen.

„Wieviel gibt ein Japaner durchschnittlich für sein Essen aus?“ fragte ich unseren Fremdenführer.

„Ungefähr 200 Yen“, sagte Kanedasan und fügte hinzu, daß der Japaner nicht viel brauche: eine Handvoll Reis, etwas Gemüse, Fisch oder Weichtiere und ein Täßchen Tee.

Unser Weg führt weiter am Meer und an Bergen vorbei. Zurück bleiben Siedlungen mit kleinen Häusern, die wie Spielzeug anmuten. Jedes hat ein grelles, wie Porzellan glänzendes Zie-

geldach. Wie es wohl in diesen Häuschen aussehen mag?

In Japan gibt es den Ausdruck „i-shoku-ju“, er bedeutet alles, was der Japaner zum Leben braucht. I bedeutet Kleidung, die verhältnismäßig billig ist und sich, da die Leute sehr ordnungsliebend sind, lange trägt, so daß das Geld mehr oder minder dafür reicht; shoku bedeutet Essen, und ich sagte schon, wie sich der Japaner ernährt; ju bedeutet Wohnung, und die ist für den japanischen Werktätigen das größte Problem.

In den Spielzeughäusern stehen fast keine Möbel. Da sind tatami, Matten, bis zu anderthalb Quadratmetern groß, auf denen die Japaner schlafen und essen und ihr ganzes häusliches Leben führen. Eine vier- oder fünfköpfige Familie hat gewöhnlich fünf oder sechs tatami und zahlt für so eine Behausung zwischen 7000 und 10 000 Yen. Der Durchschnittslohn der japanischen Arbeiter schwankt aber zwischen 20 000 und 30 000 Yen. Ein Drittel aller Werktätigen verdient 15 000 Yen, den Mindestlohn, um den die Gewerkschaften kämpfen.

Wir fahren nach Süden. Riesige Betriebe ziehen vorbei. Das Frühjahr ist die Zeit der größten Arbeiteraktionen. Viele Schloten rauchen nicht. Die Arbeiter sitzen auf den großen Fabrikhöfen oder vor den Toren. Sie haben gelbe Kopfbinden mit Schriftzeichen umgelegt, die Streik bedeuten. Der Japaner ist bescheiden, aber die Verhältnisse, die ihm die Unternehmer aufzwingen, nötigen ihn zum Kampf. Und er kämpft. Viele Streiks gehen für die Arbeiter siegreich aus.

Wieder Häuschen mit Porzellandächern. Fast vor jedem flattern an einem hohen Pfahl Papierkarpfen im Wind. Bald ist Kodomo no hi, das Fest der Jungens. An dem Pfahl hängen genauso viele Karpfen, wie es Jungens in der Familie gibt. Der Karpfen ist bei den Japanern das Wahrzeichen der Stärke und des Fleißes. Wir fahren durch das rosa Geriesel blühender Sakurabäume und durch ganze Dickichte aus Azaleen. Auf Honshu ist der Frühling wunderbar. Daran liegt es wohl, daß vor den Luxusrestaurants dicht am Meer so viele Wagen parken.

Die Luftfahrtgesellschaft Yal hat unsere Tour in der klassischen Art geplant. Also Luxushotels, Fahrten mit Tragflächenbooten auf dem Meer, die Betrachtung des Fujiyama in der untergehenden Sonne und natürlich Tempel, zahllose Buddhas, von winzigen bis zu großen, die so hoch wie ein vierstöckiges Haus sind.

In Kyoto, einer uralten Stadt, die über 1000 Jahre lang die Hauptstadt Japans war, sahen wir den Buddha-tempel Sanjusangendo, den Tempel der 33 Säulenzwischenräume. Darinnen, unter dem zierlich wie ein Schwalbenflügel geschwungenen Dach, stehen, von Weihrauchwolken umwallt, 1001 vergoldete Buddhastatuen. Jede hat elf Gesichter, 1000 Augen und 40 Arme. In jeder Hand hält Buddha ein Auge.

„Warum nicht 1000, sondern gerade 1001?“ fragte ich einen Mönch, der Andenken feilhielt.

„Die Statuen stellen den Kannon Bosatsu dar, den Buddha, der die größte Wahrheit sehen kann. Nach dem klassischen Buddhismus ist 1000 eine unbestimmte, unvollendete Größe. Die Vollendung liegt eine Stufe höher. Darum 1001 Statuen, ein vollendeter Zahlenbegriff.“

## Kurz über die Geishas

Die Japaner sind unheimlich höflich. Oft sieht man auf den Straßen von Städten und Siedlungen, auf Bahnhöfen und vor Gaststätten eine Szene, die einem Europäer ungewöhnlich vorkommt: Einige lebhaft plaudernde Japaner und Japanerinnen fangen plötzlich an, sich tief voreinander zu verbeugen. Das dauert lange. Dann plaudern sie wieder und darauf verbeugen sie sich abermals. Überall sieht man Verbeugungen. Man betritt eine Rolltreppe, und ein junges Mädchen, das neben einem steht, verbeugt sich; man spricht einen Passanten an, um nach dem Weg zu fragen, und er verbeugt sich. Überall hört man „domo arigato“, vielen Dank. Domo arigato dafür, daß du vorbeigegangen bist, daß du eine Frage gestellt hast, daß du nichts gekauft hast, aber doch gewiß wiederkommen wirst. Eine Verbeugung und ein freundliches Lächeln.

In den Dienstleistungsbetrieben sind in Japan gewöhnlich Frauen beschäftigt. Männer bekleiden nur leitende Posten.

Die Frauen machen ihre Sache ausgezeichnet. Sie sind höflich und anmutig. Obwohl die Wirtschaft entwickelt ist, kann man nicht so leicht eine Stelle finden. Besonders schwer haben es damit Frauen, und man läßt sie auch nur bis zum 35. Lebensjahr arbeiten. Die Firmen sind der Ansicht, länger habe es keinen Sinn, sie zu behalten. Die elektrotechnische Gesellschaft Chugoku, eine der größten im Land, hat als Höchstalter für Punziererinnen, Telefonistinnen und Büroangestellte 25 Jahre festgesetzt, weil angeblich junge Mäd-



chen die Streifen der Rechenmaschinen besser punzieren. Was aber sollen Frauen tun, die über das kritische Alter hinaus sind? Das kümmert die Unternehmer nicht. Die Frauen verdienen halb soviel wie die Männer.

Wie in vielen Ländern des Ostens ist die Frau auch in Japan zurückgesetzt. Das fällt vielleicht deshalb auf, weil man in vielen Gebieten Japans die europäische Lebensweise und Kultur übernommen hat. Wie dem auch sei, den Mädchen wird von klein auf gesagt, daß der Mann ein höheres Wesen sei und daß sie ihm ihr ganzes Leben widmen müßten.

Im Japanischen kommen Worte aus dem Westen vor. In einer Bar oder einem Restaurant werden einem Japaner zwei junge Mädchen beigegeben, die man mit dem englischen Wort Hostessen nennt. Sie unterhalten den Gast, helfen ihm bei der Auswahl der Speisen und Getränke, singen ihm Lieder vor und erzählen ihm komische Geschichten. Hat ein Gast zu viel getrunken, so schleppen sie ihn auf ihren zarten Schultern aus der Bar, suchen ein Taxi und bringen ihn nach Haus. Den Gast und die beiden Hostessen nennt man mit einem Lehnwort aus dem Russischen Troika, nur klingt das Wort in der japanischen Aussprache etwas anders.

Hier ist es wohl am Platze, etwas von den Geishas zu erzählen und diesen bei uns etwas anrühigen Namen reinzuwaschen.

Bei den Geishas waren wir in Kyoto, wo Geishas für das ganze Land herangeschult werden. Hier, in Kyoto, ist das alte Japan mit seinen Traditionen und seiner eigenartigen Kultur am besten erhalten geblieben. Auf den Straßen sieht man mehr als anderwärts Frauen in Kimonos und hört man das Klappern der Getas. Hier sieht man Rikschas, in denen entzückende junge Mädchen in Brokatgewändern und mit hohen, von Perlen durchflochtenen Frisuren fahren. Das sind Geishas.

In einem Teehäuschen mit dem poesievollen Namen „tsuru“, was Kranich bedeutet, lernten wir Geishas kennen. Am Eingang forderte man uns auf,

die Schuhe auszuziehen, und warf uns bunte Kimonos über.

Als wir an den niedrigen Tischchen Platz genommen hatten, wurde hinten im Saal Licht gemacht, und auf einem Podium erschienen Maiko, Tänzerinnen in bunten, mit Gold und Silber gestickten Kostümen. Beim Klang der Shamisen, eines uralten Instruments, führten sie einen langsamen klassischen Tanz vor.

Inzwischen kamen die Geishas. Sie brachten uns kleine Flaschen mit gewärmter Sake — Reisschnaps —, ließen sich auf den Matten nieder, schenkten uns ein und erzählten uns die ganze Zeit etwas oder sangen.

Eine Weile hatte ich Glück: Neben mir saß ein Dolmetscher. Ich erfuhr, daß meine Tischnachbarin Juriko heißt und seit vier Jahren hier angestellt ist. Vorläufig sei sie eine Maiko, ein Lehrling, bald aber werde sie eine Geisha sein. Juriko hielt sich ungezwungen. Alles amüsierte sie: wie ich die Eßstäbchen hielt, wie ich meine Beine an dem niedrigen Tischchen unterzubringen versuchte usw. Mit Hilfe ihrer geschickten Hände lernte ich schnell japanisch essen und mich, wie es im Teehaus üblich ist, eines Fächers zu bedienen.

Das Wort Gei bedeutet Kunst und drückt genau das aus, was eine Geisha ist und wie sie geschult wird.

In Japan findet kein Empfang und keine Geschäftskonferenz ohne Geishas statt. Sie unterhalten die Teilnehmer, singen und tanzen für sie, spielen ihnen etwas auf der Shamisen oder auf anderen Instrumenten vor. Der Beruf ist bei den Japanern geachtet, längst nicht jedes Mädchen kann eine Geisha werden.

Die Besitzerin des Geishahauses, die Okami-san, nimmt Mädchen im Alter von 14 oder 15 Jahren auf. Hier lernen sie tanzen, singen und sich in der Gesellschaft benehmen. Okami-san zahlt den Eltern zwischen 50 000 und 200 000 Yen, eigentlich kauft sie das Mädchen. Sie bildet die Maiko aus und kleidet sie ein. Aber sie hat keine Verluste, denn jedesmal, wenn eine Maiko oder Geisha an einem Empfang oder einem Fest teilnimmt, bekommt die Herrin mindestens 20 000 Yen dafür,

Eine Geisha kann die Okami-san verlassen, diese geht aber nur gegen gute Zahlung darauf ein.

Auch wenn eine Geisha heiratet oder zu einem Geliebten zieht, behält sie ihren Beruf, verfügt über die Einnahmen aber selbst.

Doch obwohl die Geishas geachtet sind und viel Schönes über sie gesagt wird, hat der Beruf von Anfang an — vom Kauf des Mädchens bis zu den ständigen Einladungen zu ausgelassenen Gästen — etwas ungemein Demütigendes für die Frauen. Ihre besten Jahre müssen sie ihren zufälligen Gebietern jeden Wunsch von den Augen ablesen.

Übrigens sind die heutigen Geishas nicht mehr so fügsam wie früher. 300 Mädchen stiegen in Osaka auf den Turm eines Tempels und erklärten, sie würden nicht herunterkommen, ehe man ihre Forderungen nach höherer Zahlung, nach freien Tagen usw. annimmt. Sie haben es durchgesetzt. Ungefähr ebenso einen Streik, und auch mit Erfolg, führten die Geishas von Kamakura durch. Jetzt gibt es in fast jeder Stadt Geishaverbände, die das Arbeitsverhältnis mehr oder minder regeln.

Die Geishas sind im modernen Japan natürlich ein Detail, aber kein Tourist läßt es sich nehmen, sie kennenzulernen, und auch ich konnte es mir in diesen kurzen Reiseaufzeichnungen nicht versagen, von ihnen zu erzählen.

Einen Tag vor unserem Abflug nach Moskau fand wie üblich ein offizieller Empfang statt. Wir verabschiedeten uns von unseren Gastgebern. Kaneda-san, ein äußerst zuvorkommender Fremdenführer, der uns die ganze Zeit betreut hatte, hob sein Glas und sagte:

„Ich trinke darauf, daß unsere Völker niemals“, er betonte dieses Wort, „Krieg miteinander führen. Wir wollen immer Freunde bleiben.“

Wir tranken ihm gern zu. Sein Trinkspruch war ganz im Sinne dessen, wie sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan gestalten. Die Fluglinie Moskau—Tokio ermöglicht es, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen noch enger zu knüpfen.

## „DER DIPLOMAT“

Es ist erfreulich, daß die sowjetische Dramatik endlich der sowjetischen Diplomatie Beachtung schenkt. Dieser Bereich der sozialistischen Wirklichkeit bietet ein reichhaltiges und hochinteressantes Material, würdig als Bühnenstoff verarbeitet zu werden: Ereignisse von historischer Bedeutung, spannungsgeladene Situation, die sich aus dem Gegensatz der beiden Welten — der kapitalistischen und der sozialistischen — ergab, bemerkenswerte Persönlichkeiten...

Daran mußte ich denken, als ich vor kurzem das Stück „Der Diplomat“, eine Chronik in drei Aufzügen, von Samuil Aljoschin im Maly Theater sah. Diesem Stück liegen historische Begebenheiten zugrunde.

Im Jahre 1919, mitten im Bürger- und Interventionskrieg, als zwischen der RSFSR und England faktisch Kriegszustand herrschte und der Ausgang des Krieges noch nicht abzusehen war, wurde die Heimkehr der Tausenden russischen Kriegsgefangenen aus Europa, Asien und Afrika zu einer höchst akuten Frage.

Nach dem ersten Weltkrieg, in dem sich eine beträchtliche Anzahl russischer Kriegsgefangener in den Ländern des deutschen Blocks aufhielt, begann ein Krieg kapitalistischer Mächte gegen Sowjetrußland, bei dem die Scheidungslinie zwischen Freunden und Feinden ganz anders wurde, als es im Weltkrieg der Fall war. So befanden sich viele russische Kriegsgefangene in England und seinen Kolonien, in Frankreich, Italien, Belgien und anderen mit Großbritannien verbündeten Ländern. Die Sowjetregierung bemühte sich tatkräftig darum, den russischen Kriegsgefangenen die Heimkehr zu ermöglichen, stieß aber immer wieder auf Hindernisse, die die bürgerlichen Führer kapitalistischer Staaten, vor allem der britische Außenminister Lord Curzon, auftrüben.

Die RSFSR befand sich in einer um so schwierigeren Lage, als sie 1919 vollkommen isoliert war und keine offiziellen Beziehungen zu europäischen Mächten hatte. Aber auch in dieser Si-

tuation fand die von Lenin geleitete Sowjetregierung Mittel und Wege, die Blockade zu durchbrechen und Tausenden russischen Staatsangehörigen, die ins Ausland verschlagen waren, die Heimkehr zu ermöglichen.

Auf Vorschlag eines damaligen leitenden Mitarbeiters des Volkskommissariats für Ausländische Angelegenheiten, Maxim Litwinow, wurden in Moskau alle englischen Kriegsgefangenen, die sich damals in sowjetischen Händen befanden, nach Moskau gebracht. Ihre Zahl war nicht groß: im ganzen nur 35 Mann. Sie waren hauptsächlich während der Kampfhandlungen im Kaukasus gefangen genommen worden (übrigens spielte sich gerade damals die Tragödie der 26 Kommissare von Baku ab). Diese 35 waren aber englische Offiziere, zudem Sprößlinge britischer Adelsfamilien. Darauf basierte der sowjetische Plan.

Als die britischen Offiziere in Moskau eintrafen, wurde ihnen die Erlaubnis erteilt, mit ihren Verwandten in England zu korrespondieren. Selbstverständlich ersuchten die gefangenen Engländer ihre Verwandten, vor allem alles Erdenkliche zu ihrer schnellsten Heimkehr zu unternehmen. Die Eltern, Onkeln, Tanten und Großeltern der britischen Offiziere wurden bei Lord Curzon vorstellig, damit er auf der Stelle die Engländer gegen die russischen Kriegsgefangenen austauschte. Curzon sperrte sich lange dagegen, da aber die Verwandten der gefangenen Offiziere sehr adelige und einflußreiche Persönlichkeiten waren, mußte der Außenminister schließlich sein Einverständnis geben und sogar dafür sorgen, daß einer sowjetischen Delegation sicheres Geleit durch die Front zu Verhandlungen erteilt wurde.

Die Sowjetregierung bestand darauf, daß die Verhandlungen in England geführt wurden, denn dort hätte man über die Delegation in unmittelbarem Kontakt mit Personen in Großbritannien treten können, die der RSFSR freundlich gesinnt waren. Curzon lehnte jedoch den Vorschlag der sowjetischen Regierung glattweg ab, und die beiden Delegatio-

nen trafen sich in Kopenhagen. Curzon mußte zu diesem Zweck mit der dänischen Regierung verhandeln und der sowjetischen Delegation Logie und Arbeitsmöglichkeiten schaffen, da die Kopenhagener Hotels sich zunächst geweigert hatten, der sowjetischen Delegation Zimmer zu vermieten.

Sowjetischer Chefdelegierter war Maxim Litwinow. Sein Personal bestand aus zwei Sekretärinnen und einigen Experten. Sein Aktiv bestand aus 35 britischen Offizieren, und es galt, Tausende aus der Gefangenschaft zu befreien — eine fast unlösbare Aufgabe. Dennoch wurde sie glänzend gelöst.

Samuil Aljoschins Stück gibt eine überzeugende und absolut wahrheitsgetreue Antwort auf diese Frage. Nur in einer Hinsicht ist das Ganze nicht authentisch: Im Stück befindet sich der Verhandlungsort nicht in Dänemark, sondern in Holland, das ändert aber nichts an der Sache.

Hauptfigur ist natürlich der Chef der sowjetischen Delegation mit dem durchsichtigen Pseudonym Maximow. In dem Stück ist diese Figur vortrefflich und originalgetreu nachgebildet, als ein äußerst kluger, energischer und zutiefst realistischer Kommunist, der die Mentalität der Gegenwart gut kennt und es versteht, objektive und subjektive Faktoren auszuspielen. Die Siege der Roten Armee an der Front, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Lloyd George und Curzon, die Ebbe und Flut der revolutionären Bewegung in Europa, die Reibungen zwischen dem britischen Chefdelegierten O'Crady, einem Mitglied der Labourpartei, und dem ihm vom Intelligence Service beigegebenen Mason, die Rivalität zwischen England und seinen Alliierten, die Sympathien der britischen Arbeiter für Sowjetrußland und vieles andere sind die Trümpfe, mit denen Maximow das Spiel gewinnen will und es schließlich wirklich gewinnt, denn für die 35 britischen Offiziere bekommt er Tausende russische Gefangene sowie die Verpflichtung britischerseits, sie überdies nach Petrograd mitsamt einem Schiff Lebensmittel zu befördern. Der Darsteller Maximows, Georgi Kulikow, hat seine Aufgabe glänzend erfüllt.

Gut gelungen ist auch der britische Chefdelegierte O'Crady, ein rothaariger Ire (A. M. Larionow). Es ist dem Künstler zugute zu halten, daß er ihn nicht karikiert hat, wie das oft der Fall ist, wenn Personen aus dem anderen Lager dargestellt werden. Aljoschins und Larionows O'Crady ist ein Mann von Fleisch und Blut mit allen Mängeln und Vorzügen, seinem historischen Vorbild ebenfalls genau nachgezeichnet. Gefallen haben die Sekretärinnen Vera (Natalia Rudnaja) und Ljalja (Ludmilla

Pirogowa) sowie die Tochter der Pensionsinhaberin Marcelle (Klawdija Blochina). Das Ensemble hat sein Bestes hergegeben. Gelungen sind die Filmeinlagen als Illustration der politischen und militärischen Vorkommnisse während der Verhandlungen. Sehr ausdrucksvoll sind die „Radfahrer“, die Geheimagenten darstellen.

Und doch ist in dem Stück etwas zu viel: Der Schlußdialog zwischen Maximow und O'Crady klingt zwar höchst prinzipiell, ist aber viel zu hochtra-

bend — agitatorisch ausgefallen. Man kann dasselbe einfacher, menschlicher, nicht so belehrend-gestelzt ausdrücken. Ich bin überzeugt, daß der Prototyp Maximows in diesem Fall anders gesprochen hätte.

Man kann dem Autor Samuil Aljoschin zu dem erfolgreichen Stück und das Maly Theater zu der geglückten Aufführung gratulieren; Dank gebührt ferner dem Chefregisseur Jewgeni Simonow und dem Spielleiter Leonid Warpachowski.

## April 1967

**28.4.—22.5.** In der Sowjetunion weilt auf Einladung des ZK der KPdSU eine Delegation der KP von Martinique, geführt vom Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK Georges Mauvois.

## Mai

**12.—16.** In der Sowjetunion hält sich auf Einladung der Sowjetregierung der italienische Außenminister Amintore Fanfani zu einem offiziellen Besuch auf. Es wird ein Sowjetisch-Italienisches Kommuniqué unterzeichnet.

● In Stockholm findet der XXI. Parteitag der KP Schwedens statt. Er erörtert und billigt den Rechenschaftsbericht des Parteivorstands und nimmt ein neues Parteiprogramm an. Ferner wird beschlossen, die Partei in Linkspartei-Kommunisten umzubenennen. Zum Parteivorsitzenden wird Carl Henrik Hermansson wiedergewählt.

**16.** Zum Vorsitzenden der Bundesakuschtsina der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wird Milentije Popović gewählt.

● Die ständige Vertretung der UdSSR in der UNO wendet sich in einer Note an Generalsekretär U Thant gegen jeglichen Versuch, die DDR zu diskriminieren, darunter auch in der UNO.

● Washington. 1200 Personen nehmen an einer Kundgebung gegen den Krieg teil.

**16.—17.** In Warschau tagt das VIII. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Es erörtert aktuelle Aufgaben in der politischen Arbeit der PVAP und nimmt Informationen über die von Volkspolen geschlossenen internationalen Verträge sowie über die Konferenz von kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlovy Vary zu Fragen der europäischen Sicherheit entgegen.



**17.** Zum Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist Josip Broz-Tito wiedergewählt worden.

● Laut Radio Damaskus hat das syrische Oberkommando die Einsatzbereitschaft aller Streitkräfte sowie der zur Volksarmee gehörenden Volkswehr befohlen im Zusammenhang mit den demonstrativen Vorbereitungen der israelischen Truppen und ihrer Konzentrierung an der syrischen Grenze.

**18.** Zum Vorsitzenden des Bundesexekutivrats der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist Mika Spiljak gewählt worden.

● Im Sudan ist Muhammed Ahmed Mahgoub zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

● Der Achtzehnerausschuß für Abrüstung hat seine Tätigkeit wiederaufgenommen. Er befaßt sich mit der Ausarbeitung eines Atomsperrvertrags.

● In Budapest schließen die Ungarische Volksrepublik und die Deutsche Demokratische Republik einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand.

● USA-Truppen dringen in den südlichen Teil der entmilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südvietnam ein.

**19.** Auf Forderung der VAR-Regierung beginnt der Abzug der UNO-Sonderstreitkräfte von der Demarkationslinie zwischen der VAR und Israel sowie vom Gaza-Streifen.

● Jagdbomber der USA überfallen zweimal die Hauptstadt der Demokratischen Republik Vietnam, Hanoi, bombardieren dort Wohnviertel und beschießen einen Bezirk, in dem sich ausländische Botschaften befinden; dabei werden Gebäude der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und Rumäniens beschädigt.

● Der indische Außenminister M. Chagla erklärt, Indien sei bereit, mit Pakistan über alle Fragen, einschließlich Kaschmirs, zu verhandeln.

**20.** In Moskau trifft eine Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands ein, geführt vom ersten Sekretär des ZK der KPD, Max Reimann.

● Der Weltgewerkschaftsbund verurteilt in einem Telegramm an Präsident Johnson im Namen der Werktätigen und Gewerkschaftsmitglieder aller Welt die Ausdehnung der Aggression des amerikanischen Imperialismus gegen das vietnamesische Volk.

● Die USA lösen auf dem Versuchsgebiet in Nevada eine unterirdische Kernexplosion aus.

**20.—21.** In Paris tagen die Generalstaaten für Frieden in Vietnam unter Teilnahme von 2000 Delegierten aus allen Departements und allen großen Städten Frankreichs.

**21.** Der erste Vizepräsident und stellvertretende Oberbefehlshaber der Streitkräfte der VAR, Marschall Abdel Hakim Amer, befiehlt die Einberufung der Reservisten.

● In Brüssel beginnt eine Ministerratstagung der EWG.

● In Braunschweig wird der Parteitag der westdeutschen Regierungspartei CDU/CSU eröffnet.

● Über der Demokratischen Republik Vietnam sind insgesamt 1945 USA-Flugzeuge abgeschossen worden.

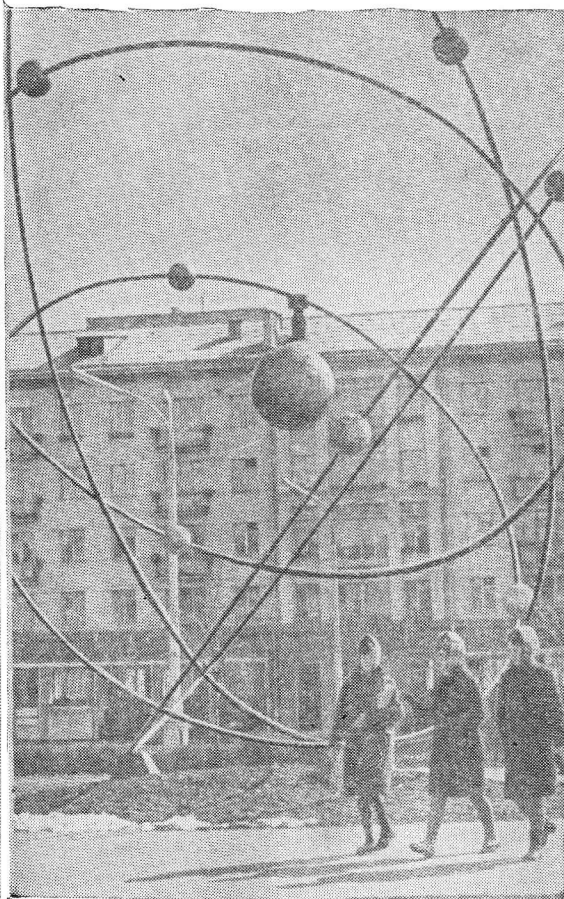
**25.** Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit begeht den Tag der Freiheit Afrikas.

Redaktion: Moskau K-6,  
Maly Putinkowski  
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA  
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, L. Sedin, N. Sluzker  
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,  
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski



## In der Sowjetunion



Minsk,

### die Hauptstadt Belorußlands

Oben links: Der Sportpalast; unten:  
Neubau in der Tolbuchin-Straße; oben  
rechts: Auf dem Jakub-Kolas-Platz;  
unten: 65-t-Laster auf Probefahrt



# NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH  
IN RUSSISCHER, DEUTSCHER, ENGLISCHER,  
FRANZÖSISCHER, SPANISCHER, POLNISCHER  
UND TSCHECHISCHER SPRACHE

Sämtliche Ausgaben  
entsprechen der russischen

## Bestellungen nehmen entgegen:

AUSTRALIEN - A. Keesing, G.P.O. Box 4886, Sydney  
BELGIEN - Librairie Du Monde Entier, Place St.-Jean 5, Bruxelles  
BULGARIEN - Ministerstwo na Postschite, Telegrafite i Telefonite, Uprawnienie na postschenski sjobstschenijsa, ul. Gurko 4, Sofia  
CHINA - Guozi Shudian, P. O. Box N 88, Peking  
DÄNEMARK - A/S Land og Folks Boghandel, Bredgade 37, København K  
- Ejnar Munksgaard A/S, Prags Boulevard 47, København S  
- Rosenkilde og Bagger, Kron-Prinsens-gade 3, København K  
- Hovedbanegaardens Aviskiosk, Reventlowsgade, København V  
DDR - Zeitungsvertriebsamt, Clara-Zetkin-Straße 62, Berlin NW 8  
- Deutsche Post und deren Zusteller  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - Brücken-Verlag GmbH, Ackerstraße 3, 4 Düsseldorf I  
- W. E. Saarbach GmbH, Gertrudenstraße 30, 5 Köln I  
- Kubon und Sagner, 8 München 34, Postschließfach 68  
- Presse-Vertriebs-Gesellschaft mb.H., Börsenstraße 13-15, 6 Frankfurt am Main  
ENGLAND - Central Books Ltd., 37 Gray's Inn Road, London W C 1  
- Collet's Holdings Ltd., Denington Estate, London Road, Wellingborough, Northants.  
FINNLAND - Kansankulttuuri Oy, Simonkatu 8, Helsinki  
HOLLAND - „Pegasus“, Leidsestraat 25, Amsterdam  
- Swets & Zeitlinger, Keizersgracht 471 & 487, Amsterdam  
- Mouton & Co., N. V. Javastraat 29, Den Haag  
- N. V. Martinus Nijhoff, Lange Voorhout 9, Den Haag  
ISRAEL - Haifepac, Arlosorov 11, P. O. Box 1794, Haifa  
- Lepak Ltd., Brenner Str. 20, P. O. Box 1136, Tel Aviv  
- Sifriat Poalim, 73, Allenby Street, P. O. Box 526, Tel Aviv  
- Boleslavsky Ltd., 72, Allenby Street, P. O. B. 14 065, Tel Aviv  
- Popular Book Shop Co., El-Khanous Str., Nazareth  
- „Lepac“ Ltd., 15, Rambam Str., P. O. B. 1136, Tel Aviv  
ITALIEN - Libreria Rinascita, Via Botteghe Oscure, 2, Roma  
JAPAN - Nauka Ltd., No. 2, Kanda-Zinbocho 2-chome, Chiyoda-ku, Tokyo  
- Maruzen Co., Ltd., P. O. Box 605, Tokyo Central, Tokyo

- Nisso-Tosho-Center Ltd., 5, Nishi Kanda 1-chome, Chiyoda-ku, Tokyo  
KANADA - Progress Books, 42-48, Stafford Str., Toronto 3, Ont  
KOREA - The Ministry of Communication, Press Department, Pyongyang  
KUWEIT - The Kuwait Bookshops Company, Ltd., P. O. B. 2942  
LUXEMBURG - Messageries Paul Kraus, 5, rue de Hollerich, Luxembourg-Gare  
MEXIKO - Servicios Bibliográficos, Palomar, Apartado Postal 8336, México 1, D. F.  
MONGOLEI - „Mongolgosknigotorg“, Ulan Bator  
NEUSEELAND - Progressive Books, 14-16, Darby St., Auckland C 1  
NORWEGEN - A/S Narvesens Litteratur Tjeneste, Postbox 115, Oslo  
- Johan Grundt Tanum, Karl Johans gt. 43, Oslo  
- Norsk Bokimport A/S, Bergensgt. 12, Oslo  
- A/S Norsk Forlag „Ny Dag“, Box 3628, Oslo  
- Norsk-Sovjetrussisk Samband, Radhusgt. 8-V, Oslo  
ÖSTERREICH - „Globus“, Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Wien XX, Höchstädtplatz 3  
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, Wien I  
- „Morawa und Co.“, Wollzeile 11, Wien I  
SCHWEDEN - C. E. Fritze's Kungl. Hovbokhandel, Fredsgatan 2, Stockholm  
- Wennergren-Williams A. B. Fack, Stockholm 30  
- Gumperts Bokhandel A. B. Södra, Hamngatan 35, Göteborg  
- A. B. Sanbergs Bokhandel, Sturegatan 8, Stockholm 5  
- Gleerupska Universitet Buchhandlung, Lund  
- Förlagsaktiebolaget Arbetarkultur, Kunsgatan 84, Stockholm K  
SCHWEIZ - Genossenschaft Literaturvertrieb, Feldstraße 46, Zürich 4  
- Société coopérative ASUCO, 2, rue Ancienne Douane, Lausanne  
- Naville et Cie, 5-7, rue Lévrier, Genève  
- Pinkus et Cie, Büchersuchdienst, Froschaugasse 7, Postfach Zürich 25  
- Fachbücherei Berna, Postfach 1420, 3001, Bern  
- Librairie Payot, 1, rue de Bourg, Lausanne  
URUGUAY - Ediciones Pueblos Unidos Ltd., Casilla Correo 589, Montevideo  
USA - Imported Publications and Products, 1 Union Square, Room 812, New York 3, N. Y.  
- Four Continent Book Corporation, 156 Fifth Avenue, New York 10, N. Y.  
WESTBERLIN - KAWE Kommissionsbuchhandlung, 1 Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergplatz 13

На русском языке